

# **offen-siv**

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**2/2014**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe März-April 2014**

**Schwerpunkte:  
Syrien, Ukraine,  
Anti-Stalinismus-Debatte**

Redaktionsnotiz.....	3
Syrien.....	9
<i>Irene Eckert</i> : Syrien gibt nicht klein bei und das ist gut so!.....	9
<i>Irene Eckert</i> : Führen Frauen uns zum Frieden in Syrien?.....	16
<i>Thierry Meyssan</i> : Die USA – globale Finanziere des Terrorismus.....	20
Faschismus und Klerus.....	23
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Am 11. Februar 1929 schlossen Mussolini und der Vatikan die Lateranverträge.....	23
Wider den Antistalinismus.....	26
Redaktion <i>offen-siv</i> : Vorbemerkung.....	26
<i>Fritz Dittmar</i> : Zu: „Heraus aus Stalins langem Schatten“.....	29
<i>Kurt Gosswiler</i> : Werner Roß' Schwierigkeit, Licht und Schatten zu unterscheiden.....	31
<i>Gerhard Schiller</i> : Man muss den politischen Aspekten der Problematik nachgehen.....	32
<i>Thomas Waldeck</i> : Die Visionen des Antikommunismus.....	39
Redaktion <i>offen-siv</i> : Ludo Martens Buch „Stalin anders betrachtet“.....	41
Ukraine.....	42
<i>Brigitte Queck</i> : Die Ukraine im Zangengriff der NATO.....	42
Ein besonderer Gruß zum 20. Jahrestag der <i>offen-siv</i> .....	79
<i>Zbigniew Wiktor</i> : Herzlichst Congratulations!.....	79
Das Magazin „Geheim“.....	80
Redaktion <i>offen-siv</i> : Im nächsten Jahr wird das Magazin „Geheim“ 30 Jahre alt!	80

### Impressum

#### offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel. Geschäftsführung u. Redaktion: A. C. Heinrich und F. Flegel.  
 Druck: Druckservice orbital, Reichenau. Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.  
 Red.offen-siv, F. Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover, Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail:  
 redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto: Inland und Ausland: Konto Frank Flegel, Sparkasse Hannover,  
 Kontonummer (IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,  
 Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX;  
 Kennwort: offen-siv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

## Redaktionsnotiz

Diese Redaktionsnotiz wird etwas länger.

Wir müssen nicht nur das Heft vorstellen, sondern wir müssen inhaltlich werden, d.h. den im Heft vorhandenen Argumentationen noch einige Aspekte zur Seite stellen. Dabei geht es um die deutsche Friedensbewegung und die Situation in der Ukraine. Aber das machen wir im zweiten Teil dieser Redaktionsnotiz.

Erstmal zu diesem Heft: es geht um drei Themenschwerpunkte: erstens um Syrien, zweitens um die Ukraine und drittens um die Anti-Stalinismus-Debatte.

Zum ersten Punkt: Das Scheitern der Friedensgespräche in Genf ist Anlass, sowohl die Lage grundsätzlich zu betrachten als auch dafür, einen Blick auf die Begleitszenarien zu werfen. Irene Eckert, die selbst in Genf war, und Thierry Meyssan zeigen Hintergründe und Zusammenhänge auf.

Was die Ukraine angeht, so gibt uns Brigitte Queck einen historischen Überblick und eine Fülle aktueller Informationen. Da sie die Probleme von Teilen der Friedensbewegung in Deutschland nur kurz streift, gehen wir im zweiten Teil dieser Redaktionsnotiz darauf näher ein.

Die Anti-Stalinismusdebatte (wenn man es so nennen will, uns fällt kein bessere Begriff ein), die ursächlich ausgelöst wurde durch den Artikel von Horst Schneider „Die Deutschen und Stalin, Stalin und die Deutschen“ und gleichzeitig durch die Bemerkungen von Dieter Itzerott und Frank Flegel zu den Schlussbemerkungen in Ingo Wagners Artikel „Quo vadis? Die Partei 'Die Linke' nach der Bundestagswahl 2013 – mit historischen Notizen“ hatte ja im Januar-Februar-Heft zu zwei unterschiedlichen Stellungnahmen geführt. In diesem Heft lösen wir unser Versprechen, die vorgetragenen Argumente genauer zu prüfen, gleich mehrfach ein. Nicht nur wir, sondern vier weitere Autoren kommen zu Wort. Und es sei jetzt schon darauf hingewiesen, dass dieser Streit uns weiterhin beschäftigen wird, denn wir haben inzwischen den von Ingo Wagner angekündigten grundsätzlichen Artikel vorliegen, können ihn in dieser Ausgabe aber aus Platzgründen wegen der drängenden Themen Ukraine und Syrien nicht bringen. Er wird in der Ausgabe Mai-Juni erscheinen. Und damit wird die Diskussion weitergehen. Auch die aktuelle Bedeutung der vorgenommenen Einschätzungen und Wertungen der historischen Prozesse sollen dann nochmals eine Rolle spielen.

Zusätzlich zu diesen Themenschwerpunkten bringen wir eine Arbeit von Gerhard Feldbauer über die Kooperation zwischen Mussolini und der römischen Kurie. Auch an diesem Thema, dem Thema Faschismus und Neo-Faschismus, werden wir noch

länger arbeiten. Für die Mai-Juni-Ausgabe planen wir die Publikation eines interessanten Textes von Ervin Rozsnyai über die Ursachen des gegenwärtigen Faschismus.

Und nun die angekündigten Bemerkungen zur Situation in der Ukraine – im Zusammenhang mit einigen Verlautbarungen aus der Friedensbewegung. Zunächst zitieren wir zwei etwas ältere Texte, und das mit Absicht. Sie sind von 2006 und 2007 und beleuchten die US-Strategie gegen Russland. Was wir aktuell in Syrien und in der Ukraine erleben, ist die exakte Umsetzung dieser Strategie. Wir bringen diese beiden Texte, um deutlich zu machen, dass man das als deutsche Friedensbewegung alles hätte wissen können. Und es erzähle bitte niemand, dass das ja noch die Bush-Zeit gewesen ist und unter Obama heute alles anders sei.

*„Mitte der Neunzigerjahre ging Washington systematisch daran, alle früheren Satellitenstaaten der Sowjetunion nicht nur in die Europäische Union, sondern auch in die von Washington dominierte NATO zu führen. Bis 2004 waren Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien sämtlich in die NATO aufgenommen worden, und die Republik Georgien wurde auf den Beitritt vorbereitet.*

*Die Ausdehnung der NATO auf frühere Staaten der Sowjetunion oder des Warschauer Pakts rund um Russland war für das PNAC<sup>1</sup> eine wichtige Voraussetzung. Bereits 1996 war Bruce Jackson, PNAC-Mitglied, alter Freund Cheneys und damals in leitender Stellung bei dem amerikanischen Rüstungsriesen Lockheed Martin tätig, Vorsitzender des US-Komitees für die Erweiterung der NATO (Committee to Expand NATO), einer mächtigen Lobbyorganisation in Washington.*

*Dem US-Komitee für die Erweiterung der NATO gehörten auch die PNAC-Mitglieder Paul Wolfowitz, Richard Perle, Stephen Hadley und Robert Kagan an. Kagan ist verheiratet mit Victoria Nuland, die inzwischen US-Botschafterin bei der NATO ist. Von 2000 bis 2003 war sie Cheneys außenpolitische Beraterin. Hadley, ein dem Vizepräsidenten Cheney nahestehender Falke und Hardliner, wurde von Präsident Bush zum Nachfolger von Condoleezza Rice als nationaler Sicherheitsberater ernannt.*

*Vom PNAC rückten Mitglieder des Falkennetzwerks um Cheney in Schlüsselpositionen in der Regierung Bush auf, wo sie die NATO- und Pentagon-Politik bestimmten. Nachdem Bruce Jackson als erfolgreicher Lobbyist beim Kongress 1999 die Erweiterung der NATO auf Polen, Tschechien und Ungarn erreicht hatte, wandte er sich dem Aufbau der sogenannten Vilnius-Gruppe zu, die die Aufnahme von zehn weiteren*

---

<sup>1</sup> Siehe Fußnote 6.

*ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten an der Peripherie Russlands in die NATO betrieb – in Jacksons Worten, den „großen Knall.“*

*Nachdem man mit den NATO-Aufnahmen so weit gekommen war, löste Jackson im Jahr 2003 das NATO-Komitee auf, um im selben Büro als neue Lobbyorganisation unter dem Namen „Projekt Übergang zur Demokratie“ (Project on Transitional Democracies) wieder zu eröffnen, das nach seinen eigenen Worten „organisiert wurde zur Nutzung der Möglichkeiten zur Beschleunigung demokratischer Reformen und Integration, die unserer Meinung nach in der erweiterten europäisch-atlantischen Region im nächsten Jahrzehnt bestehen werden“. Mit anderen Worten, um die Serie von bunten Revolutionen und Regimewechseln im russischen Eurasien voranzutreiben. Die drei wichtigsten Akteure des „Projekts Übergang zur Demokratie“ arbeiteten alle für die Republikanische Partei und haben enge Verbindungen zu bedeutenden Rüstungslieferanten, vornehmlich Lockheed Martin und Boeing. ...*

*Ich fasse zusammen: die Einkreisung Russlands durch die NATO, bunte Revolutionen in ganz Eurasien und der Irakkrieg bildeten ein und dieselbe amerikanische geopolitische Strategie, Teil einer umfassenden Strategie zur letztendlichen De-Konstruktion Russlands als potentiellen Rivalen für eine alleinige Hegemonie der Supermacht USA. Russland - nicht der Irak oder der Iran - war und IST das primäre Ziel dieser Strategie.“*

*(William Engdahl, Öl, wirtschaftliche Sicherheit und geopolitische Risiken heute. Impremeco Convention, 13-15.10.2006, München, Auszüge)*

*„Die Strategie zur Einkreisung Russlands bewegt sich auf verschiedenen Ebenen:*

*1. Über die Strategie der "bunten Revolutionen", mit der westlich orientierte und vom Westen abhängige Oligarchen an die Macht geputscht werden. ... Die Bush-Administration hat in ihrer zweiten Amtszeit die Einsetzung "demokratischer Regierungen" in der ganzen Welt zum zentralen Thema ihrer Außenpolitik gemacht.*

*Für dieses Ziel haben die USA seit 2001 mehr als 4,6 Milliarden Dollar ausgegeben, für 2006 waren weitere 1,3 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Das zentrale Ziel ist die endgültige Abwicklung des sozialistischen Gesellschaftssystems in Europa, die Vernichtung eines jeden Gedankens an eine sozialistische Zukunft der Menschen. ... Damit einher geht die Absicherung der unipolaren Herrschaftsposition der Vereinigten Staaten.*

*2. Über Militärstützpunkte und militärische Bündnispartner (NATO-Beitritte), aktuell die Auseinandersetzungen zum Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien: Russland hegt berechtigtes Misstrauen an den Begründungen für das System; die Radar-*

*anlagen in Tschechien können mit hoher Präzision große Teile Russlands überwachen. Nun hat sich auch noch Georgien als Stationierungsort für das Raketenystem angeboten. Das heißt: Rings um Russland werden zunehmend Kurz- und Mittelstreckenraketen in Stellung gebracht. Damit minimieren sich für Russland die Vorwarnzeiten auf ein Maß, das militärisch nicht mehr vertretbar ist.*

*(Klaus Eichner in: „Freidenker“ Juli 2007, Auszüge)*

Das Ganze wird auch die Frage der „Sichel“ genannt: die Einkreisung Russlands von Südost bis Nordwest. Wenn man sich die Lage kurz vor Augen führt, sieht man, was gemeint ist:

Afghanistan (dort ist man einmarschiert), Iran (wird ständig bedroht, die neue Führung dort scheint dem Druck nachzugeben), Armenien (hat ein Partnerschaftsabkommen mit der NATO, gehört aber noch zur so genannten „Nord-Süd-Achse“: Russland, Armenien, Iran), Aserbeidschan (Mitglied des Europarates, Partnerschaftsabkommen mit der NATO, gehört zur so genannten West-Ost-Achse: USA, Türkei, Georgien, Aserbeidschan), Irak (dort ist man einmarschiert), Syrien (man überzieht das Land seit fast drei Jahren mit Krieg), Türkei (dort herrschen konservativste Kreise, ist kein Problem), Ukraine (war schon mal mit Juschtschenko und Tymoschenko fast eingeordnet, wählte dann mit Janukowitsch den falschen Präsidenten und die falsche Politik, - wie man das korrigiert, ist gerade zu besichtigen), Weißrussland (es gab schon einige Versuche der Destabilisierung, die Regierung Lukaschenko ist aber noch immer ein Problem – sie gilt als „marktfeindlich“, die imperialistischen Medien nennen ihn den „letzte Diktator Europas“, - obwohl es regelmäßige Präsidentschaftswahlen gibt), Polen (es herrscht die `totalen Diktatur der reaktionären polnischen Rechtskräfte` so Zbigniew Wiktor, also kein Problem) und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen (sind absolute Hardliner gegen Russland, also auch kein Problem). Nebenbei hat man noch Libyen „befreit“, das unter Muamar-al Gaddafi nicht handzahn genug war, so dass er sterben musste, ähnlich wie Slobodan Milosevic im ehemaligen Jugoslawien, dessen Zerschlagung der erste Akt der Neuen Weltordnung war.

Kurz zum Raketenabwehrsystem der USA (dass damit das heutige strategische Gleichgewicht zwischen USA und Russland in eine Schiefelage gerät, ist klar): Wir sind natürlich keine Militärfachleute, aber unterschiedliche Quellen im Internet besagen, dass ein solches „Raketen-Schutzschild“, wie es die USA gegen Russland aufbauen bei gleichzeitiger Vorverlegung eigener Angriffswaffen (siehe „Sichel“) am besten durch eine mit Nuklearraketen ausgerüstete Marine zu unterlaufen sei. Insofern haben die Russland vorgelagerten Marinestützpunkte für die russische Verteidigung

eine wichtige Funktion. Dazu gehören u.a. die Marinebasis Tartus in Syrien, ca. 30 km nördlich des Libanon, und natürlich Sewastopol auf der Krim als Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, dass Russland die syrische Regierung gegen die westlichen Söldner unterstützt und dass Russland bereit ist, die Krim in die Russische Föderation aufzunehmen.

Nun zur Friedensbewegung:

In der Tageszeitung „junge Welt“ vom Sa/So 8./9. März 2014 schreibt Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, folgendes:

*„Die Friedensbewegung hat die Sezession des Kosovo für unvereinbar mit dem Völkerrecht gehalten und sieht das heute im Fall der Krim ähnlich. ... Die NATO muss das Säbelrasseln einstellen und die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation genauso ernst nehmen wie die der Ukraine. ... Jede einseitige Maßnahme zur Sezession der Krim oder anderer Landesteile der Ukraine ist zu stoppen. Stattdessen sind internationale Sicherheitsgarantien für den Bestand des Landes sowie Hilfen für einen Aussöhnungsprozess im Inneren vonnöten. In der hochexplosiven Lage sollten multilaterale Gespräche und Verhandlungen über alle die Ukraine betreffenden Fragen im Rahmen der OSZE geführt werden.“*

Und die „Kooperation für den Frieden“ erklärte unter dem Titel „Ukraine: Deeskalation statt Marsch in einen heißen Krieg“:

*Die Kooperation für den Frieden, ein Dachverband der Friedensbewegung, dem mehr als 50 friedenspolitische Organisationen und Initiativen angehören, fordert die Regierungen in Ost und West auf, alles zu vermeiden, was die Situation in der Ukraine weiter verschärft. Sowohl alle Truppenbewegungen als auch die verbale Kriegsrhetorik beider Seiten müssen gestoppt werden. Die völkerrechtswidrigen Handlungen Russlands in der unabhängigen Ukraine müssen sofort beendet werden. ...*

*Das Kalte Kriegs Gerede sowohl der USA als auch Russlands ist kontraproduktiv, einer von den europäischen Regierungen gewünschten diplomatischen Lösung zum Durchbruch zu verhelfen.“*

*(Die Sprecher der Kooperation für den Frieden: Reiner Braun, Jens-Peter Steffen, Lucas Wirl, Berlin, 3.3.2014, Pressekontakt: Reiner Braun (IALANA), Tel. 030 / 20 65 48 57 und Jens-Peter Steffen (IPPNW), Tel. 030 / 69 80 74 13*

Am besten ist ja der letzte Satz dieser „Kooperation für den Frieden“: Was die Amis und die Russen da machen, sei *„kontraproduktiv, einer von den europäischen Regierungen gewünschten diplomatischen Lösung zum Durchbruch zu verhelfen.“* Und dazu noch der zweite Teil des Zitats von Strutynski: *„Jede einseitige Maßnahme zur Sezession der Krim oder anderer Landesteile der Ukraine ist zu stoppen. Stattdessen*

*sind internationale Sicherheitsgarantien für den Bestand des Landes sowie Hilfen für einen Aussöhnungsprozess im Inneren vonnöten. In der hochexplosiven Lage sollten multilaterale Gespräche und Verhandlungen über alle die Ukraine betreffenden Fragen im Rahmen der OSZE geführt werden.*“ Wer hier einen Unterschied zu den Verlautbarungen des aktuellen politischen Personals des BRD-Imperialismus entdecken kann, weise uns bitte darauf hin.

Die deutsche Friedensbewegung in Gestalt des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ und des Dachverbandes „Kooperation für den Frieden“ ist also dafür, den russischen Marinehafen Sewastopol den ukrainischen Faschisten und damit der NATO auszuliefern. Damit ist sie dafür, das aktuelle militärische Gleichgewicht zwischen US-Imperialismus und Russland zum Nachteil Russlands zu verändern.<sup>2</sup> Was heißt es für den Frieden, wenn man so etwas tut? Man unterstützt die Einkreisung Russlands, man untergräbt das Gleichgewicht, das uns seit der Konterrevolution in Europa bisher vor einem großen Krieg bewahrt hat. Man redet dem Imperialismus das Wort. Man ist Teil der Vorbereitung des Dritten Weltkrieges.

Und so etwas nennt sich Friedensbewegung!

Zeitungsmachen kostet immernoch Geld.

Wir haben mehrere Sonderhefte zu machen, die Texte liegen uns vor, die Autoren haben bereits gearbeitet. Die Themen sind Übersetzungen aktueller Forschungen nach der Öffnung der Archive in Moskau und der 65. Jahrestag der Gründung der DDR.

Das Jahr 2014 wird ein Jahr neuer Offensiven der Imperialisten werden.

Wir müssen ihre Machenschaften aufdecken und ihre Propaganda entlarven.

Dafür brauchen wir Eure Spenden. Dringend!

Red. offen-siv

**Spendenkonto Offensiv (Konto Frank Flegel):**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**BIC: SPKHDE2HXXX;**

**Kennwort: „offen-siv“.**

---

<sup>2</sup> Um in diesem Zusammenhang kurz auf die Position der Friedensbewegung bzgl. Syrien hinzuweisen: hier hatte Strutynski davor gewarnt, in dem Konflikt für eine der beiden Seiten Partei zu nehmen!



## Syrien

***Irene Eckert: Syrien gibt nicht klein bei und das ist gut so!***

**Lageeinschätzung und Aufgabenbestimmung nach dem vorläufigen Scheitern der Genfer Friedensgespräche**

**Trotz Terror, Verleumdung und alledem!**

Syrien gibt, anders als die Ukraine, nicht klein bei. Die syrische Kulturnation, ihr Erbe, ihre Reichtümer, ihre großartigen Menschen sind zwar nach wie vor erheblich bedroht. Wenngleich aber die „Friedensbewegung“ hierzulande auf der ganzen Linie versagt hat und der Menschenrechtspropaganda auch diesmal wieder auf den verschimmelten Leim gegangen ist, so steht Syrien doch keineswegs allein da in der Welt. Die tapfere kleine Nation hat zuverlässige, große Verbündete und genießt die Sympathien weiter Teile der stilleren Weltöffentlichkeit. Sie verfügt über eine im Volk beliebte, unbeugsame Führungspersönlichkeit.

Diese positive Note mag vom Norden her vorerst nur als Schimäre erkennbar sein. Sie ist aber eine realpolitische Größe, mit der Friedenskräfte rechnen sollten und die sie unterstützen müssen. Die syrische Nation verfügt über Jahrhunderte alte Erfahrung im Kampf gegen imperialistische Übergriffe und weiß dieses Wissen zu nutzen. Obwohl die Kriegsgefahr also noch immer nicht endgültig gebannt ist und auch die Terrorismusgefahr weiterhin real ist, gibt es auch Anlass dafür, positiv in die Zukunft zu schauen.

Dies gilt, obwohl der Terrorismus - trotz jüngster Erfolge der Regierungskräfte - unter dem schweigenden Auge unserer Medien wieder einmal in menschenverachtender Weise zugeschlagen hat. Das Angriffsziel der vorgeblich 'revolutionären' Contras war diesmal ein alawitisches Dorf.<sup>3</sup>

Zwar sind die barbarischen Methoden der vom Westen hofierten 'Rebellen' seit Beginn der gesteuerten Unruhen im Pseudo-Revolutionsjahr 2011 immer grausiger geworden. Sie zielen auf Schwächung der Zentralmacht, sie zielen insbesondere auf Präsident Assad, auf einen modernen, aufgeklärten Angehörigen der alwawitschen

---

<sup>3</sup> Am 9. Februar drangen Todesschwadronen in das bisher friedliche Dorf Maan in der Provinz Hama ein und töteten 25 Menschen, deren Namen und Adressen bekannt sind, 11 Frauen sollen darunter sein.

Minderheit.<sup>4</sup> Bashar al Assad ist zum bevorzugten Hassobjekt seiner gierigen Gegner im Westen geworden, weil er sich den imperialen Neuordnungsplänen für die Region mit von ihm vielleicht unerwarteter Entschiedenheit in den Weg gestellt hat. Millionen Syrer haben sich dagegen, trotz seines anfänglichen Entgegenkommens gegenüber den Interessen des Westens, immer wieder in beeindruckenden Massenmanifestationen hinter ihn gestellt. Er gewann Wahlen und ein konstitutionelles Referendum, das trotz der zugespitzten Lage im Land 2012 durchgeführt wurde. Er würde auch bei den jetzt bevorstehenden Wahlen wieder wiedergewählt, das gilt bei seinen Gegnern als gesichertes Wissen.<sup>5</sup>

### **In Syrien herrscht kein Bürgerkrieg!**

Was in Syrien seit drei Jahren stattfindet, ist also alles andere als ein Bürgerkrieg. Es ist die Gier der alten Kolonialmächte nach Rohstoffen, nach Pipelines und nach strategischer Vorherrschaft im Bunde mit neuen imperialen Ansprüchen, die das friedliche uralte Kulturland zu zerreißen drohen.

Über drei Jahre lang schon hält die vom Volke gestützte, zuverlässige Führung des Landes stand. Sie hält Stand trotz des entsetzlichen Wütens der vom Westen her gut besoldeten Contras. Immer neue Versuche, dem Lande von außen her eine neue, dem Westen dienende Regierung auf's Auge zu drücken, haben daher bisher nichts gefruchtet. Trotz gut honorierter einzelner Überläufer verteidigt die Armee das Staatswesen und seine Bürger gegen die hinterhältigen und immer besser und moderner ausgestatteten Söldnerbanden. Nach wie vor werden diese von der Türkei aus, von Jordanien, von Saudi-Arabien und Katar eingeschleust.

Auf solche Weise sorgte man dafür, dass in allen Landesteilen im einst gut aufgestellten arabischen Land mittlerweile Not herrscht. Diese künstlich erzeugt Not ist schlimm genug, auch ohne den erbärmlichen, alltäglich gewordenen Terror. Hinter diesem steht allerdings ein System, das man kennt: Ethnien aufhetzen gegen einander, religiöse Minderheiten aufstacheln zum Hass, Unruhe stiften um jeden Preis, destabilisieren und damit Vorwände für „humanitäre Interventionen“ schaffen, die dann alles noch verschlimmern und neue Vorwände für neues kriegerisches Eingreifen nach sich

---

<sup>4</sup> Der noch relativ junge, in London geschulte Augenarzt Assad hatte sich ursprünglich ganz und gar nicht nach einem politischen Amt geseht. Er war aber bereit sich der Verantwortung zu stellen und zeigte sich ihr gewachsen, als Not am Mann war.

<sup>5</sup> U.N. Undersecretary-General for Political Affairs Jeffrey Feltman, during a visit to Iran last summer: 'If he runs, he will win the elections.' By Daniel McAdams\_Global Research, February 13, 2014

ziehen. Die Strategie wurde ihm PNAC-Papier<sup>6</sup> „Für ein neues amerikanisches Jahrhundert“ ganz offen dargelegt. Sie hat ihre Gültigkeit in den Augen ihrer Macher keineswegs verloren, auch wenn ein Herr Ischinger das behauptet.

### **Bekämpfung des Terrors ist prioritär**

Der Terror in Syrien richtete sich von Anbeginn besonders grausam gegen die christliche Minderheit, weil diese treu hinter der Regierung Assad stand. Seine säkulare Administration sicherte allen Minderheiten Schutz zu. Der seit fast drei Jahren wütende Terror verschont daher keinen, der durch Religionszugehörigkeit oder Ethnie verdächtig ist, mit der Regierung Bashar al Assads zu sympathisieren. Er verschont selbst die antiken, wertvollen Kulturdenkmäler christlicher Provenienz nicht.<sup>7</sup>

Die ganze Verlogenheit der selbsternannten Menschenrechtsverfechter kommt darin zum Ausdruck, dass den Regierungskräften im Lande, die sich um Begrenzung des Terrors bemühen, die Minderheiten ebenso wie die Mehrheit ihrer friedlichen Bewohner zu schützen versucht, die Schuld für die schlimme Lage der Nation in die

---

<sup>6</sup> Das Project for the New American Century (PNAC), zu deutsch: *Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert*, war eine neokonservative amerikanische Denkfabrik mit Sitz in Washington, D.C. Es befand sich im selben Gebäude wie das American Enterprise Institute. Es wurde im Frühjahr 1997 als nicht-kommerzielle Ausbildungsorganisation mit dem Ziel gegründet, für weltweite Führerschaft der Vereinigten Staaten zu werben. Das PNAC wurde im Jahr 2006 aufgelöst. Die 2009 gegründete Foreign Policy Initiative ist als Nachfolgeorganisation des PNAC zu sehen.

Das PNAC vertrat unter anderem folgende Thesen:

- US-amerikanische Führerschaft ist sowohl gut für die Vereinigten Staaten von Amerika als auch für die ganze Welt.
- Eine solche Führerschaft erfordert militärische Stärke, diplomatische Energie und Hingabe an moralische Prinzipien.
- Eine multipolare Welt hat den Frieden nicht gesichert, sondern stets zu Kriegen geführt.
- Die Regierung der Vereinigten Staaten soll Kapital schlagen aus ihrer technologischen und wirtschaftlichen Überlegenheit, um durch Einsatz aller Mittel - einschließlich militärischer - unangefochtene Überlegenheit zu erreichen.

<sup>7</sup> Man erinnere sich in ähnlicher Weise an die kriegseinleitende Zerstörung der antiken Buddhastatuen von Bamyán in Afghanistan (2001), an die Vorgehensweise der Hindutva-Bewegung, die sich in Indien gegen die Muslime und ihre großartigen Kulturstätten richtete, an die Zerstörung islamischer UNSECO „geschützter“ Weltkulturerbestätten in Mali und vieles mehr.

Schuhe geschoben wird. Nahezu zehn Millionen Menschen bedürfen heute nach unabhängigen Quellen der humanitären Hilfe. Das ist fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung. Eine Viertelmillion Syrer leben in von Killern belagerten Dörfern oder Städten. Der letzte unabhängige arabische Staat ist damit ins Visier jener Mächte geraten, die sich vorgenommen haben, der arabischen Welt einen „revolutionären Frühling“ nach ihren Vorstellungen zu verpassen.

### **Warum die Genfer Gespräche scheitern mussten**

Die Genfer Friedensgespräche konnten nichts Substantielles zur Besserung der Lage im Lande beitragen, weil das politisch von den Hintermännern des Terrors nicht gewollt war. Während der einzige Verbündete in der Region, der Iran, auf Geheiß der USA wieder eingeladen wurde, waren im gleichen Atemzug und in buchstäblich letzter Sekunde noch zehn dem Westen genehme Mächte nach Montreux zur großen Eröffnungsschau geladen worden. Während es den über 40 geladenen Mietlingen nur darum zu tun war, Syriens offizielle Regierungsdelegation vorzuführen, war diese gekommen, um ernsthaft zu verhandeln und zwar darüber, wie man dem Terror Einhalt gebieten könne. Wer möchte ihnen das verdenken?

Nach zwei ergebnislosen Verhandlungsrunden mussten sie, die im teuren Genf ganz bescheiden untergekommen waren, unverrichteter Dinge und mit leeren Händen nach Hause zurückkehren.

Mit einer hilflosen Geste des guten Willens entschuldigte sich daher zurecht der algerische UN-Unterhändler Lakhdar Brahimi am Samstag, den 16. Februar nach dem Scheitern der 2. Verhandlungsrunde beim syrischen Volk dafür, dass „man nicht mehr helfen konnte“ und gestand ein: "Es wurde kaum etwas erreicht". Nun, an ihm hat es nicht gelegen.

Noch bevor die Verhandlungen in Genf ein vorläufig klägliches Ende gefunden hatten, bastelten schon die Kulissenschieber an einer neuen, nichts Gutes verheißenden UN-Sicherheitsresolution. Vorgeblich soll der neue Anlauf dazu dienen, der Not der Syrer nun anderweitig Abhilfe zu schaffen. Der Textentwurf beschwor die „willkürlichen Verhaftungen und die Folter in syrischen Gefängnissen“ zu beenden und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft vor 'Internationale Gerichte' zu bringen. China und Russland, die zum wiederholten Mal und aus gutem Grund ihre Zustimmung zu dieser böartigen Heuchelei verweigern, werden vor den Augen der Weltöffentlichkeit wieder als die Menschenrechtsverächter par excellence vorgeführt werden.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Gestern Abend (22.02.14) wurde bekanntgegeben, dass Russland nun einer Resolution des Weltsicherheitsrates seine Zustimmung erteilt hat. Zuvor hatte das russische Außenministerium

Worum geht es aber wirklich?

**Humanitäre Propaganda und Antiterrorkampf sind brüchige Fassaden für neoimperiale Ziele!**

Die syrische Regierung war in Genf erstrangig vertreten und jeden Tag aufs Neue darum bemüht, einen konstruktiven Gesprächsverlauf zu bewirken. Zwei Punkte waren ihnen begreiflicher Weise vorrangig. Ersten wollten sie die Beendigung des Terrors als Tagesordnungspunkt eins auf der Agenda sehen. Zweitens stimmten sie der Deutung der vom Westen millionenschwer ausgehaltenen Oppositionsvertreter nicht zu, deren einzige, offenkundig ihnen vorgegebene Parole war: „Assad ist das Hindernis“, „solange er der Regierung vorsteht, ist der Terror unüberwindbar“. Der syrische Staatschef wurde also als das Hindernis per se für einen sinnvollen Fortgang der Gespräche ausgemacht, mit einem „Menschenschlächter“ könne man nicht einmal reden, wurde scheinheilig vorgebracht. Man behauptet wider besseres Wissen, im Ergebnisprotokoll der ersten Genfer Gesprächsrunde vom Juni 2012 sei die Rede von einer Übergangsregierung ohne Assad als Vorbedingung für jedes Unterhandeln.

War nun entsprechend solch irrwitziger Interpretation bereits die Anreise der Regierungsdelegation nach Montreux massiv behindert worden, so war es nach absichtlich herbeigeführter Verspätung dem syrischen Außenminister Walid al-Muallim nicht erlaubt worden, seine Anklagerede gegen den Terrorismus, der sein Land verwüstet, zu Ende zu führen. Anschließend wurde ihm von den westlichen Medien unterstellt, er habe eine „Brandrede“ gehalten. Der Gegenseite, die man hätschelte, ließ man für ihre Verleumdungen dagegen freie Hand.

Nicht nur forderten während des Fortgangs der 'Gespräche' im Völkerbundpalais auf dem UN Plaza in Genf die aus dem europäischen Ausland, insbesondere auch aus Deutschland, angereisten Exil-Syrer samt Kind und Kegel lauthals die Beseitigung des „Kriegsverbrechers Assad“. Selbst auf der von Codepink/Madre und WILPF koordinierten NGO-Konferenz der Frauen konnte die in den USA lebende, irani-

---

klargestellt: „Russia will back a UN Security Council humanitarian draft resolution on Syria if it really assists to the situation and if it is not politicized,” Foreign Ministry spokesman Alexander Lukashovich said. “Russia is working with its partners to make the text of the resolution balanced and to provide real humanitarian aid to Syria,” the spokesman said. “To this end, we will continue the consultations in the UN Security Council,” he said. (Quelle Itar-Tass). Sehr wichtig auch : „Military Humanitarian Intervention: the Shock Doctrine Applied to Syria“ von Rob Prince, February 14, 2014 Foreign Policy in Focus

sche Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi hetzerisch darlegen, dass sie die gegenwärtige syrische Regierung für das Haupthindernis zum Frieden hält.<sup>9</sup>

Die fadenscheinige humanitäre Propagandarede von den "Verbrechen, die die Assad-Regierung am eigenen Volk verübe", trübt die Sinne der zum Mitgefühl begabten Menschen, insbesondere die der feinfühligsten Frauen. Fragwürdige Konzepte wie die unter dem Kürzel R2P<sup>10</sup> eingeführte Schutzverantwortung, vom daher unter Umständen auch militärisch zu erzwingenden Regierungswechsel („Regime Change“) oder auch die ähnlich gelagerte Vorstellung von den angeblich gescheiterten Staaten („Failed States“) tragen seit langem dazu bei, die UN Charta in ihrem Wesensgehalt zu unterhöheln. Dieser basiert auf dem Souveränitätsprinzip und verbietet im Interesse der friedlichen Konfliktaustragung die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Nationen.

Um diese Vorschrift zu umgehen, operieren die ehemaligen Kolonialstaaten und die neuen imperialistischen Staaten der westlichen Hemisphäre mit dem Konzept der angeblich höher anzusetzenden Menschenrechte und greifen aus der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ selektiv jene heraus, die ihnen zu pass kommen. Jene einäugigen Vorstellungen von Freiheit und "Democracy", die ihnen eine Angriffsfläche für ihre „humanitären Interventionen“ bieten, werden von den Musterknaben der Demokratie, insbesondere von den mittelalterlich-feudalaristokratisch regierten Golfmonarchien zitiert.

Sehr häufig aber werden die Menschenrechtsverletzungen überhaupt erst inszeniert, gegen die man dann vorgibt, einschreiten zu müssen.

Das Konzept ist uralt. Handelt es sich doch um die neokoloniale Auflage der Idee von der „Bürde des Weißen Mannes“ (R. Kipling), der in den barbarisch-unterentwickelten Ländern des Südens für Recht und Ordnung sorgen muss, bewaffnet, versteht sich. Diese Art der Befriedung kommt der Ausplünderung der wertvollen Rohstoffe in der südlichen und fernöstlichen Hemisphäre sehr zu gute und dient auch der vom Kolonisator diktierten 'Freiheit des Handels'.

Der Antiterrorkampf ist nur die andere Seite der Medaille. Wo kein Terror herrscht, muss man ihn folglich einführen, um ihn dann umso besser bekämpfen zu können.

---

<sup>9</sup> Siehe auch den folgenden Artikel von Irene Eckert: „Führen Frauen uns zum Frieden in Syrien? Ein kritischer Blick auf die Nebenschauplätze der Genfer Friedensverhandlungen vom 21.- 24. Januar 2014“

<sup>10</sup> Responsibility to Protect = „R2P“

Am Beispiel Syriens lässt sich das Prinzip der infiltrierten Zerstörung, die man dann wiederum durch Intervention von außen bekämpfen „muss“, an einer klassischen Kulturnation exemplifizieren.

**Wie man Terror infiltriert und dann nach humanitärer Intervention ruft.**

Syrien war bis 2011 eine blühende, sich durch kulturelle und ethnische Vielfalt auszeichnende, starke Nation. Syriens Gesundheits- und Bildungswesen waren vorbildlich in der arabischen Welt, nachdem Libyen gefallen war. Wichtige Dienstleistungen waren staatlich organisiert und kostenfrei. Der Neoliberalismus hat im Lande noch nicht durchgegriffen.

Syrien war ein zuverlässiger Partner für das palästinensische Volk, nahm viele Flüchtlinge auf, gab ihnen Rechte und war den Israelis stets ein Dorn im Auge. Die syrische Frau war ein selbstbewusstes, gebildetes Wesen und konnte in der Hauptstadt Damaskus auch nachts allein gefahrlos nach Hause gehen.

Geopolitisch spielt Syrien als Partner Russland und des Iran eine wichtige Rolle. Syrien muss daher aus westlich-imperialen Sicht in die Knie gezwungen werden, damit durch Schwächung seiner Partner der Weg nach China am Ende frei wird. Dabei geht es selbstredend auch ganz direkt und unmittelbar um Gasvorkommen, Pipelines und Handelsrouten.

Unter den fadenscheinigsten Vorwänden der Menschenrechtsverletzungen ausgerechnet im toleranten Syrien wurden aus den 'demokratischen Vorzeigenationen' Jordanien, Katar, Saudi-Arabien und der Türkei bewaffnete Söldner ins Land geschleust. Es wurden sogar verurteilte Mörder frei gelassen mit der Auflage, schleunigst nach Syrien zu verschwinden. Es wurden strategische Lager in grenznahen Bereichen eingerichtet, angebliche Flüchtlingslager, die in Wirklichkeit der Schulung von Kämpfern dienen.

Solche Lager in der grenznahen türkischen Provinz Hatay mögen neo-osmanische Phantasien beflügeln. Der in die Provinz übergreifende Terror mobilisiert aber den Widerstand der dort lebenden und ebenfalls in ihrer Existenz bedrohten Bürgerinnen und Bürger. Auch ist nicht vergessen, dass diese Provinz einst unter dem christlichen Namen 'Antiochia' zu Syrien gehörte. Die Sympathien für den syrischen Nachbarn sind also groß in dieser Region. Die Regierung Erdogan leistet dem eigenen Land und seiner Karriere einen Bärendienst durch die aggressive Politik gegenüber dem Nachbarland.

**Aufgaben für Friedenskräfte!**

Wenn nun die jüngste UN-Sicherheitsresolution in humanitärem Kleide auftritt, so wäre es vornehme Aufgabe von Friedenskräften, den Text genau unter die Lupe zu

nehmen und mit Hilfe alternativer Medien Ausschau zu halten, nach den eigentlichen Verletzern von Recht und Menschenrecht. Diese sind namentlich anzuprangern, anstatt immer wieder das verlogene Propagandalied gedungener Medienvertreter vom angeblichen 'Menschenschinder Assad' mitanzustimmen.

Wer die Kriegsverheerungen in Afghanistan, in Pakistan, im Yemen, in Somalia, im Sudan, in Mali und Zentralafrika und im Nahen und Mittleren Osten seit Jahrzehnten zu verantworten hat, der ist unglaublich, wenn er ausgerechnet mit bewaffneter Assistenz humanitäre Belange in anderen souveränen Staaten regeln will. Das Völkerrecht ist nicht auf seiner Seite. Er sollte daher von Friedenskräften mit aller Entschiedenheit bedingungslos aufgefordert werden, sich aus den Kriegsgebieten zurückziehen und zu Hause nach dem Rechten schauen.

- Solidarität mit Syrien und seiner gewählten, legitimen Regierung zu üben, das ist der Auftrag !

- Respekt vor dem Völkerrecht einzufordern und den Abzug fremder Mietlinge ist Gebot der Stunde!

- Ja zu sagen zu humanitärer Hilfe, aber Nein zur Einmischung in die Belange einer souveränen Nation!

Wenn es gelingt, solchen Forderungen Nachdruck zu verschaffen, dann wird den Menschenrechten aller Erdbewohner ein großer Dienst erwiesen und dem Menschheitsanliegen FRIEDEN wäre ebenfalls gedient.

*Irene Eckert, Berlin, 23.02.2014*

## ***Irene Eckert: Führen Frauen uns zum Frieden in Syrien?***

### **Ein kritischer Blick auf die Nebenschauplätze der Genfer Friedensverhandlungen vom 21.- 24. Januar 2014**

Am 22. Januar endlich - nach viel Vorgeplänkel und zugespitzter Anti-Bashar Al-Assad Hetze - konnten Friedensverhandlungen im pittoresken Schweizer Urlaubsort Montreux eröffnet werden. Das milde mediterrane Mikroklima, der strahlende Sonnenschein und schneebehütete Berggipfel könnten die Vorboten einer endlich konstruktiven Entwicklung sein.

Es waren 40 Nationen vertreten und 700 akkreditierte Journalisten, als der Präsident der Schweizer Konföderation, Didier Burkhalter, die Gäste um Punkt 9 Uhr im „Palace Hotel“ am Genfer See begrüßte. Vergessen war die Uhrentagung, die als Vorwand für die Verlegung gedient hatte. Verziehen war die Wiederausladung des syri-



schen Nachbarn Iran, der in letzter Minute erst den Ruf nach Montreux erhalten hatte. Immerhin war Präsident Rohani bereits unterwegs zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos, wo er als Ehrengast eine viel beachtete Rede hielt. Iran wird im weiteren Konferenzverlauf ganz bestimmt einen Beitrag leisten zur Lösung der „Syrienkrise“. Die große Kulturnation wird sich dafür kaum dem Westen unterordnen. Selbstbewusst wies das iranische Staatsoberhaupt im Schweizer Luftkurort darauf hin: *„Der Iran habe das Potential zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt zu gehören“* (NZZ, 24. Januar 14) und weiter *„sein Land werde keine Vorbedingung für eine Gesprächsbeteiligung akzeptieren“*. Rohani nannte die „Rebellen“ konsequent Terroristen und beharrte darauf, dass kein Staat der Erde das Recht habe, über die Zukunft Syriens zu befinden.

Aus ganz Europa waren unterdessen zahlreiche syrische Unterstützer der Regierung Assad zu Konferenzbeginn nach Montreux gereist. Sie wurden konfrontiert von einigen wenigen „Oppositionellen“, die ihnen lauthals Paroli boten. Das Massenaufgebot an Polizeikräften im idyllischen Ferienort zeigte sich auf der Straße als ebenso parteiisch wie die gesamte Medienwelt.

Auch ein kleines rosarot betuchtes Frauenvölkchen war medienwirksam präsent in Genf und Montreux. Unter dem Codewort „Pink“ waren die Frauen darum bemüht, eine dritte Position zwischen den Fronten einzunehmen. Weiße Masken, schwarz drapiert, trugen Schilder mit der Aufschrift „Rettet Syrien!“ Andere pinke Banner forderten „Waffenstillstand jetzt!“ „Schluß mit der Gewalt!“ „Frauen an den Konferenztisch!“

Seit Montag, dem 21. Januar schon, hatten sich rund 60 Frauen aus allen Ecken der Welt im brandneuen Genfer Glaspalast „Maison de la Paix“ im Chemin Eugene Rigot 2, zusammengefunden, um ihr Anliegen zu erörtern und um ihr Vorgehen gegenüber den Unterhändlern zu besprechen. Eine Koalition von Codepink (USA), MADRE (USA) und WILPF (international) hatte es möglich gemacht, prominente Frauen wie die Nobelpreisträgerinnen Shirin Ebadi (Iran 2003) und Mairead Maguire (Nordirland 1976) einzuladen. Gekommen waren auch Luisa Morgantini aus Rom, Ex-Vizepräsidentin des EU Parlaments, Ann Wright aus Hawaii, Ex-US-Diplomatin und Mitstreiterin der „Veteranen für den Frieden“ und eine Parlamentarierin aus Deutschland, Heike Hänsel, sowie Frauen aus vielen Konfliktzonen der Welt. Sie alle einte das Bestreben, den syrischen Frauen beizustehen und ihre Kampferfahrungen mit ihnen zu teilen. Auch syrische Frauen, die im Ausland leben, brachten ihre Stimmen zu Gehör. Ihre Herangehensweisen an den Friedensprozess und die unbestreitbare Notwendigkeit der Gewalt Einhalt zu gebieten, waren wohl so unterschiedlich wie jene derer, die am Konferenztisch vertreten sind. Während die Frauendelegation von Dr. Mouna Ghanem, einer ehemaligen UN-Mitarbeiterin Syriens, immerhin den

Schwerpunkt auf Beendigung des bewaffneten Konflikts legt, einer politischen Lösung das Wort redet, jegliche ausländische Intervention zurückweist, die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen fordert, die Einschleusung von Militanten in das Territorium Syriens verhindert wissen will und die Einheit des Landes verteidigt, während syrische Schweizerinnen ein Versöhnungs-Programm „Nahrung für den Frieden“ vorstellten, gab es andere Syrerinnen, die etwa vom Ausland aus stolz einen Hetzsender gegen Assad betreiben. Während die Juristin Shirin Ebadi darauf beharrte, die Verantwortung für das Chaos und das Blutvergießen in Syrien heute trage Assad und insbesondere auch ihr Heimatland, das als einzige Nation bewaffnete Hilfstruppen nach Syrien entsende und vor allem Präsident Assad darin unterstütze, seine Bürger zu unterdrücken, vertrat Maread Maguire eine ganz andere Haltung.

Maguire und ihre Kolleginnen haben Syrien unlängst besucht. Ihre Gruppe hat mit vielen syrischen Bürgern vor Ort gesprochen. Sie versucht beide Konfliktparteien zu verstehen, will konkret helfen, dem Terror Einhalt gebieten.

Ebadi fordert den Iran auf, Syrien zu verlassen und widmet einem auf syrischer Erde gefallenen iranischen Soldaten ein salbungsvolles Gedicht. Ebadi lebt in den Vereinigten Staaten und kämpft von dort aus für „Menschenrechte“ im Iran.

Die Friedensvermittlerinnen aus Nordirland bemühen sich um Heilung der Wunden, die der endlos währende Konflikt in ihrem Lande in jeder Familie gerissen hat. Die langjährige Friedensarbeiterin Maread Maguire beharrt auf dem „FRIEDEN als einem Menschenrecht“ und darauf, dass Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu beginnen sind, während sie das Recht des syrischen Volkes auf Selbstbestimmung anmahnt und dessen Recht sein Führungspersonal selbst zu wählen, unterstreicht.

Frauen aus der Sahara, aus Sri Lanka, aus Bosnien Herzegowina und anderen Konfliktzonen dieser Welt sind eher darauf bedacht, ihre jeweils spezifische Problematik ins Zentrum zu rücken.

Anderer wiederum unterstreichen frauenspezifischen Belange so sehr, dass dabei die Notwendigkeit, der Gewalt in Syrien erst einmal Einhalt zu gebieten, in den Hintergrund gerät. Die nordirischen Frauen betonen allerdings die wichtige Rolle, die Frauen im Friedensprozess der 70iger Jahre eingenommen haben. Sie sagen aber auch, dass sie ihre spezifischen Belange dafür zurückgestellt haben.

Anderen Frauen wiederum geht es in erster Linie um die Wahrung von „Menschenrechten“ unter dem Schwerpunkt „Geschlechtergerechtigkeit“. Diese Frauen scheinen ganz erfüllt von der Überzeugung, dass das entscheidende Instrument für ein Vorankommen die Frauenquote ist.

Nur vereinzelte Stimmen, wie Iman Laroux aus Genf etwa, beharrten auf der großartigen Rolle, die die Frauen vor Ausbruch der Gewalttätigkeiten 2011 im säkular bestimmten, multiethnischen Lande Syrien innehatten. Nur wenige der anwesenden Frauen wehren sich mit aller Entschiedenheit gegen die ausländische Einmischung, gegen die Finanzierung der Gewalttäter von außen und weisen auf Beweise hin, die es dafür gebe. Diese seien allgemein zugänglich.

Manche Fraune beklagen, dass Brahimi anders als sein Vorgänger Kofi Annan, kein „robustes Mandat“ habe und keine Blauhelme entsenden könne oder humanitäre Korridore eröffnen.

Nach einem Tag der Reflektion und Auswertung begannen im Genfer Völkerbundpalast am 24. Januar endlich die eigentlichen Verhandlungen. Die syrische Delegation ist hochrangig besetzt. Ihr Leiter, Außenministers Walid Muallem hat - ungeachtet aller gegen ihn und seine Mannschaft gerichteten Attacken - seine Bereitschaft erklärt, bis zum Ende nächster Woche in Genf zu bleiben.

Die syrische „Opposition“ gibt ein schwaches, uneiniges Bild ab mit ihrer unrealistischen Forderung nach Rücktritt Assads als dürftigem Band. Nun aber verhandeln sie alle hinter geschlossenen Türen sogar das ganze Wochenende hindurch. Russland und die Vereinigten Staaten mischen mit.

Das große, aggressive Spektakel der Opposition gestern auf dem „Place des Nations“ vor dem festungsartig geschützten UN-Gebäude wird am hoffentlich konstruktiven Verlauf der Friedensgespräche nichts mehr ändern. Es bleibt Aufgabe der Friedenskräfte zu Hause und vor Ort in ihrer Aufmerksamkeit hinsichtlich der großen Bedeutung dieser Gespräche nicht nachzulassen und ihre „Basisgemeinden“ auf dem Laufenden zu halten. In Anbetracht des wohl lange andauernden diplomatischen Prozesses müssen wir uns alle einerseits in Geduld zu üben, andererseits die politische Aufklärungsarbeit über das gesamte Problemfeld Nahost intensivieren.

Seien wir uns als Frauen, die wir für den Frieden, arbeiten, bewusst, dass die sogenannte „Nationale Koalition Syriens“, die Hauptkraft der Opposition, jetzt mit Noura Al Amir eine junge Frau zur Vizepräsidentin erkoren hat, die gestern vor dem UN-Palast in Mikrofon rief: *„Die internationale Gemeinschaft muss das Schicksal von Assad verkürzen und darf es nicht zulassen, dass ein Kriegsverbrecher an der Spitze einer Nation verbleibt.“*

Sollte das etwa der neue weibliche Code sein, der uns zum Frieden führt? Könnte eine stärkere Repräsentanz von „Frauen am Verhandlungstisch“, wenn sie sich einer solchen Sprache bedienen, wirklich den Weg zum Frieden eröffnen?

Als jahrzehntelanges Mitglied der ältesten internationalen FrauenFriedens-Organisation WILPF\*, die nächstes Jahr ihren 100sten Geburtstag feiert, meine ich dazu: NEIN!

*Ein Bericht aus der Schweiz von Irene Eckert*

\*WILPF = Women's International League For Peace And Freedom

## **Thierry Meyssan: Die USA – globale Finanziere des Terrorismus**

Seit dem Krieg in Afghanistan gegen die Sowjets haben viele Autoren die Rolle der USA bei der Finanzierung des internationalen Terrorismus hervorgehoben. Bis heute waren es jedoch nur geheime, von Washington damals nie anerkannte Aktionen. Ein entscheidender Schritt wurde mit Syrien erreicht: Der Kongress stimmte für die Finanzierung und Bewaffnung von zwei Organisationen, die al-Kaida vertreten. Was bis jetzt ein offenes Geheimnis war, wird die offizielle Politik des «Landes der Freiheit»: der Terrorismus.

Die erste Woche der Friedens-Konferenz Genf-2 war voller plötzlich neu auftretender Entwicklungen. Leider wurde die westliche Öffentlichkeit nicht darüber informiert, Opfer der Zensur, die sie unterdrückt.

Das ist in der Tat das größte Paradox dieses Krieges: Die Bilder sind das Gegenteil der Realität. Laut den internationalen Medien besteht der Konflikt einerseits aus um Washington und Riad gruppierte Staaten, die behaupten, die Demokratie zu verteidigen und den weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zu führen, und andererseits aus Syrien und seinen russischen Verbündeten, die sich mehr und mehr gehemmt fühlen, weil sie als Diktaturen diffamiert werden, die Umgang mit dem Terrorismus pflegen.

Wenn sich auch jeder bewusst ist, dass Saudi-Arabien keine Demokratie, sondern eine absolute Monarchie ist, die Tyrannei einer Familie und einer Sekte über ein ganzes Volk, so genießen die USA aber das Image einer Demokratie, und besser noch, als das «Land der Freiheit».

Nun wurde die wichtigste Nachricht der Woche in allen Mitgliedsstaaten der NATO zensuriert. Die US-Kongressabgeordneten trafen sich heimlich, um der Finanzierung und Bewaffnung der „Rebellen in Syrien“ bis zum 30. September 2014 zuzustimmen. Sie haben richtig gelesen: Der Kongress hält geheime Treffen ab, von denen die Presse nicht das Recht hat zu sprechen. Deshalb wurde die ursprünglich von der britischen Agentur Reuters veröffentlichte Nachricht gewissenhaft von allen gedruckten und audiovisuellen Medien in den Vereinigten Staaten und von den meisten Medien in

Westeuropa und dem Golf ignoriert. Nur die Bewohner des «Rests der Welt» waren berechtigt, die Wahrheit zu erfahren.

Meinungsfreiheit und das Recht der Bürger auf Informationen sind jedoch Voraussetzung für Demokratie. Sie werden in Syrien und in Russland besser respektiert als im Westen.

Da niemand das vom Kongress verabschiedete Gesetz gelesen hat, ist unbekannt, was es genau beinhaltet. Es ist jedoch klar, dass die genannten «Rebellen» nicht danach streben, den syrischen Staat zu stürzen – sie haben schon darauf verzichtet –, ihn aber «ausbluten» wollen. Deshalb verhalten sie sich nicht wie Soldaten, sondern wie Terroristen. Sie haben nochmal richtig gelesen: Die USA, angeblich Opfer von al-Kaida am 11. September 2001 und seither die Anführer des «globalen Krieges gegen den Terror», finanzieren das Zentrum des internationalen Terrorismus, wo offiziell untergeordnete Organisationen der al-Kaida (die al-Nusra-Front und das Islamische Emirat des Irak und der Levante) wüten. Die ganze Angelegenheit ist kein obskures Manöver der Geheimdienste, sondern vielmehr ein vollständig akzeptiertes Gesetz, auch wenn es hinter verschlossenen Türen beschlossen wurde, um der offiziellen Propaganda nicht zu widersprechen.

Andererseits ist es unklar, wie die westliche Presse, die seit 13 Jahren behauptet, dass al-Kaida die Urheberin der Anschläge des 11. September sei, und die Amtsenthebung des Präsidenten George W. Bush an diesem Tag durch das Militär totschweigt, diese Entscheidung ihrem Publikum erklären könnte. In der Tat ist das US-Verfahren der «Continuity of Government» (CoG) ebenfalls durch Zensur geschützt. So hat der Westen an diesem 11. September nie erfahren, dass die Macht von der „zivilen“ Regierung auf das Militär übergegangen war, und zwar von 10 Uhr morgens bis zum Abend, und dass während dieses ganzen Tages die Vereinigten Staaten von einer geheimen Autorität, im Verstoß gegen ihre Gesetze und ihre Verfassung, regiert wurden.

Barack Obamas alljährliche Ansprache zur Lage der Nation hat sich somit in eine außergewöhnliche Lügen-Übung verwandelt. Vor den 538 Mitgliedern des Kongresses, die ihm stehend applaudierten, erklärte der Präsident: «Eine Sache wird sich nicht ändern: unsere Entschlossenheit, sicherzustellen, dass die Terroristen keine weiteren Angriffe gegen unser Land unternehmen.» Und weiter: «In Syrien werden wir die Opposition unterstützen, welche die terroristischen Netzwerke ablehnt.»

Als jedoch die syrische Genf-2-Delegation, welche die „Opposition“ vertreten sollte, einen Vorschlag machte, der ausschließlich auf der Grundlage der Resolutionen 1267 und 1373 des Sicherheitsrats beruhte, das heißt, den Terrorismus verurteilte, wurde dieser von ihr ohne den geringsten Protest aus Washington abgelehnt. Und aus gutem

Grund: Die Vereinigten Staaten sind der Terrorismus, und die Delegation der „Opposition“ erhält ihre Aufträge direkt an Ort und Stelle von US-Botschafter Robert S. Ford

Robert S. Ford ist der ehemalige Assistent von John Negroponte im Irak. In den frühen 1980er Jahren hatte Negroponte die nicaraguanische Revolution angegriffen, indem er Tausende von Söldnern anheuerte, die zusammen mit ein paar lokalen Mitarbeitern die «Contras» bildeten. Der Internationale Gerichtshof, das heißt das interne Tribunal der Vereinten Nationen, verurteilte Washington für diese verheimlichte Einmischung. In den 2000er Jahren spielten Negroponte und Ford dann das gleiche Szenario im Irak. Dieses Mal galt es, den nationalistischen Widerstand durch die al-Kaida vernichten zu lassen.

Während die Syrer und die Delegation der «Opposition» in Genf diskutierten, verfolgte der Präsident in Washington weiter seine Heuchel-Manöver und donnerte im Kongress, der ihm mechanisch Beifall zollte: «Wir kämpfen gegen den Terrorismus, nicht nur mittels Geheimdienst und militärischen Operationen, sondern auch in Einklang mit der Treue zu den Idealen unserer Verfassung und beispielgebend für die Welt [...]. Und wir werden weiterhin mit der internationalen Gemeinschaft arbeiten, um die Zukunft, die das syrische Volk verdient, zu schaffen – eine Zukunft ohne Diktatur, ohne Terror und ohne Angst.»

Der Krieg, den die Nato und die Staaten des Golfrats (GCC) dem Staat Syrien geliefert haben, forderte laut dem MI6 und dessen Sprachrohr, der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte, bereits mehr als 130 000 Tote. Deren Henker burden nun die Verantwortung dafür dem Volk und seinem Präsidenten Baschar al-Assad auf, die wagten, ihnen zu widerstehen.

*P.S.:* Laut der britischen Nachrichtenagentur Reuters hat der Kongress der Vereinigten Staaten heimlich Mittel für die militärische Unterstützung der «syrischen Rebellen» gebilligt, und zwar bis zum Ende des Geschäftsjahres (das heißt bis zum 30. September 2014): «The weapons deliveries have been funded by the U.S. Congress, in votes behind closed doors, through the end of government fiscal year 2014, which ends on September 30 ...» («Die Waffenlieferungen sind vom US-Kongress durch Abstimmungen hinter verschlossenen Türen finanziert worden, und zwar bis zum Ende des Geschäftsjahres 2014, welches am 30. September endet.»)

Quelle: Congress secretly approves U.S. weapons flow to «moderate» Syrian rebels, by Mark Hosenball, Reuters from 27.1.2014

[www.voltairenet.org/article182009.html](http://www.voltairenet.org/article182009.html) vom 4.2. 2014, Übersetzung: Horst Fröhlich

## Faschismus und Klerus

### **Gerhard Feldbauer: Am 11. Februar 1929 schlossen Mussolini und der Vatikan die Lateranverträge**

**Der „Duce“ dankte dafür, dass der Klerus mit dem Kapital in der Matteotti-Krise seinen Sturz verhindert hatte.**

Vor 85 Jahren, am 11. Februar 1929 wurden zwischen der Mussolini-Regierung und der Kurie die zwischen Italien und dem Vatikan geschlossenen Lateranabkommen unterzeichnet. Der seit dem Machantritt des „Duce“ im Oktober 1922 existierende Pakt zwischen Katholizismus und Faschismus wurde nun auch offiziell auf eine staatliche Basis gestellt.

#### **Der Vatikan konnte seine weltliche Herrschaft wieder errichten**

Das dreiteilige Vertragswerk umfasste den zwischen beiden Seiten geschlossenen Staatsvertrag, das Konkordat und ein Finanzabkommen. Die Verträge beseitigten oder schränkten wesentliche Ergebnisse des Risorgimento, der nationalen Befreiungsbewegung von 1789 bis 1870, ein. Der Staatsvertrag anerkannte die Souveränität des Heiligen Stuhls auf internationaler Ebene mit dem Vatikan als wiedererrichtetem Staat und dem Papst als seinem Oberhaupt. Das ermöglichte diesem seine 1870 beseitigte weltliche Herrschaft wieder zu errichten. Die Kurie anerkannte Rom als Hauptstadt des Königreiches Italien. Rom und der Vatikan nahmen diplomatische Beziehungen auf.

Im Konkordat wurde dem Heiligen Stuhl die freie und ungehinderte Ausübung der geistlichen Gewalt zugestanden, die Trennung von Kirche und Staat in wesentlichen Punkten aufgehoben, der Katholizismus als „einzige Religion des Staates“ festgeschrieben, woraus die Kirche weitreichende Privilegien ableiten konnte. Kirchlich geschlossene Ehen erhielten alle bürgerlichen Rechte zuerkannt. Ehescheidungen bedurften von da an der Zustimmung der katholischen Kirchenbehörden. Mit dem Artikel, dass die Bischöfe dem Staat ihre Treue bekunden, wurde der unter Leo XIII. (Papst 1878 bis 1903) konzipierte Pakt zwischen Katholizismus und dem Staat, diesmal dem faschistischen, neu aufgelegt.

In einem Finanzabkommen verpflichtete sich der italienische Staat, dem Pontifex als Entschädigung für die 1870/71 säkularisierten päpstlichen Besitztümer 1.750 Milliarden Lire zu zahlen. Außerdem wurden dem Vatikan außerhalb der Vatikanstadt einige Kirchen und Paläste, darunter die Sommerresidenz des Papstes, Castel Gandolfo, überlassen bzw. als Besitz bestätigt.

### **Mussolini-Diktatur von Gott gewollte Ordnung**

Während die Lateranverträge das faschistische Regime innen- und außenpolitisch aufwerteten, schwächten sie die antifaschistische Bewegung und schädeten der italienischen Demokratie noch über die Zeit der faschistischen Diktatur hinaus. In den Augen der katholischen Bevölkerung Italiens, aber auch der Christenheit in der ganzen Welt, wirkte das Konkordat als päpstlicher Segen für das faschistische Regime und erhob es zur von Gott gewollten Ordnung. In einer Rede an der katholischen Universität hob Pius XI. die persönlichen Verdienste des „Duce“ am Zustandekommen der Verträge ausdrücklich hervor und nannte ihn „einen Mann, mit dem uns die Vorsehung zusammenführte“. Das einzige Zugeständnis der Kurie war, dass sie die „Römische Frage“ (Der Protest Papst Pius IX. gegen die Säkularisierung seines weite Teile Italiens erfassenden feudalen Besitzes und die Beseitigung seiner weltlichen Herrschaft sowie die Erklärung, er sei „Gefangener im Vatikan“) als für „endgültig und unwiderruflich geschlichtet und beigelegt“ erklärte.

### **Ein Konrad Adenauer lobhudelte den „Duce“**

Sein Scherflein zur Aufwertung des faschistischen Regimes trug auch ein gewisser Konrad Adenauer bei. Der damalige Kölner Oberbürgermeister und erste Nachkriegskanzler der Bundesrepublik Deutschland hofierte den „Duce“ in einem Glückwunschtelegramm, in dem es hieß: „Der Name Mussolini wird in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen“.

Mit den Lateranverträgen bedankte sich Mussolini dafür, dass der Vatikan und Papst Pius XI. persönlich ihn zusammen mit den führenden Kapitalkreisen in der Matteotti-Krise 1924/25 vor seinem Sturz gerettet hatte.

Was war geschehen: Am 10. Juni 1924 wurde der Führer der italienischen Einheitssozialisten, Giacomo Matteotti, auf persönlichen Befehl Mussolinis in Rom überfallen, verschleppt und brutal ermordet. Seine Leiche wurde in der Umgebung der Hauptstadt verscharrt, wo Spaziergänger sie erst am 16. August fanden. Matteotti hatte im Parlament und in der Öffentlichkeit die manipulierten, betrügerischen Scheinwahlen entlarvt, mit denen der „Duce“ sich und seiner Partei auf einer sogenannten Einheitsliste eine Mehrheit von 375 Abgeordnete der rund 600 Sitze im Parlament, darunter 275 Mitglieder der faschistischen Partei (PNF), verschafft hatte. Für die PNF waren führende Industrielle wie der Präsident der Confindustria (Industriellenverband), Alfano Benni, und Gino Olivetti vom gleichnamigen Elektrokonzern angetreten. Die auf selbstständigen Listen angetretenen Parteien hatten trotz blutigen Terrors und Verfolgung noch 161 Mandate erreicht, von denen 24 bzw. 22 auf die Einheitssozialisten und Sozialisten und 19 auf die Kommunisten entfielen.



Eine bis dahin nicht gekannte Protestbewegung stürzte das Regime in eine existenzielle Krise. Fast die gesamte Opposition verließ das Parlament, tagte auf dem Aventin, einem der sieben Hügel Roms, und nannte sich nach ihm.<sup>11</sup> Die IKP forderte den Rücktritt der „Regierung der Mörder“ und rief zum Generalstreik auf. Er scheiterte jedoch an der Ablehnung der Sozialisten und der bürgerlichen Opposition. Nach der Rückkehr des Aventinblocks in die Abgeordnetenkammer stimmten jedoch die früheren Ministerpräsidenten Giovanni Giolitti, Vittorio Emanuele Orlando und Antonio Salandra gegen Mussolini.

Aus der faschistischen Partei traten Mitläufer, Karrieristen und Funktionsträger, die einen Sturz Mussolinis befürchteten, scharenweise aus. Bis Ende 1924 verließen 182.291 Mitglieder die Partei, deren Zahl nach der offiziellen Statistik nur noch 599.988 betrug. Selbst unter führenden Faschisten wurden Stimmen laut, nachzugeben und einen Kompromiss mit den Liberalen zu suchen. Mussolini musste mehrere seiner engsten Mitarbeiter entlassen, darunter den Chef seines Pressebüros, Cesare Rossi, der an der Entführung und Ermordung Matteottis beteiligt gewesen war, und den Chef der Polizei, General Emilio De Bono. Unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit musste der „Duce“ schließlich den von ihm selbst eingenommenen Posten des Innenministers räumen.

#### **Vatikan lobte „feste Haltung“ des „Duce“**

Zur Rettung des schwer angeschlagenen Mussolini traten Confindustria und Vatikan auf den Plan. Der Industriellenverband versicherte Mussolini bereits am 24. Juni seiner „unwandelbaren Treue“ und nahm scharf gegen die „intrigante Opposition“ Stellung. Mussolini, der für den Vatikan unter anderem 1923 die vor dem Bankrott stehende Banco di Roma, auch unter dem Namen „Bank der Freunde des Vatikans“ bekannt, mit großem finanziellen Aufwand gerettet hatte, sagte der Kurie nun Konkordatsverhandlungen zur Lösung der „römischen Frage“ zu. Das Amtsblatt des Vatikans „Osservatore Romano“ lobte eine Woche nach dem Mord die „feste Haltung“ des „Duce“ und wandte sich gegen antifaschistische Aktionen.

Dank der so gewährten Hilfe entging Mussolini 1924/25 seinem Sturz und konnte an der Jahreswende 1926/27 die parlamentarisch verschleierte Etappe des Faschismus beenden und seine offene terroristische Diktatur errichten. Die faschistische Parlamentsmehrheit erließ Ausnahmegesetze und annullierte die letzten Mandate der Opposition. Mussolini war als Regierungschef nicht mehr dem Parlament rechenschafts-

---

<sup>11</sup> Die Bezeichnung sollte an die legendäre Episode aus der altrömischen Geschichte erinnern, in der sich 455 v. u. Z. die rechtlosen Plebejer aus Protest gegen die Herrschaft des Patriziats auf diesen Hügel außerhalb der Stadtmauern zurückzogen.

pflichtig, sondern nur noch dem König, was eine reine Formalität war. Regierungsdokumente bedurften keiner legislativen Zustimmung mehr. Der „Duce“ ließ alle kommunistischen Abgeordneten, derer die Polizei habhaft werden konnte, verhaften, verbot alle Parteien und Organisationen außer den faschistischen. Das gleiche Schicksal erfuhren ihre Zeitungen.

### **Neue Terror- Welle**

Die Errichtung der offenen Diktatur war von einer neuen Welle des Terrors begleitet. Das Regime kerkerte über 2.000 Kommunisten ein, darunter Gramsci, der im November unter Bruch seiner Abgeordnetenimmunität verhaftet wurde. Im Mai 1926 verurteilte ein Sondertribunal 37 führende Kommunisten zu langjährigen Kerkerstrafen. Auch viele bürgerliche Oppositionelle, die in der Matteotti-Krise gegen die Diktatur aufgetreten waren, wurden verfolgt, umgebracht, eingesperrt oder mussten emigrieren.

Gerhard Feldbauer

## Wider den Antistalinismus

### ***Redaktion offen-siv: Vorbemerkung***

Im Januar-Februar-Heft dieses Jahres hatten wir angekündigt, die Argumentationen der beiden Autoren Werner Roß („*Heraus aus Stalins langem Schatten – ein Erfordernis künftiger gesellschaftlicher Entwicklung*“) und Ivo Hrstka („*Diskussionsbeitrag zum ‚Stalinismus‘ und zur Geschichte der UdSSR – einheitliche deutsche kommunistische Partei. Was ist zu tun?*“) möglichst genau zu analysieren.

Ohne von uns bestellt oder angeregt zu sein haben wir in der Zwischenzeit drei Beiträge zum Thema erhalten. Zwei beziehen sich direkt auf Werner Roß, nämlich Fritz Dittmar: „*Zu: Heraus aus Stalins langem Schatten*“ und Kurt Gossweiler: „*Werner Roß‘ Schwierigkeit, Licht und Schatten zu unterscheiden*“. Der dritte uns zugesandte Beitrag stammt von Gerhard Schiller: „*Man muss den politischen Aspekten der Problematik nachgehen*“ und bezieht sich auf den im Heft November-Dezember 2013 von uns publizierten Artikel von Horst Schneider „*Die Deutschen und Stalin, Stalin und die Deutschen*“. Obwohl er nicht explizit auf Werner Roß eingeht, passt er doch sehr gut zum Thema, deshalb bringen wir ihn hier. Den vierten Artikel dieses Themen-

blocks fanden wir in „novum“<sup>12</sup>, Ausgabe 61, Thomas Waldeck: „*Die Visionen des Antikommunismus*“, woraus wir hier Auszüge nachdrucken. Und zum Schluss weisen wir auf das Buch „Stalin anders betrachtet“ von Ludo Martens (ehemaliger Vorsitzender der Partei der Arbeit Belgiens) und eine einfach Bezugsquelle für dieses Buch hin.

Insofern haben uns Fritz Dittmar, Kurt Gossweiler und in gewisser Weise auch Gerhard Schiller einen Teil der Arbeit schon abgenommen. Trotzdem sind ein paar grundsätzliche Bemerkungen unsererseits unerlässlich:

Werner Roß stellt zwei Kernpunkte in den Vordergrund des Disputs: Die Frage der Niederlage des Sozialismus und die Frage der Dialektik von Reform und Revolution im Zusammenhang mit dem künftigen Sozialismusbild.

Zur Antwort auf die erste Frage behauptet er eine gradlinige Kontinuität der Entwicklungen bzw. in seinen Worten „Fehlentwicklungen“ des Sozialismus in der UdSSR von Stalin bis Gorbatschow/Jelzin. Über die Epoche des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR urteilt er mit den Worten: „Fehlentwicklungen“ und „Verwerfungen“, die ihren Ursprung „in der stalinschen Vorgehensweise zur Lösung von Widersprüchen“ hätten. Die Begründung dafür will er im „Machtwillen“ Stalins und dessen „subjektivistischem Handeln“ sowie dem „nicht zu rechtfertigenden Terror“ und „von Stalin zu verantwortenden Verbrechen“ gefunden haben - Welch Argumentation! Kein Wort über die historische Situation, kein Wort über den Klassenkampf, kein Wort über die imperialistischen Kräfteverhältnisse, nur ausschließlich persönliche Verunglimpfung einer Person. Wir dachten immer, dass Kritiker Stalins wie z.B. Werner Roß etwas gegen den Personenkult hätten... Sowohl die behauptete bruchlose Kontinuität der Geschichte der UdSSR von Stalin bis Jelzin wie auch das vorgeführte personalisierte Geschichtsbild sind nicht nur unhaltbar, sondern schlimmer noch: sie untergraben unsere wissenschaftliche Weltanschauung, den dialektischen Materialismus, indem sie idealistische und individualistische, also bürgerliche Auffassungen in die Diskussion der Kommunisten implantieren und dort hoffähig machen.

Bei der Antwort auf die zweite Frage vermischt Werner Roß die Ausrichtung von Agitation und Propaganda einer antikapitalistischen Bewegung im Kapitalismus mit der Frage des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats in einer nachrevolutionären Gesellschaft, die den Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung setzt. Unter den „Bedingungen einer stalinschen Gesellschaftstheorie“ - was das ist oder sein soll, erwähnt er nicht – „und der damit verknüpften Machtausübung“ sei eine

---

<sup>12</sup> Novum – Poetik-Initiative Menschwerdung II, Petra Köhler, Postfach 100442, 03004 Cottbus

„massenwirksame Aktivität zur Beseitigung des Kapitalismus nicht realisierbar“. Natürlich ist es etwas spekulativ, wenn wir dies als Absage an die Diktatur des Proletariats auffassen, denn so wird es nicht formuliert, aber wir sind uns sicher: so wird es verstanden. Ansonsten ist nach Werner Roß die Verteidigung des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR (Stalin-Epoche) ein „Festhalten an einer ultralinken Ideologie“ und damit wird „außerdem dem Klassegegner in die Hände gespielt, der den so genannten Stalinismus als politische Keule nutzt,...“. Weil die Bourgeoisie es nicht mag, wenn wir den Sozialismus verteidigen und weil sie uns und den Sozialismus mit der Stalinismuskeule (und der Totalitarismustheorie etcpp.) bekämpft, sollen wir lieber davon lassen, lieber brav sein, dann hat die Bourgeoisie keinen Grund mehr, uns zu bekämpfen. Damit wird dem Opportunismus Tür und Tor geöffnet, denn wenn die Bourgeoisie keinen Grund mehr hat, uns zu bekämpfen, dann können wir uns auch gleich auflösen.

Zum Schluss geht es bei Werner Roß dann noch um die „Art und Weise unserer Polemik“. Das kennen wir schon so lange, wie wir die offen-siv machen. Man möchte gern machen können, was man will, die Grundlagen des Marxismus-Leninismus deformieren, eine bürgerliche Geschichtsauffassung verbreiten, die Geschichte des Sozialismus mit Schmutz bewerfen, dabei selbstverständlich die Verteidiger des Marxismus-Leninismus diskreditieren – nur kommentiert oder gar noch kritisiert werden soll das Ganze bitte nicht. Wetten doch?

Ivo Hrstkas Beitrag stellt die Gegenposition dar, zwar sehr kurz, aber trotzdem sehr klar. Er stellt drei wichtige Punkte zur Diskussion, zunächst die Zukunft der sozialistischen Bewegung, dann die Frage der wissenschaftlichen und geschichtlichen Redlichkeit und schließlich die Klassenkampffrage, in diesem Zusammenhang die selbstverständliche Tatsache, dass die Bourgeoisie nicht nur daran interessiert ist, sondern auch die ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um die Einheit der Kommunisten (nicht nur in Deutschland) zu verhindern. Zum ersten Punkt: „Ohne vollkommene Rehabilitation von J. Stalin und der UdSSR hat die sozialistische Bewegung und haben die kommunistischen Parteien keine Zukunft.“ So hart, so wahr. Wir erinnern an Harpal Brar, der der Januar-Februar-Ausgabe unserer Zeitschrift schrieb: „Wir müssen zeigen können, dass es nicht der Sozialismus war, der unterging, sondern der Revisionismus“ und in dem Zusammenhang Genossen Halabi aus den USA zitierte, der bildhaft fragte: „Warum sollen die Massen in unser Flugzeug einsteigen, wo doch mehrere Flüge verunglückt sind und wir nicht erklären können, warum?“ Und Kurt Gossweilers Arbeit: „Der Antistalinismus - das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung“ ist in diesem Zusammenhang noch immer das Standardwerk. Der zweite Aspekt, der von Ivo Hrstka angesprochen wird, ist ebenso wichtig, denn hier geht es darum, dass historische Forschungen zur Geschichte der Sowjetunion nicht nur nicht unvoreingenommen zur

Kenntnis genommen, sondern weitgehend ignoriert und wenig publiziert werden. Es liegt eine Art Bannstrahl über solchen Forschungen, weil damit das konterrevolutionäre Modell vom „Blutsäufer“ Stalin erschüttert würde. Er setzt dagegen: „Alle, die in der kommunistischen Bewegung aktiv sind, haben die Pflicht, sich zu informieren.“ Und dass er den dritten Aspekt, das Interesse der Bourgeoisie an der Spaltung der kommunistischen Bewegung, was ja eigentlich eine selbstverständliche Tatsache ist, erwähnt, halten wir für sehr wichtig, weil Ivo Hrstka damit daran erinnert, die Klassenspaltung und den Klassenkampf mit all seinen Facetten nie aus den Augen zu verlieren und sich bei allen Diskussionen die Frage zu stellen, welche Thesen und welche Handlungen wem dienen.

Soweit unsere Analyse und Wertung der beiden Artikel aus dem Januar-Februar-Heft.

Nun die Beiträge von Fritz Dittmar, Kurt Gossweiler, Gerhard Schiller und Thomas Waldeck.

Ohne Klarheit über die Vergangenheit ist keine Zukunft gewinnen!

Red. offen-siv

### ***Fritz Dittmar: Zu: „Heraus aus Stalins langem Schatten“***

Die Verteidiger des Kapitalismus bieten nicht nur eine einzige Argumentation für die „Widerlegung“ des Marxismus an, sondern einen breiten Fächer: Etwas für jeden Geschmack. Für die einen lag schon Marx mit seiner Analyse und Strategie falsch, andere sahen Differenzen zwischen dem „humanistischen Marx“ und dem „dogmatischen, undemokratischen Engels“. Die nächsten sahen den Sündenfall bei Lenin und seinem unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus, den er auch noch als „Sumpf“ verunglimpfte. Einigkeit besteht aber bei allen diesen Kritikern darin, dass die Fehler und Unmenschlichkeiten bei Stalin kulminierten und dass in seinem „langen Schatten“ kein neues fortschrittliches Pflänzchen blühen und gedeihen könne.

Werner Roß vertritt hier die Variante, die den Bruch zwischen Lenins und Stalins Politik sieht. „Diese Verwerfungen (die mit der Niederlage des Sozialismus verknüpft sind) hatten bereits ihren Ursprung in der stalinschen Vorgehensweise zur Lösung von Widersprüchen.“

Bezeichnenderweise geht er mit keinem Wort auf den politischen Inhalt von Stalins Tätigkeit ein. Dabei sollte man doch die Ursache der Niederlage eher in den Zielen und Ergebnissen als in den Mitteln der Politik suchen. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution hatte Lenin der Partei und der Arbeiterklasse die Aufgaben so zusammengefasst: „Die Arbeitsproduktivität der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder überholen oder untergehen.“ Wer dabei versagen würde, dem würde nicht vergeben wer-

den, auch wenn er alle moralischen Forderungen von wem auch immer erfüllt hätte. Deshalb hier ein kurzer Rückblick auf die Lage und die möglichen strategischen Orientierungen nach Lenins Tod:

Der Bürgerkrieg in der Sowjetunion war gewonnen und das Land in der Phase der „Neuen ökonomischen Politik“ auf niedrigem Niveau stabilisiert. Gleichzeitig war die revolutionäre Nachkriegskrise beendet, es war klar, dass in absehbarer Zukunft nicht mehr mit weiteren Revolutionen in den entwickelten Industrieländern zu rechnen war.

Es gab somit im Wesentlichen drei Einschätzungen für die Zukunft und daraus folgend drei mögliche Strategien:

Die linke Abweichung sah als einzige Überlebensebene die „Export der Revolution“, ihr künstliches Anstacheln mit Hilfe der Roten Armee. Damit ignorierte sie Lenins Lehre über die Voraussetzung von Revolutionen: Eine umfassende, herrschende und Beherrschte erfassende Krise, die es den Herrschenden unmöglich macht, in der alten Weise weiter zu herrschen, und in der die Beherrschten nicht mehr weiter so leben wollen. Eine solche Krise erwächst aus den inneren Widersprüchen einer Gesellschaft und kann nicht künstlich erzeugt werden. Nachdem Trotzki und seine Anhänger mit ihrer Linie von der Partei zurückgewiesen und entmachtet waren, gab Trotzki die Revolution verloren, er erklärte es für unvermeidlich, dass die Imperialisten sich zur Vernichtung der SU vereinigen würden. (Siehe: Die verräterische Revolution, von L. Trotzki) Beides, erst verzweifelter Aktionismus und später tatenlose Verzweiflung, hätte die SU vernichtet. Beides ist Ausdruck von kleinbürgerlichem Schwanken zwischen Selbstüberhebung und Panik.

Die rechte Abweichung sah die Bedrohung durch den Imperialismus nicht realistisch und plante den Aufbau des Sozialismus in einem Tempo, das die Kürze des tatsächlich zur Verfügung stehenden Zeitraums für den Aufbau nicht berücksichtigte. Mit Bucharins Linie der Verlängerung der NÖP, des gebremsten Aufbaus der Industrie und zögerlichen Übergangs zu kollektivierter Landwirtschaft wäre die SU zum Zeitpunkt von Hitlers Überfall dem Angriff nicht gewachsen gewesen.

Stalin war als Generalsekretär Repräsentant und Führer der dritten Richtung, die als einzige nicht unmittelbar zum Untergang des Sozialismus führen musste. Er war sich klar darüber, dass die Verteidigung gegen einen Angriff der Imperialisten in der Zukunft unvermeidlich war. Er formulierte Lenins Aufgabenstellung Ende der zwanziger Jahre konkreter: „Entweder wir holen den Rückstand von hundert Jahren in zehn Jahren auf, oder wir werden zermalmt.“ Daran bestimmte er dann das Tempo des sozialistischen Aufbaus. Unter seiner Führung wurde diese Linie in der Partei durchgesetzt und in der Gesellschaft verwirklicht.

Dieser Kampf um die Linie wurde, im Gegensatz zu Roß' Behauptung, entsprechend Lenins Parteitheorie ausgetragen, im Zentralkomitee und seinem Sekretariat, in den Basisorganisationen und auf den Parteitag. Zu den Leninschen Prinzipien gehört allerdings auch, dass die Minderheit sich der Mehrheit fügt, statt zu konspirieren und Umsturz zu planen. Das galt auch für „Kommunisten des Leninistischen Zentralkomitees“, wie Trotzki, Sinowjew und Kamenew. Hier einfach Willkür zu behaupten und die seinerzeitigen Untersuchungsergebnisse zu ignorieren, ist kein ernsthaftes Herangehen an das Problem.

Um hier auf die Phase der „Großen Säuberung“ einzugehen, fehlt der Platz und das Material, wenn man sich nicht auf pures Moralisieren beschränken will. Ich möchte hier nur die Frage aufwerfen, wieso Roß meint, dass „die Niederlage des Sozialismus wesentlich vorprogrammiert war“, weil die Partei nicht seinen Vorstellungen von „neuem Typ“ entsprach. Wenn er damit mehr ausdrücken will, als dass alles Böse sich am Ende rächt, müsste er schon Mechanismen der Niederlage aufzeigen.

Insbesondere wäre zu fragen, warum zwischen Stalins Wahl zum Generalsekretär und dem Untergang des Sozialismus in der UdSSR 65 Jahre vergehen mussten.

Das waren ja keine Jahre gleichmäßigen Niedergangs. So hat die Sowjetunion es als einzige europäische Macht vermocht, der Aggression des deutschen Faschismus zu widerstehen, ihn zu schlagen und zu vernichten, um nur ihre bedeutendste historische Leistung zu nennen. Ich hoffe, auch Roß rechnet die rote Fahne auf dem Reichstag nicht zu der verwerflichen „stalinschen Vorgehensweise zur Lösung von Widersprüchen.“

Mehr Sinn macht es doch, nach den Ursachen der Niederlage in dem Zeitraum zu suchen, in dem Stagnation und Niedergang die Phase der Fortschritte und Siege ablöste. Und diese Zeit war nicht Stalins Lebenszeit, sondern die Zeit von Chruschtschow und dessen Nachfolgern, die Stalin verurteilten und seine erfolgreiche Politik aufgaben.

Fritz Dittmar

### ***Kurt Gossweiler: Werner Roß' Schwierigkeit, Licht und Schatten zu unterscheiden***

Die Ausführungen von Werner Roß bezeugen, dass er die historischen Vorgänge, über die er sich auslässt, bewusst fälscht, wenn er Stalin als den Urheber des Unterganges der Sowjetmacht hinstellt.

Jeder, der die Dinge real sieht und sich sein Urteil nicht durch die anti-stalinistischen Hetzer trüben lässt, weiß, dass, solange Stalin lebte und an der Spitze der Sowjetunion stand, diese von Jahr zu Jahr erstarkte und Hitlers bis dahin unbesiegten Armeen eine vernichtende Niederlage beibrachte, als sie die Sowjetunion überfielen. Und der weiß auch, dass Stalins Nachfolger Chruschtschow und Gorbatschow, deren beider Wirken das Ende der Sowjetunion herbeiführte, sich darin überboten, Stalin als den Verderber der Sowjetunion hinzustellen.

Die Geschichte jedoch bezeugt, dass der Ausspruch von Henri Barbusse wahr ist, der sagte: „Stalin- das ist der Lenin unserer Tage“

Und ebenso wahr ist, dass der Antistalinismus Antikommunismus und ein Wegbereiter des Faschismus ist.

Kurt Gossweiler, 1.3.2014

### ***Gerhard Schiller: Man muss den politischen Aspekten der Problematik nachgehen***

Die Ausführungen von Horst Schneider „ Die Deutschen und Stalin – Stalin und die Deutschen“ in offen-siv 7/2013 haben mich zum Nachdenken angeregt, den politischen Aspekten der Problematik nachzugehen. Als Ausgangspunkt halte ich für angebracht, was der Manchester Guardian am 6.3.1953 nach Stalins Tod schrieb: „Stalin fand ein Russland vor, das mit dem Holzflug arbeitete und hat eins verlassen, das mit Atommeilern ausgestattet war“. Stalin hat also das rückständige zaristische Russland zu einer Industrie- und Weltmacht entwickelt, die den Kapitalismus als Gegenmacht in Schranken hielt. Das sind, da ja alles revolutionär umgestaltet werden musste, genug Gründe, seine Rolle historisch zu bestimmen, deren Verdienste man trotz seiner Fehler nicht gering schätzen darf. Ein bürgerlicher Maßstab ist jedoch nicht geeignet, die Sowjetgesellschaft zu erfassen und zu begreifen.

Ein Armenhaus musste alphabetisiert werden, elektrifiziert und industrialisiert, die Landwirtschaft kollektiviert, das Land zum Staat geeint und zu einer sicheren Bastion gegen den Kapitalismus werden.

So war das Sowjetsystem, als es noch jung und ungefestigt war, von einem existentiellen Ring umklammert, den Heinrich Mann als einen Pestgürtel bezeichnete. Vor und mit jeder revolutionären Umgestaltung stand ein Bürgerkriegszustand, der dem neuen System pure Gewalt aufzwang und es zur Gegengewalt herausforderte, wollte es bestehen. In übertragenem Sinne heißt das: der Sozialismus hatte nie die Möglichkeit, sich frei entwickeln und seine eigentlichen Wesensmerkmale entfalten und gestalten zu können.



Die inneren und äußeren Bedrohungen zwangen dazu, sich den realen Gegebenheiten anzupassen.

Insbesondere der Widerstand der Bauern und der Kronstädter Matrosen, die erst die Revolution unterstützten, hat zum Übergang in das Neue Ökonomische System geführt, wo Geld und Markt wieder eine größere Rolle spielten. Wobei im Museum von Kronstadt schon zu erfahren ist, dass die Geschichte nicht so einfach bewertet werden kann. Man findet dort das Original einer Erklärung Lenins, wonach dieser Aufstand von zaristischen Offizieren und dem Ausland initiiert wurde, was eine französische Zeitung bereits berichtete, als er noch gar nicht ausgebrochen war.

Für die äußere Gefahr steht die militärische Intervention, an der Armeen von 14 kapitalistischen Staaten (Großbritannien, Frankreich, Japan, Deutschland, Italien, USA, Tschechoslowakei, Serbien, China, Finnland, Griechenland, Polen, Rumänien, Türkei) beteiligt waren. Frankreich und England hatten für den Fall eines Sieges der Sowjetmacht bereits am 23.12.1917 einen Geheimvertrag abgeschlossen, in dem die Aufteilung Russlands in Einflussphären geregelt war, also kurz nach der Oktoberrevolution. England sollte den Norden erhalten, das Baltikum und die Ölquellen im Süden bei Baku, Frankreich das Donez-Becken mit dem Reichtum an Kohle, Eisen, Mangan sowie die Krim mit dem Kriegshafen Sewastopol. So wurde der Grundstein dafür gelegt, dass sie 1918 begannen, in diesen Gebieten Truppen anzulanden, die jeden erschossen, der wie ein Bolschewik aussah. Die Devise Churchills lautete: Lieber das Kind gleich in der Wiege erdrosseln, bevor es zu spät ist.

Die Feinde der Sowjetregierung wurden bewaffnet, Häfen blockiert und Schiffe versenkt.

US Senator Borah am 5.11.1919 vor dem Kongreß: „Es gibt keinen Krieg zwischen Russland und den USA. Der Kongreß hat weder der russischen Regierung noch dem russischen Volk den Krieg erklärt. Die Bevölkerung der USA wünscht nicht, mit Russland Krieg zu führen. Aber obwohl es keinen Krieg gibt, obwohl der Kongreß nie eine Kriegserklärung ausgesprochen hat, setzen wir den Kampf gegen das russische Volk fort. Wir unterhalten eine Armee in Russland, wie beliefern andere in diesem Lande stehende Streitkräfte mit Waffen und Vorräten und wir sind so tief in den Konflikt verwickelt, als ob eine Kriegserklärung erfolgt und die Nation zu diesem Zweck zu den Waffen gerufen wäre. Es gibt weder eine rechtliche noch eine moralische Rechtfertigung für die Preisgabe dieser Menschenleben. Ein solches Vorgehen verstößt gegen die Grundprinzipien jeder freiheitlichen Verfassung.“

Das junge Sowjetsystem kämpfte unter ungünstigen Bedingungen um sein Bestehen.

Das Land der durch die Verwüstungen des Weltkrieges erschöpften Menschen war ohne Besitz und Nahrung, die Fabriken standen leer, der Boden wurde nicht bestellt,

das Verkehrswesen war lahm gelegt. Wie konnte ein solches Land den Ansturm eines Feindes begegnen und standhalten, der über starke, wohl gerüstete Armeen, unerschöpfliche Geldmittel und über reichlich Nahrungs- und Materialvorräte verfügte? Die Einheiten der Roten Armee, im Rücken ständig durch Verschwörungen bedroht, zogen sich unter Abwehrkämpfen langsam zurück. Der Machtbereich der neuen Regierung schrumpfte auf ein Sechzehntel des russischen Gesamtgebietes zusammen; es war eine sowjetische Insel inmitten eines sowjetfeindlichen Ozeans.

Und trotzdem siegten die Sowjets, obgleich sie nicht einmal über eine eigentliche Armee verfügten. Ein Hauptquartier hatte die Rote Armee nicht, sämtliche Verbände mussten unabhängig voneinander operieren, weil die Verbindung zu den verschiedenen Kriegsgebieten, die tausende von Kilometern auseinander lagen, unterbrochen waren. Die Interventen waren 140.000 Franzosen, 140.000 Engländer, 120.000 Griechen, 140.000 Serben, 190.000 Rumänen, 40.000 Italiener, 70.000 Japaner, 8.000 Amerikaner. Zu diesen 900.000 Mann kamen noch ca. 50.000 weißrussische Truppen und mongolische Regimenter hinzu, die in Ostsibirien und der Äußeren Mongolei standen. Die kurz zuvor durch Deutschland geschlagenen Russen hatten also gegen mehr als eine Million Mann Interventen zu kämpfen, und das an vier Fronten, wo überall noch zaristische Truppen operierten.

Es ging also um die Frage: Wer – wen? USA Präsident Herbert Hoover (1929 – 1933): „Um die Wahrheit zu sagen: Das Ziel meines Lebens ist die Auslöschung der Sowjetunion“.

Nach dieser Intervention ging das Land mit allen Kräften an die Wiederherstellung der durch den Weltkrieg, die Intervention und innere Konterrevolution zerrütteten Wirtschaft. Die allen Staaten angebotene Bereitschaft, international übliche Wirtschaftsbeziehungen herzustellen, wurde mit der Verhängung einer diplomatischen und wirtschaftlichen Blockade beantwortet.

Weil trotz dessen der Sozialismus erstarkte, musste diese Anfang der 30er Jahre aufgegeben werden. Nicht aber die Absichten, das Sowjetsystem zu liquidieren. In Abstimmung mit den USA und England trieb Frankreich zu einem regelrechten Krieg gegen die UdSSR. Der französische Generalstab hatte eine Sonderkommission eingesetzt, deren Aufgabe es war, diesen Angriff vorzubereiten. Der Beginn dieses Feldzuges war für den Sommer 1929 vorgesehen. Das Menschenmaterial sollte in erster Linie von Polen, Rumänien und Finnland geliefert werden. Frankreich hatte sich bereit erklärt, Instrukteure und die eigene Luftwaffe zur Verfügung zu stellen. Deutschland versprach Techniker und Freiwilligenregimenter. Die Engländer wollten ihre Flotte leihen. Der Angriffstermin wurde immer wieder verschoben, weil die verschiedenen Gruppen zu keiner Einigung über die Verteilung der Einflusssphären in den so befreiten Gebieten gelangen konnten. Diese Kriegsvorbereitungen wurden

durch die nicht erwartete Katastrophe der Weltwirtschaftskrise jäh unterbrochen und zunichte gemacht. Aber der Gedanke des Antikommunismus blieb.

1931 überfielen die Japaner die Mandschurei, was als Rettungsaktion gegen den nach Asien vordringenden Kommunismus hingestellt wurde. Zwei Jahre später stürzte Hitler im Verein mit der deutschen Großbourgeoisie die deutsche republikanische Regierung unter dem Vorwand, Deutschland vom Kommunismus zu bewahren. 1935 fiel Italien in Abessinien ein, um das Land vor Bolschewismus und Barbarei zu bewahren. 1936 besetzte Hitler das Rheinland, Deutschland und Japan unterzeichneten den Anti-Komintern-Pakt, 1937 wurde Österreich annektiert und die Achse Berlin-Rom-Tokio gebildet; alles, um die Welt „vor dem Kommunismus zu retten“. Das Münchner Abkommen 1938 war Höhepunkt der Befriedungspolitik der Westmächte, die darauf gerichtet war, den unvermeidlichen Krieg in einen Ansturm Deutschlands gegen die Sowjetunion umzuwandeln.

Ein von der Sowjetunion gewolltes kollektives Bündnis mit England und Frankreich gegen die faschistische Bedrohung, auch mit Polen, das ablehnte, weil es eine anti-kommunistische Regierung hatte und gerade deshalb das erste Opfer wurde, kam nicht zustande. Aber die Westmächte wollten, dass Nazideutschland gegen den Kommunismus losschlägt und diesen erschlägt, wie Hitler zugesichert hatte, den Marxismus ausrotten. So einer musste unterstützt werden, wodurch aber Nazideutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgebaut und alles zugelassen wurde, was Hitler Hilfe für diese Zielsetzung bot. Die Triebkraft für Hitler und die Westmächte war der Antikommunismus. Wenn die Völker durch die Politik ihrer Führungen nicht blind gemacht worden wären, hätten Hitler und sein Krieg verhindert werden können.

Chamberlain am 26.8.1939 vor dem Kabinett: „ Wenn Großbritannien Herrn Hitler in seiner Sphäre in Osteuropa in Ruhe lässt, wird er uns in Ruhe lassen“.

Neben diesem äußeren Ring der Konterrevolutionäre wirkten im Inneren der Sowjetunion im Grunde zwei oppositionelle Gruppierungen innerhalb wie außerhalb der Partei. Die eine Gruppierung bestand aus einem Teil der alten Revolutionäre und war gegen Stalin mit der Begründung, er verrate die Ideale, die zweite Gruppierung bestand aus offenen Konterrevolutionären. Waren die Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Trotzisten, bürgerliche Nationalisten, Volkstümler und Kulaken gegen den Zarismus und deshalb zunächst Unterstützer der Oktoberrevolution, wurden sie danach als Feinde gegen das Sowjetsystem tätig. Erst Anfang der 30er Jahre haben die Sicherheitsorgane unter vielen diese Gruppierungen ausgemacht und enttarnt. Im Ergebnis der Aktivitäten dieser konterrevolutionären Kräfte mussten Abwehrmaßnahmen ergriffen werden, die zu einem starken Sicherheitsverständnis und dadurch zu Zwängen bis hin zur Verfolgung Unschuldiger führten, was von Antistalinsten gern als „Verbrechen“ tituliert wird.. Stalin sah in den genannten Kräften zu-

recht generelle Feinde, wobei sein angeborenes Misstrauen sich sogar als nützlich erwies, denn durch sein politisches Amt war er geradezu verpflichtet, im Interesse des System zu dessen Gewährleistung zu handeln. Die politischen Prozesse jener Zeit waren Ausdruck dessen.

Der britische Kronanwalt Pritt, die deutschen Schriftsteller Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger wie auch Berthold Brecht und der Philosoph Ernst Bloch hielten sie für angebracht und begründet. Der Kronanwalt Pritt bestätigte, dass in keinem Rechtsstaat die Verfahren anders verlaufen wären und gab später im Kreis von Journalisten zu: Wir mussten die Wahrheit aus Propagandagründen jedoch abstreiten. Brecht betrachtete sie als ein Akt der Kriegsvorbereitung, weil es ohne die Gewissheit über den faschistischen Angriff keine Moskauer Prozesse und Säuberungen gegeben hätte. Und der USA Botschafter I. E. Davis stellte fest, dass die Landesverratsprozesse, die öffentlich ausgetragen wurden, Hitlers 5. Kolonne in den Sowjetunion den Garaus gemacht hätten. Alle aus politischen Gründen erfolgten Repressalien und Säuberungen waren von der Staatsführung beschlossen. Über diesbezügliche Fehler Stalins zu sprechen reicht nicht. Ihre Herkunft und Bedingungen, unter denen sie sich ereigneten, sind wichtig. Unter Stalins Führung hat das Land mit seinen Menschen einen Aufbauprozess vollzogen, der einmalig ist.

In drei Jahrzehnten war erreicht, was Manchester Guardian herausgestellt hat, und das unter den Bedingungen, wie ich sie versucht habe zu skizzieren.

Da darf Churchills Rede am 21.12.1959 vorm Unterhaus anlässlich des 80. Geburtstags Stalins zitiert werden: „ Es war ein Glück für Russland, in den Jahren der großen Prüfungen das Genie und den unerschütterlichen Befehlshaber Stalin an der Spitze des Landes zu haben. Er war die herausragende Person, die in unserer grausamen und wechselhaften Epoche lebte und ihr Paroli bot. Stalin verfügte über einen ausgeprägten Sinn für Humor und Sarkasmus und die Fähigkeit, ganz genau unsere Gedanken zu begreifen. Die Stärke Stalins war dermaßen groß, dass sie als einzigartig unter den Staatsoberhäuptern aller Zeiten und aller Völker bezeichnet werden kann. Stalin beeindruckte uns sehr. Er besaß eine tiefgründige, besonnene und logische Weisheit, ohne jegliche Kopflösigkeit. In schwierigen Momenten zeigt er sich als unübertroffener Meister beim Finden eines Ausweges aus den verhänglichsten Situationen. Den kritischen Momenten begegnete er ebenso wie denen des Sieges mit Zurückhaltung und ohne in Illusionen zu verfallen. Er war eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Er hat ein enormes Reich gegründet und beherrscht. Seine Kraft war so groß, dass er unter den Führern aller Völker und Zeiten nicht seinesgleichen kennt. Stalin war ein außergewöhnlicher Mann. Schonungslos in der Sache wie im Gespräch, dem ich selbst, der ich im englischen Parlament groß geworden bin, nichts entgegenzusetzen hatte. Die Geschichte vergisst solche Menschen nicht“.

Oder Erich Honecker: Was für die Bourgeoisie Napoleon war, der mit Gewalt das feudal-reaktionäre Europa besiegte und den Geist der französischen Revolution verbreitete, war für die Arbeiterklasse Stalin. Ohne Stalin hätte die Sowjetunion das Jahr 1939 kaum erreicht, geschweige denn überstanden.

Es ist also eine gesicherte Erfahrung, dass die Klasse der Kapitalisten jeden Versuch und jede Maßnahme, sich ihrer Fesseln zu entledigen, bestrebt ist zunichte zu machen. Aber bereits die Klassiker der französischen Revolution sahen das Übel der Gesellschaft im Privateigentum an den Produktionsmitteln, also dem Kapital. Ohne dessen Überwindung gibt es keinen Weg in eine andere alternative Gesellschaft. Wie wachsam die Herrschenden auf diesem Ohr sind, zeigt, wie sie aufschrien, als Gesine Löttsch davon sprach, Wege zum Kommunismus zu suchen. Dabei ward der Zweitsatz ihres Ausspruchs gar nicht gebracht, wo sie meinte, dass das über Regierungen oder Parlamente möglich sei, was Revisionismus ausdrückt, denn über beide Wege geht das, wie die Geschichte bewiesen hat, nicht.

Eine Revolution, die das Privateigentum aushebelt, ist immer notwendig, und diese geht einher mit einer Konterrevolution in Form der Angriffe der von den Herrschaftsgrundlagen getrennten Klasse. Diese tritt nicht freiwillig ab. Aus dieser Problematik ergibt sich aber, dass der Sozialismus in Form der Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus die Besonderheit aufweist, die gestürzte Klasse zu hindern, konterrevolutionär aktiv zu werden und die noch mit den Muttermalen der kapitalistischen Ideologie im Kopf behafteten Menschen in die neue Zeit zu führen. Kurzum, es ist eine Zeitlang eine Diktatur erforderlich, um dem Neuen der neuen Gesellschaftsstruktur zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist mit dem bürgerlichen Parlamentarismus nicht zu erreichen.

Der Aufbau des Sozialismus wird nicht die Aktion von wenigen, sondern von vielen Jahren und Jahrzehnten sein. Und die Partei, die dieses Werk vollführen muss, braucht die Mitarbeit der Menschen, weil ein Aufruf allein nicht reicht. Das ist ein wesentlicher Unterschied zum Kapitalismus, der sich selbst trägt, so lange er die Macht ausübt. Wer da nicht mitschwimmen kann, geht unter, andere stehen bereit. Insofern ist der Sozialismus eine Entwicklungsgesellschaft mit Zukunft, während im Kapitalismus die Zukunft der Erhalt der Eigentumsverhältnisse und damit der Erhalt des Kapitalismus allein ist. Da muss die Partei der Revolution Führungsaufgaben übernehmen, denn ohne Organisation ist dieses Werk nicht zu vollbringen. So ergibt sich aus dem Kausalzusammenhang, dass es ohne SED keine DDR gegeben hätte.

Aus dem utopischen Sozialismus und der französischen Revolution zog Karl Marx wichtige Schlüsse, errichtete das System des wissenschaftlichen Sozialismus und begründete die Diktatur des Proletariats in ihren Varianten bis zur vollkommenen Errichtung der kommunistischen Gesellschaft. Was lehrt, dass nur der revolutionäre

Sozialismus mit der Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zum Kommunismus als der idealen Gesellschaft führt, die die Menschheit sucht.

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus, einer der grausigsten Bestien, die der Kapitalismus hervorzubringen vermag, war das Ansehen und der Einfluss der Sowjetunion so groß, dass dem Antikommunisten Kurt Schumacher (SPD) 1945 nichts anderes übrig blieb als zu sagen: „Auf der Tagesordnung steht heute als entscheidender Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach dem Grundsatz volkswirtschaftlich notwendiger Planung“. Sogar die CDU musste 1946 vom Sozialismus, einem „christlichen“ selbstverständlich, sprechen. Soll heißen, alle deutschen Parteien mussten nach 1945 das kapitalistische Wirtschaftssystem verurteilen. Sozialismus war nach dem Kriege für Millionen von Menschen, nicht nur in Deutschland, eine Hoffnung.

Geschichtlicher Fakt ist aber, dass die Besatzungsbehörden in Westdeutschland 1948 alle Nationalisierungs- und Sozialisierungsmaßnahmen, die bereits in alle Länderverfassungen eingeflossen waren, verboten. Was tuts, dass sich führende Politiker bis Päpste noch heute in dererlei Formulierungen versuchen? Nichts!

Aber die Ostdeutschen, die SED mit Unterstützung der SMAD, haben nichts anderes getan, als diese historischen Maßnahmen konkret umzusetzen, als Einheit von Ort und Tat. Damit setzten sie eine grundlegende Forderung zum Wohle des Volkes um, und haben eben nur das verwirklicht, was damals die bürgerlichen Parteien zu tun vorgaben.

Heute wird der „demokratische Sozialismus“ popularisiert, der noch nirgends über den Kapitalismus hinaus geführt hat und der die sozialistischen Staaten, wo die Revisionisten in die Partei eintraten, zu nichts anderem als zurück zum Kapitalismus geführt hat. Der Sozialismus, den wir hatten, war mit allen seinen Umständen ein Ausblick in die Zukunft der Menschheit. Doch nach wie vor gilt Marx, wonach die Welt längst den Traum von einer Sache hat, von der sie nur das Bewusstsein besitzen muss, um sie tatsächlich zu besitzen.

Chruschtschow weiß, dass Stalin am Totenbett gesagt hat, wenn ich nicht mehr bin, werden euch die Imperialisten in der Pfeife rauchen! Oder: Sie drehen euch den Hals um, wie den Hühnern. Er hatte Recht. Es bleibt, dass man aber bestimmte seiner Handlungen nicht übersehen kann, man muss ihn in der Geschichte jedoch so werten, dass er den Sozialismus im Gegensatz zu seinen Nachfolgern weder mit Worten noch in der Tat infrage gestellt hat.

Dem Sowjetsystem wurde von Anfang an der Stempel von Bürgerkrieg und Intervention aufgedrückt, was zur Selbstverteidigung und Bedingungen zwang, die mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie oder Diplomatie nicht zu beherrschen waren, um die Macht zu erhalten. Dabei war die harte Ordnung Stalins notwendig, weil sonst die Sowjetunion, von inneren und äußeren „Oppositionsgruppen“ zerfressen, zusammengebrochen wäre. Die Bolschewiki haben die Gewalt nicht ins Land gebracht.

Ich schließe mit Gisela Karau: „Die Gretchenfrage in der Politik lautet: wie hältst du es mit dem Kommunismus? Ich werde nicht müde, denen, die es hören wollen und auch denen, die es nicht hören wollen, zu versichern, dass es Kommunismus auf diesem Planeten noch nicht gegeben hat, nur einen mutigen, aus Krieg und Verzweiflung hervorgegangenen und am Ende leider gescheiterten Sozialismusversuch, den ich allerdings nicht missen und schon gar nicht vergessen möchte. Es wird einiges davon in der Welt bleiben. Keine Massenerfahrung versinkt spurlos im Schlund der Geschichte. Kommunismus war, ist und bleibt eine schöne Utopie, ein rotes Licht am Horizont, das mal stärker, mal schwächer leuchtet, aber nie ganz erlischt“.

Gerhard Schiller

### ***Thomas Waldeck: Die Visionen des Antikommunismus***

Man kann nicht gut antikapitalistisch sein wollen und die Stalin-Periode, die für den faktisch größten antikapitalistischen Erfolg der Menschheit steht, verleumden.

Denn darauf läuft es hinaus, wenn man die Formen, unter denen der Kampf darum stattfand, ganz oder teilweise als „verbrecherisch“ diskreditiert.

Ja, mehr noch resultiert aus der einzig richtigen Wirtschaftspolitik der Sowjetunion der zwanziger und dreißiger Jahre, aus restriktiver und revolutionärer Sicherheitspolitik und aus dem darauf begründeten Sieg gegen die faschistische Hitlerbarbarei die größte Friedensepoche Europas, eine ungeahnte soziale Befreiung im 20. Jahrhundert, eine weltweite Vielzahl revolutionärer und emanzipatorischer Bewegungen. Wir verdanken ihr das sozialistische Weltsystem, die DDR, den faktischen Beweis, dass es anders geht (wenn auch durchaus unvollkommen), die Menschenrechtskonventionen (!) mit dem Völkerrecht als Schwerpunkt, die antikolonialistische Zügelung des Imperialismus... Das alles verdanken wir Stalin (immer als Synonym für Politik und Periode).

Alle wesentlichen Verlautbarungen von „stalinschen Verbrechen“ gehen zurück auf die so genannte „Geheimrede“ Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Die gegnerischen Geheimdienste hatten der kapitalistisch-antikommunistischen Propaganda bis zu dieser Rede (die sie wohlfeil und fast vorab erhielten) wenig zu bieten.

Eine Vielzahl von Antikommunisten und Konterrevolutionären stürzten sich nun darauf und suchten in absurden Anklagen, die stets immer weiter ausufernten, den Namen weiter zu diskreditieren, der für die erfolgreichste Periode der Menschheitsgeschichte steht. Wen es wundert, und wer es gar für bar nimmt, sollte lernen und nicht lehren.

„Stalin übernahm das Rußland des Hakenpfluges und verließ es im Besitz der Atombombe – die Geschichte vergisst solche Männer nicht“ – so Churchill. Wir fügen hinzu: Als erstes Volk, das in den Kosmos drang, ein sicheres Dasein für jeden garantierte und internationalistische Solidarität praktizierte – und das alles, nachdem es soeben völlig verwüstet vom Kapitalismus zurückgelassen wurde.

„Der Antistalinismus ist die Speerspitze des Antikommunismus – der Grundtorheit unserer Epoche“ hatte eine Gruppe Cottbusser Kommunisten zu ihrem Motto auf der LLL-Kundgebung 2007 in Berlin gemacht und auf einem Transparent beim antistalinistischen Schandmal in Friedrichsfelde vertreten. Es fand sich dafür viel Beifall, wenn auch Frau Nina Hager (DKP) sich entrüstete.

Was es in Wirklichkeit mit den „stalinistischen Verbrechen“ auf sich hat, dass diese Bekundungen so wie alle gesellschaftlichen Äußerungen Klassencharakter tragen und welche Klassen diesen Auffassungen ihren Stempel aufdrücken, erfahren wir in vielen Analysen zu Chruschtschows legendärer Geheimrede, die sie als oberflächliche Fälschung entlarven<sup>13</sup>.

Die Geschichte ist objektiv eine Geschichte von Klassenkämpfen. Jeder subjektive oder gar zur Theorie erhobene klassenindifferente Moralismus ist objektiv Propagandainstrument des Gegners, weil er die Klassenfront vernebelt und verhüllt, statt über ihre exakte Linie aufzuklären. Das sei von einer Bewusstseinsstufe festgehalten, die „Versöhnlichkeit“ auf unserer Seite der Barrikade für richtig befindet – und den Kampf gegen das Versöhnlertum.

Thomas Waldeck

---

<sup>13</sup> Zuletzt dazu: „Chruschtschow und der Zerfall der UdSSR“ von Michail Kilew, offen-siv 10-2010



## **Redaktion offen-siv: Ludo Martens Buch „Stalin anders betrachtet“**

Zur Debatte passt sehr gut, dass das Buch von Ludo Martens „Stalin anders betrachtet“, das zunächst im EPO-Verlag der Partei der Arbeit Belgiens erschienen und dort inzwischen vergriffen ist, vom Zambon-Verlag wieder aufgelegt wurde und vom Genossen Karlheinz Fernholz aus Koblenz vertrieben wird.

Aus der Verlagsmitteilung: *„Wir stellen heute fest, dass die Person Stalins und Stalins Werk als Synonyme für das Böse angesehen werden.*

*Erstaunlich: nach so vielen Jahren bleibt Stalin der Hauptfeind der „demokratisch“-imperialistischen Staaten. Das ist das Ergebnis einer wissenschaftlich geführten Desinformationskampagne, die mit Hitlers Propaganda begann und unmittelbar danach enthusiastisch von der neuen imperialen Macht USA und von ihren Satelliten weltweit übernommen wurde.*

*Einen entscheidenden Beitrag zu dieser Verleumdungskampagne leisteten neulich die berühmten und weltweit glorifizierten Totengräber des Sozialismus, Chruschtschow, Jelzin und Gorbatschow, die im engen Zusammenschluss mit den jeweiligen US-Regierungen in einem wirksamen und unwiderstehlichen Crescendo den Errungenschaften des Sozialismus und der Unabhängigkeit der sowjetischen Völker ein Ende setzten.*

*Mit Ludo Martens lernen wir einen anderen Stalin kennen: einen umsichtigen, klugen und vorausschauenden Staatsmann mit dem Blick auf die noch stattfindenden Klassenkämpfe in der damaligen UdSSR, der die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigt und aufrechterhält.*

*Stalin, der von Trotzki als Bürokrat Gescholtene, erweist sich genau als das Gegenteil: Martens präsentiert dem Leser einen Stalin, der die Bürokraten und diejenigen, die den Fortschritt der UdSSR auf dem Weg des Sozialismus rückwärtsgewandt aufhalten und behindern wollen, in die Schranken weist. Und wir lernen Stalin als rationalen und selbstkritischen Staatsmann kennen.“*

Weitere Informationen und Bestellungen bei: Karlheinz Fernholz, Goethestr. 32, 56075 Koblenz.

## Ukraine

### ***Brigitte Queck: Die Ukraine im Zangengriff der NATO***

#### **I. Die Ukraine – Januar 2014**

Um die heutigen, seit mehreren Wochen andauernden Demonstrationen, in der Hauptstadt Kiew gegen die derzeitige Regierung unter dem ukrainischen Präsidenten Janukowitsch und für einen Beitritt der Ukraine zur EU verstehen zu können, ist es wichtig, sich :

1. über die Bedeutung der Ukraine für das kapitalistische Europa, aber vor allem für die von den USA geführte NATO, im Klaren zu werden;
2. die inneren Kämpfe in der Ukraine für bzw. gegen einen EU- und NATO-Beitritt in der Vergangenheit zu beleuchten;
3. die Einordnung der Ukraine in die Kräftekonstellation in der Welt zu betrachten.

#### **1. Bedeutung der Ukraine für das kapitalistische Europa**

##### **Die Ukraine- wichtiges Kettenglied zur Erlangung der US – Weltherrschaft**

Die Ukraine stand schon lange im zentralen Blickfeld der USA–Weltherrschaftspolitik. Der frühere Sicherheitsberater Z. Brzezinski schreibt in seinem Buch “Die einzige Weltmacht“: „Die Ukraine ist ein neuer wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasischer Staat mehr“.

Bei der Erreichung dieses Ziels arbeiten solche US- Nichtregierungsorganisationen, wie die des Multimilliardärs Soros (siehe Soros : „Die Vorherrschaft der USA – eine Seifenblase“), die US–Agentur für Internationale Entwicklung (USAID), (siehe unter: „Blätter für deutsche und internationale Politik“ Demokratieexport nach Osteuropa: US–Strategien in der Ukraine Nr. 12/ 2005), sowie die Hilfsorganisationen US-AID, die Stiftungen „Freedom House“, das „National Democratic Institute“ der USA unter dem Vorsitz der ehemaligen US–Außenministerin Albright, die amerikanische Botschaft und die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vor Ort in Abstimmung mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (siehe: Peter Scholl–Latour“: „Russland im Zangengriff“, S. 388 / 389) eng zusammen.

## **2. Die inneren Kämpfe in der Ukraine für bzw. gegen einen EU- und NATO-Beitritt in der Vergangenheit**

### **Juschtschenko – der Wunschkandidat des Westens - durch Inszenierung einer „orangenen“ Revolution in der Ukraine im Jahre 2004 Präsident der Ukraine**

Schon einmal, nämlich im Jahre 2004, war man diesem Ziel sehr nahe, als bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen anfangs zwar Janukowitsch gesiegt hatte, aber durch Gewaltaktionen mittels vom Westen finanzierter Mobilisierung des Straßennobles, als „orangene Revolution“ bekannt, eine Wiederholungswahl erzwungen wurde, bei der durch massive Fälschungen Juschtschenko - der Wunschkandidat des Westens - Präsident wurde. Juschtschenko hatte daraufhin Frau Timoschenko, seine Mitstreiterin während der „orangenen Revolution“, im Januar 2005 zur Ministerpräsidentin (Premierministerin) ernannt. Es folgten sieben Monate einer Chaosherrschaft. Die Wirtschaftskennziffern gingen erheblich zurück. Die Inflation stieg dramatisch an. Die Korruption erreichte nie dagewesene Blüten. Die Beziehungen zu Russland erlitten schwere Einbußen, was ganze Industriebranchen lahmlegte. Das zwang den Staatspräsidenten Juschtschenko, Frau Timoschenko im September 2005 abzusetzen und durch seinen Gefolgsmann Jenurow zu ersetzen, der diese Funktion dann in einer weiteren Periode wirtschaftlichen Niedergangs bis Anfang August 2006 ausübte.

Bei den Parlamentswahlen im Jahre 2006 musste die Juschtschenko-Partei einen gewaltigen Stimmenverlust hinnehmen, während die Janukowytchs Partei der Regionen überraschend eine relative Mehrheit von 186 der insgesamt 450 Sitze der Werchowna Rada für sich gewinnen konnte. Damit jedoch konnte sie keine mehrheitsfähige Regierungskoalition bilden. Nachdem eine geplante Koalition aus dem Präsidentenbündnis Unsere Ukraine, dem Block Julija Tymoschenko (BJUT) und der Sozialistischen Partei unter Olexandr Moros im Juli durch den Ausstieg der Sozialisten zerbrach, stiegen Janukowytchs Chancen auf das Amt des Regierungschefs. Präsident Juschtschenko erklärte nach einigem Zögern Anfang August seine Bereitschaft, ihn zum Premierminister vorzuschlagen; die beiden Parteien der ehemaligen Gegner unterzeichneten ein Memorandum der Koalition der nationalen Einheit und am darauffolgenden Tag wurde Janukowytchs Nominierung zum Premierminister vom Parlament bestätigt.

Juschtschenko als Präsident aber konnte sich in der Folgezeit nur noch mit Tricks im Amt halten.

Juschtschenko - dessen zweite Frau übrigens aus CIA-Kreisen stammt - versuchte, nach gewaltigem Vertrauensverlust bei den Ukrainern durch einen Staatsstreich und verfassungswidrige Vergrößerung seiner Machtbefugnisse, Präsident zu bleiben.

indem er :

1. am 2. April 2007 ein Dekret zur Auflösung des Parlaments erließ,
2. sich verfassungswidrig in die Unabhängigkeit des ukrainischen Verfassungsgerichts einmischte,
3. mehrere Male eigenmächtig ihm nicht genehme Verfassungsrichter absetzte,
4. eine eigene Präsidentenverwaltung am Parlament vorbei geschaffen hatte,
5. Gebietsverwaltungen in der Ukraine eigenmächtig mit eigenen ihm untergebenen Beamten besetzte,
6. sich verfassungswidrig alle Truppen des Innenministeriums unterstellt hat und
7. am 26.6.07 sogar präsidienfreundliche Truppen in Richtung Kiew marschieren ließ, um das vom Volk gewählte Parlament mittels eines Staatsstreiches beseitigen zu lassen.

Nur durch das verfassungstreue Eingreifen von Truppen des Innenministeriums unter dem Innenminister Zushko konnte damals ein blutiger Krieg in der Ukraine a la Syrien heute und damit der direkte Übergang zu einer Präsidentendiktatur, sowie einen Sofortbeitritt der Ukraine zur NATO ohne Volksbefragung verhindert werden.

Ein solches rechtswidriges Vorgehen Juschtschenkos war eigentlich nur mit dem Ermächtigungsgesetz Hitlers 1933 zu vergleichen. Trotzdem ließen sowohl die EU/NATO-Staaten, einschließlich der Bundesrepublik, Juschtschenko freie Hand, denn es war IHR MANN und sie wussten, nur durch einen gewissenlosen Präsidenten wie ihn ließen sich ihre Pläne der willfährigen Einverleibung der Ukraine in die EU und NATO verwirklichen. So blieb ein dringlicher Appell des ukrainischen Parlaments (Rada) an den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europäischen Rates selbstverständlich ohne die erwartete Resonanz.

Das Ziel des Westens war und ist nach wie vor,

- die Ukraine zu einem weiteren Aufmarschgebiet der NATO und zu einem zukünftigen Kriegsschauplatz gegenüber Russland umfunktionieren,
- die Ukraine seiner Souveränität zu berauben, indem sie ohne Volksbefragung in die NATO und die EU integriert werden soll und
- die Ukraine wie schon den Irak und Afghanistan nach Kolonialherrenart sämtlicher Rohstoffe zu berauben.

Um das zu erreichen, muss die Ukraine dem Einfluss Russlands völlig entzogen und dem westlichen Diktat auf militärischem, innen- und außenpolitischem sowie ökonomischem Gebiet unterworfen werden.

### **Seltsames Verhältnis zwischen Juschtschenko und dem Parlament**

Während man aufgrund der sich zuspitzenden Staatskrise in der Ukraine noch am 25. Mai 2007 im Parlament das Projekt eines Gesetzes für Verfassungsänderungen eingebracht hatte, das gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ermöglicht hätte und auch die Aktionen von Innenminister Zushko zur Sicherung der öffentlichen Ordnung gebilligt und das verfassungswidrige Verhalten des ukrainischen Präsidenten angeprangert hatte, kam es am 27. Mai 2007, nach dem Treffen von ukrainischen Regierungs- und Parlamentsvertretern mit René van der Linden, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (*man darf hier nur spekulieren welche Versprechungen, auch finanzieller Art, der Ukraine gegeben wurden, wenn die ukrainischen Politiker Juschtschenko weiter gewähren lassen !!*), zu einer Gemeinsamen Erklärung zwischen Regierung und Parlament, in der plötzlich nur noch von außerordentlichen Parlamentswahlen die Rede war!

Mit diesem in die ukrainische Geschichte eingegangenen sogenannten **Kompromisspapier signalisierte Juschtschenko der Welt und dem eigenen Volk, dass ihn das ukrainische Parlament und die ukrainische Regierung trotz zum Himmel schreiender Verfassungsbrüche nach wie vor anerkennen.**

Ein Parlament aber, dass sich in seinen Beschlüssen nicht treu bleibt (vgl. Erklärung des Parlaments vom 25.5.2007 über das Unterstrafstellen der Unterstützung der verfassungsfeindlichen Vorgehensweise des ukrainischen Präsidenten) kann folglich weder von den Rechtsorganen noch vom Volk ernst genommen werden.

Damit aber hatte sich, wie man später sah, das Parlament selbst enthauptet !

Die außerordentlichen Parlamentswahlen von 2007 selbst konnten unter diesen Vorzeichen nur eine Farce sein!!

Im Juni 2007 erließ Juschtschenko dank seiner umfänglichen Vollmachten als Präsident ein Dekret über die Einsetzung eines Vertreters des Präsidenten bei der Zentralen Wahlkommission, wobei er diesem Vertreter *mit Vollmachten ausstattete, die weder von der ukrainischen Verfassung, noch von der Wahlgesetzgebung gedeckt waren. Diesem Präsidentenvertreter billigte er sogar zu, die parlamentarischen Kontrollrechte außer Kraft zu setzen!!*

Damit waren dem Wahlbetrug für die am 27.5.2007 vereinbarten Parlamentswahlen Tür und Tor geöffnet.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 wurde Janukowytschs Partei zwar erneut stärkste Kraft, jedoch errangen die beiden gegnerischen Parteien der „orange-  
nen Revolution“ überraschend eine knappe Mehrheit.

**Machtgerangel zwischen dem ukrainischen Präsidenten Juschtschenko und sei-  
ner Ministerpräsidentin Frau Timoschenko in den Jahren seiner erneuten Präsi-  
dentschaft**

Da Frau Timoschenko während ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin der Ukraine durch Ankündigung umfangreicher sozialer Maßnahmen wie Lohn- und Rentenerhö-  
hungen beim ukrainischen Volk „gepunktet“ hatte und im Gegensatz zum ukraini-  
schen Präsidenten Juschtschenko auch bezüglich des beim Volk völlig unpopulären  
NATO-Beitrittes der Ukraine über eine Volkabstimmung entscheiden lassen wollte,  
war sie den westlichen Regierungen völlig suspekt geworden. Wussten doch die  
NATO-Länder, dass mit einer Präsidentin wie Frau Timoschenko

- a) ein NATO-Beitritt der Ukraine in Gefahr ist und
- b) eine nur vom Westen dominierte Ukraine nicht denkbar wäre.

Aus diesem Grunde auch wurde der beim ukrainischen Volk völlig unbeliebte ukrai-  
nische Präsident Juschtschenko durch Politiker des Westens lange kräftig mit Geldern  
unterstützt und es wurde ihm in der westlichen Presse und im Fernsehen gehuldigt.

Scholl-Latour beschreibt in seinem Buch „Russland im Zangengriff“, wie im Jahre  
2004 eine enge Zusammenarbeit westlich orientierter Politiker der Ukraine mit staat-  
lichen westlichen Vertretungen innerhalb der Ukraine erfolgt war: „Tatsache ist, dass  
die Fäden in der amerikanischen Botschaft zusammenliefen, dass die Europäer, insbe-  
sondere auch die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ab-  
stimmung mit der ‚Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa‘  
(OSZE) an dem Regimewechsel aktiv beteiligt waren.“

**Welche Kräfte in der Ukraine stehen nach wie vor hinter einem Pro-Westler wie  
Juschtschenko und welche Dinge versuchte er im Interesse des Westens in seiner  
Amtszeit durchzusetzen?**

Juschtschenko ist ein Faschist, das bewies er z.B., als er am 14. Oktober 2008 mit  
großem Pomp den Tag nicht nur des ukrainischen Kosakentums, sondern auch der  
Ukrainischen Aufständischen-Armee feiern ließ und dazu eine Festansprache hielt. In  
der Ukraine wissen alle, die diese Zeit miterlebt bzw. die sich ernsthaft mit ihrer Ge-  
schichte beschäftigt haben, dass die Ukrainische Aufständischen-Armee ein Produkt  
des deutschen Faschismus ist. Sie wurde unter der Ägide der deutschen Nazis noch  
vor dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ins Leben gerufen und deren  
Führer standen auf den Gehaltslisten der Gestapo. Diese Ukrainische Aufständischen-

Armee kämpfte während des 2. Weltkrieges auf Seiten der deutschen Okkupanten und Faschisten und war an Hunderttausenden von Morden an Russen, Ukrainern, Polen, Juden, Patrioten und Antifaschisten beteiligt. Besonders bei Judenmorden tat sie sich hervor.

Mit amerikanischer und NATO-Hilfe kämpften die Überreste dieser faschistischen Banden noch bis Anfang der 50er Jahre gegen die Sowjetmacht. Diejenigen Westukrainier, die sich heute zur Tradition der Ukrainischen Aufständischen-Armee bekennen, sind dem Wesen nach Faschisten und fanatische Antisemiten. Es ist schon merkwürdig, dass Juschtschenko in diesen Kreisen seine letzte ukrainische Bastion zur Machterhaltung und Machtsicherung sieht. Und die NATO-Politiker finden das in Ordnung! Wenn wir es genau nehmen, stehen diese auch in der Tradition eines Herrn Hitler.

Die Schar der Juschtschenko-Anhänger besteht aus einigen westukrainischen Nationalisten und Rechten wie Baloga (Baloha), dem Chef seines Sekretariats und korrupten Prowestlern. Viktor Baloga (Baloha) stammt aus der Karpatengegend an der ukrainisch-ungarischen Grenze und war Bürgermeister der Stadt Mukachewo, eines Zentrums und Horts westukrainischer Nationalisten und Faschisten. Fast verzweifelt klammert sich Juschtschenko an die westukrainische Tradition des Antirussentums, die von den Nachfahren der Nazi-Kollaborateure und Judenmörder der Bandera-Leute der OUN (Organisation ukrainischer Nationalisten) und deren militärischem Arm, der UPA (der berüchtigten Ukrainischen Aufständischen-Armee), ferner der ukrainischen SS-Division 'Galizien' und der damals im Dienste der Nazi-Okkupanten stehenden ukrainischen Polizeieinheiten getragen wird. Juschtschenko versuchte in seiner Amtszeit sogar einen UNO-Beschluss zur Anprangerung der Hungersnot 1932/1933, die er „den Russen“ anlastet, als Genozid am ukrainischen Volk zu erwirken. Diese Hungersnot hatte aber infolge einer Missernte sowie durch Sabotageakte von Kulaken und ausländischen Diversionen weite Teile der Sowjetunion, also auch Teile Russlands betroffen.

Juschtschenko ließ keine Gelegenheit zu Provokationen gegen Russland aus, zuletzt im Zusammenhang mit dem Georgienkrieg, verstärkt gegen die russische Marinebasis in Sewastopol, die Russland auf Grund eines Vertrages gepachtet hat, Front zu machen. Er hetzte gegen die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine, die ca. 50% ausmacht und unternahm zunehmend Schritte, ihnen das Russische als Sprache zu verbieten. Ukrainisch sollte sich überall bis in Schulen, Kindergärten, Kirchen, Filme, Fernsehen und Theater durchsetzen. So wurden z. B. Fördermittel für russischsprachige Filme gestrichen. An Hochschulen sollte die russische Sprache schon in Kürze verboten werden. Für ihren Gebrauch sollten nach dem Willen von Juschtschenko sogar Strafparagrafen eingeführt werden.

### **Die Reaktion Russlands auf die Ambitionen gewisser ukrainischer Politiker, zwischen der Ukraine und Russland einen Keil zu treiben**

Putin hatte bereits bei einem Auftritt im Waldai-Club erkärt:

„Wenn man im Westen `orangene´ Bewegungen unterstützen will, soll man sie auch bezahlen! Oder soll die Unterstützung so aussehen, dass wir gezwungen werden, sie zu bezahlen“?

So verkündete Russland, dass die Ukraine schon ab dem Jahre 2008 die vollen Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas bezahlen sollte.

Bei dem am 12. Februar 2008 geführten Gespräch zwischen dem russischem Staatspräsidenten W. Putin und dem ukrainischen Staatspräsidenten Juschtschenko erklärte Putin, dass Russland die Ukraine weiterhin als Brudervolk betrachten würde, was jedoch nach einem Beitritt der Ukraine zur NATO nicht mehr der Fall wäre, wenn zum Beispiel ukrainische Raketen auf Russland ausgerichtet wären und auch Russland Raketen auf die Ukraine richten müsste.

Putin ermahnte den ukrainischen Präsidenten ferner, dass mit einer von ihm angestrebten Vollmitgliedschaft in der NATO die Ukraine nur noch eine beschränkte Souveränität hätte. Putin und Juschtschenko vereinbarten nach diesen Gesprächen, dass die Ukraine die Schulden gegenüber Russland bezüglich Erdgas begleichen werde und dass Russland noch für das ganze Jahr 2008 die Ukraine mit diesem Rohstoff für den halben Weltmarktpreis beliefern wird, nämlich zu einem Preis von 179,6 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas (der Weltmarktpreis liegt derzeit bei 350 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter Erdgas). Auch die Schulden der Ukraine für russische Gaslieferungen von November bis Dezember 2007 sollten lediglich zum Gaspreis von 2007, nämlich von 130 US-Dollar für 1000 Kubikmeter Gas, beglichen werden. Kiew sollte also gegenüber Russland nicht 1,5 Mrd. US-Dollar, sondern nur 1,07 Mrd. US-Dollar an rückständigen Schulden begleichen!

Welche Zugeständnisse hat nun Moskau von Kiew erhalten? Im Grunde keine!!

Eine Zusage Juschtschenkos zum Verzicht auf den NATO- oder EU-Beitritt gab es nicht.

Juschtschenko machte nur die fragwürdige Zusage, dass die Ukraine bei einem NATO-Beitritt die Stationierung von Truppen des NATO-Bündnisses auf seinem Staatsgebiet abzulehnen bereit sei mit Ausnahme der von Russland bis 2017 gepachteten Marinebasis von Sewastopol.



### **Inkonsequentes Vorgehen des ukrainischen Parlaments ermöglicht Verfassungsbruch**

Bereits im Jahre 2007 konnte man feststellen, dass durch das inkonsequente Vorgehen des ukrainischen Parlaments in den Monaten April bis September 2007 verabsäumt wurde, ein Amtsenthebungs-Verfahren gegen den Verfassungsbrecher Juschtschenko einzuleiten. Dies ermöglichte Juschtschenko, nach seinem gescheiterten Militärputsch weiterhin als ukrainischer Präsident im In- und Ausland aufzutreten und zu agieren, so dass das zwischen der Janukowitsch-Regierung und Juschtschenko vom 23. Mai 2007 ausgehandelte „Kompromisspapier“ ihn bei der eigenen Bevölkerung und auch im Ausland nicht mehr im Lichte eines Verfassungsbrechers erscheinen ließ.

Durch die finanzielle und ideelle (Medien-) Unterstützung des Westens waren die „nur“ Parlamentswahlen am 30. September 2007 überhaupt erst möglich geworden, die einen Gesetzesbrecher wie Juschtschenko an der Spitze der Ukraine auch weiterhin duldeten.

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen hatte Juschtschenko eine Verfassungskommission mit dem Ziel einer Verfassungsänderung gebildet, die seine Vollmachten als Staatspräsident noch wesentlich erhöhen und damit das Parlament unwirksam machen sollten.

### **Ambivalentes Verhältnis der führenden Politiker der Ukraine zu Juschtschenko und dem Westen**

Als Außenstehender wunderte man sich schon damals über das recht zwiespältige Verhältnis im Parlament und einiger Politiker zum rechtswidrigen Vorgehen Juschtschenkos. Aber man muss bedenken, dass der damalige ukrainische Präsident Juschtschenko seine Amtsperiode erfolgreich in seinem Sinne und dem des Westens genutzt hatte, innerhalb des Regierungs- und Machtapparates, oft ohne Zustimmung des Parlaments, eigene ihm wohlgesonnene pro-westlich gesinnte Leute zu positionieren. Auskunft darüber gibt ein Interview mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten, General Olexander Kuz'muk im Jahre 2007.

Darin bestätigte Kuz'muk, dass es *„in der Frage des bewaffneten Eingreifens (im Auftrage des Präsidenten) eine Spaltung von Einheiten der Armee, des Innenministeriums, des Staatssicherheitsdienstes und des Staatsschutzes gegeben hatte“*, was zu einer gefährlichen Lage in der Ukraine führte, was aber letztendlich mangels der militärischen Unterstützung Juschtschenkos auch dessen Schwäche aufgezeigt hätte.

Dass aber auch wichtige Teile der ukrainischen militärischen Führung durchaus eine ambivalente Beziehung sowohl zur EU, als auch zur NATO haben, bestätigte

Kuz'muk, der die bisherige Zusammenarbeit der Ukraine mit den europäischen Staaten, auch mit der NATO, würdigte. Zugleich unterstrich er, dass sich die Ukraine „nicht, wie das einige verantwortungslose Kräfte wollten, zum Exerzierfeld eines Kampfes gegen Russland und andere Länder machen lassen dürfe. Dies könne schnell in einer Katastrophe enden.“

Wie zu erwarten und vom Westen tatkräftig in Wort und klingender Münze unterstützt, wurde vor allem das Dekret des ukrainischen Präsidenten vom 13. Juli 2007 über ein System von Warenkäufen und Dienstleistungen auf Staatskosten genutzt, das nicht nur die Bereicherung Einzelner am Parlament vorbei, sondern auch die **Bereitstellung beträchtlicher Geldmittel aus dem westlichen Ausland von US-Organisationen sowie Personen wie Soros und Beresowski ermöglichte**. Diese „Unterstützung“, genauer Bestechung, hatte den mehr oder minder offenen Wahlbetrug zu den Parlamentswahlen begünstigt und Juschtschenko durfte trotz eines mageren Wahlergebnisses seiner Partei weiterregieren.

Der Wunsch Juschtschenkos, im Jahre 2008 mittels einer Präsidialdiktatur durch eine vorzeitige Parlamentsauflösung seine pro-westliche Regierung zu stärken, wurde durch die weltweite Finanzkrise erst einmal gestoppt.

Die Ukraine durchlief eine massive Wirtschaftskrise, die durch ein großzügiges Angebot des Internationalen Währungsfonds gestoppt werden sollte.

Wollte Juschtschenko die Ukraine nicht in die Arme Russlands treiben, durfte Juschtschenko das Parlament **nicht** entmachten, denn wie schließlich sollte ein entmachtetes Parlament über einen IWF-Kredit abstimmen?!

***Am 2.12.2008 plädierte der ukrainische Außenminister für einen Aktionsplan einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, der von den anderen NATO-Ländern angenommen wurde.***

Anfang 2009 traten die Partei der Regionen von Janukowitsch und der Block Timoschenko in Verhandlungen über eine gemeinsame Koalition. Über eine Mehrheit im Parlament hätte man eine Verfassungsänderung bewerkstelligen und die Machtbefugnisse des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko einschränken können. Doch Frau Timoschenko ließ diese Chance ungenutzt verstreichen!

In einem Interview der ukrainischen Premierministerin Julija Timoschenko vom 24. Januar 2009, geführt mit der Wochenzeitschrift „Dzerkalo Tižnja“, hatte sie noch zur Frage des Amtsenthebungs-Verfahrens gegen Präsident Juschtschenko erklärt, „dass den schnellen Abgang Juschtschenkos so gut wie alle Bürger und Bürgerinnen der Ukraine wünschen würden. Dem müsse der Präsident so oder so Rechnung tragen.“

Die Gesamtheit der Handlungen des Präsidenten würden zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit der Ukraine werden“.

Aber nach Gesprächen mit westlichen Politikern knickte sie offensichtlich ein. Aller Wahrscheinlichkeit nach verfügte der Westen über Kenntnisse dunkler Machenschaften von Frau Timoschenko und hatte so die nötigen Druckmittel, ihr einige wesentliche Geständnisse abzurufen:

1. wurde seitens des Timoschenko-Blocks ein **AMTSENTHEBUNGSVERFAHREN GEGEN JUSCHTSCHENKO NICHT MEHR ZUR DEBATTE GESTELLT**;

2. wollte Frau Timoschenko den NATO–Beitritt nicht mehr von einer Volksabstimmung abhängig machen und in diesem Zusammenhang schon ab 2008 die Wehrpflicht abschaffen und die ukrainische Armee in eine reine Berufsmarine umwandeln;

3. die ganzen Eigentumsverhältnisse in der Ukraine neu strukturieren und auch Massenenteignungen von Ukrainern und Russen zu Gunsten westlicher Investoren und Kapitaleigner durchführen, wie sie das bei ihrem Staatsbesuch in Washington abgesprochen hatte.

Den massiven Rückübertragungs- und Entschädigungsforderungen von Polen, Deutschen, Amerikanern, Juden, Exilukrainern usw. für frühere Enteignungen und „erlittenes Unrecht zu Sowjetzeiten“, zu Zeiten der NAZI-Okkupation von 1942 - 1944 und auch bis 1990 ist Frau Timoschenko ebenso entgegengekommen und stimmte sich in dieser Frage mit Juschtschenko ab, der dazu bereits Geheimabkommen mit dem Westen abgeschlossen hatte. Zu diesem Zweck hatte er im Monat November 2007 Israel bereits einen Staatsbesuch gestattet. Dabei ging es nicht nur um bis zu 80% der Immobilien in der Westukraine, auf die Rückübertragungsforderungen bestehen, sondern auch um die Mittel- und Ostukraine, die Gebiete der Schwarzmeerküste, vorrangig um die Krim, die eine von „Neusiedlern“ heiß begehrte Halbinsel ist. Die Entrussifizierung der Krim und der Schwarzmeerküstengebiete und auch die Vertreibung der Tataren und damit Entislamisierung der Krim ist eine in westlichen „Think Tanks“ diskutierte Frage.

**Präsidialdiktatur a la Hitler sollte schnellen EU- und NATO-Beitritt der Ukraine garantieren**

Auch die für ihn recht ungünstige Machtkonstellation im Parlament hielt Juschtschenko nicht davon ab, am 31.3.2009 eine Rede an die Nation vor den diplomatischen Corps zu halten, deren Kernpunkt eine Verfassungsreform war, die sicherstellen sollte, dass er auch weiterhin Präsident des Landes bleiben konnte, um den schnellstmöglichen Beitritt der Ukraine zur EU und NATO zu erreichen.

Zu diesem Zwecke sollte ein Zwei-Kammersystem eingeführt werden mit einer Abgeordnetenkommission von 300 Mitgliedern für die Dauer von 4 Jahren und einem Senat mit einer Regierungsdauer von 6 Jahren. Der Präsident (Er - Juschtschenko) sollte bestimmen, wer für die Abgeordnetenkommission der verschiedenen territorialen Einheiten kandidieren darf. Damit wäre die Abgeordnetenkommission lediglich ein Erfüllungsorgan des Präsidenten gewesen.

Juschtschenko sollte gemäß dieser Reform:

- Oberkommandierender aller bewaffneten Organe werden,
- ohne Zustimmung des Parlaments internationale Verträge unterzeichnen dürfen,
- Vorsitzender der In- und Auslandsgeheimdienste sein,
- den Staatsbankchef ernennen dürfen,
- den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission zu bestimmen haben.

Der von ihm eingesetzte Senat sollte zudem alle seitens der Abgeordnetenkommission eingebrachten Beschlüsse ablehnen dürfen.

Damit wäre eine Diktatur Juschtschenko in der Ukraine perfekt gewesen!

Es hätte damit in Zukunft weder eine unabhängige Justiz noch eine Macht innerhalb der Ukraine gegeben, die den Aufenthalt ausländischen Militärs auf ukrainischem Boden verhindern könnte, noch hätte Juschtschenko die Regierung oder das Parlament um Erlaubnis bitten müssen, einem EU- bzw. NATO-Beitritt der Ukraine zuzustimmen.

Es wäre somit völlig unerheblich gewesen, dass der Präsident nur 5 % der ukrainischen Wähler hinter sich hatte.

Damit wäre eine autoritäre Präsidialdiktatur Juschtschenkos in der Ukraine perfekt gewesen und die anderen europäischen westlichen Staaten, die sonst gerne über Demokratie und Menschenrechte in anderen Staaten schwafeln, hätten nichts dagegen gehabt! Denn dann hätten sie problemlos ihre NATO-Ausdehnung gen Osten bis vor die Tore Russlands ohne lästige Volksabstimmung in der Ukraine verwirklichen können.

**Staatspräsidentenwahl 2010 leitete einen neuen außenpolitischen Kurs der Ukraine ein**

Im Jahre 2010 kam die Überraschung! Bei der Neuwahl des Staatspräsidenten Anfang 2010 setzte sich Wiktor Janukowitsch in der Stichwahl am 7. Februar 2010 mit 48,8

Prozent der Stimmen gegen Julija Tymoschenko durch. Der bisherige Amtsinhaber Wiktor Juschtschenko war bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden.

Am 25. Februar wurde Wiktor Janukowitsch als Präsident der Ukraine vereidigt. Nach seinem Amtsantritt im Februar 2010 erklärte Janukowitsch, die Ukraine wolle ein blockfreies Land sein und verstehe sich als „eine Brücke zwischen Russland und der EU“. Einer NATO-Mitgliedschaft erteilte er eine klare Absage.

Die ukrainische Außenpolitik in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft wurde von politischen Beobachtern im Ausland oft als widersprüchlich bewertet. Janukowitsch wurde in diesem Zusammenhang wiederholt ein "doppeltes Spiel" vorgeworfen, da er sich einerseits für die weitere Anbindung der Ukraine an die EU einsetze und wiederholt auch die EU aufforderte, seinem Land die "Perspektive der Mitgliedschaft" zu geben, andererseits aber gleichzeitig eine Annäherung seines Landes an Russland betrieb. Die Beziehungen der Ukraine zur EU sind seit 2011 durch den Strafprozess gegen Julija Tymoschenko zunehmend belastet. Janukowitsch wurde in diesem Zusammenhang wiederholt vorgeworfen, direkten Einfluss auf die ukrainische Justiz auszuüben und seine stärkste politische Gegnerin mit Hilfe dieses Strafverfahrens ausschalten zu wollen.

Obwohl die Korruptionsvorwürfe der ukrainischen Staatsanwaltschaft gegen Frau Tymoschenko rechtens und nachprüfbar sind und ebenso die enorme strafbare Bereicherung von Frau Tymoschenko im Gasgeschäft mit Russland - mittlerweile gehört Frau Tymoschenko zu den reichsten Frauen Europas - hat die EU nicht nur die Wirtschaftslage der Ukraine ausgenutzt, um diese zu erpressen, indem sie das Assoziierungsabkommen mit dem Fall Tymoschenko verknüpfte, nein, die EU wusste nur zu genau, dass, sollte Frau Tymoschenko seitens der Ukraine nicht freigelassen werden, sie eines Tages „plaudern“ könnte, wie die EU- und NATO-Politiker ihre anderen Ländern gegenüber nach außen gepriesenen Demokratie- und Freiheitsideale in Wirklichkeit ständig mit Füßen treten, indem sie Politiker anderer Länder bestechen bzw. Druck auf sie ausüben, falls sie nicht nach der Pfeife der EU/NATO tanzen.

Im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Tymoschenko setzte die EU deshalb die Unterzeichnung eines weitreichenden Assoziierungsabkommens mit der Ukraine vorläufig aus.

Obwohl Janukowitsch sich bereits 2008 bei einem Parteitag der russischen Regierungspartei Einiges Russland zu einer zukünftigen Integration der Ukraine in einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland, Weißrussland und Kasachstan bekannt und auch gegenüber dem russischen Präsidenten Putin bei einem Staatsbesuch 2012 erneut sein Interesse an einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit im Rahmen

dieser Zollunion erklärt hatte, bemerkte Janukowitsch im März 2013: „...ein rascher Beitritt der Ukraine zur Zollunion steht nicht zur Debatte“.

Nach einem monatelangem Tauziehen um das Assoziierungsabkommen mit der EU suspendierte die Ukraine schließlich am 21. November 2013 die Unterzeichnung des Abkommens, um die „nationalen Sicherheitsinteressen zu wahren, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu beleben und den inneren Markt auf Beziehungen auf gleicher Augenhöhe mit der EU vorzubereiten“. Janukowitsch erklärte hierzu, die Ukraine ändere ihren EU-Kurs nicht, das Land strebe aber danach, dass seine nationalen Interessen berücksichtigt werden. Zur Zeit sei die Ukraine zum Abschluss des Assoziierungsabkommens aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht bereit. Janukowitsch erklärte weiter, niemand werde in der Lage sein, die Ukraine vom europäischen Weg abzubringen. Das „Einfrieren“ des Assoziierungsabkommens, aber auch die Wankelmütigkeit des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch in dieser Frage, hatten zu den Demonstrationen und Protesten in der Ukraine beigetragen, die sich gegen die Politik der Staatsführung richteten und den Rücktritt von Janukowitsch forderten.

### **3. Die Einordnung der Ukraine in die Kräftekonstellation in der Welt**

Wie allenthalben bekannt ist und auch von Politologen eingeschätzt wird, kommt der Ukraine ein wichtiger Platz innerhalb Europas und der Welt zu.

Es kommt aber darauf an, diesen Platz im Sinne einer gerechten Weltordnung, einer multipolaren Welt, einzunehmen, wo auch der kleinste Staat der Erde selbst bestimmen kann, welchen Entwicklungsweg er nimmt und nicht, um zum Erfüllungsgehilfen der EU/NATO zur Unterjochung der Menschheit unter eine Minderheit der Reichsten dieser Erde zu werden.

Die Ukraine, auch unter dem Präsidenten Janukowitsch, kam dem nur unzureichend nach.

Das ist nicht nur auf das Kräfteverhältnis im Parlament zurückzuführen, in dem die Janukowitsch-Partei der Regionen über ca. 30 % der Stimmen verfügt, sondern auch auf das eher wankelmütige und nachgiebige Verhalten von Janukowitsch selbst. Zwar hatte Janukowitsch bei seinem Amtsantritt im Februar 2010 bekräftigt, dass sein Land ein „blockfreies Land“ sein wolle und der EU- sowie NATO-Mitgliedschaft eine Absage erteilt, andererseits aber bestehen die bereits unter Präsident Kutschma zwischen der NATO und der Ukraine geschlossenen Abkommen seit 1995 weiter.

Auf der einen Seite schloss das Parlament unter seiner Präsidentschaft am 3. Juni 2013 mit 226 Stimmen aus, dass die Ukraine das Ziel „einer Integration in das euroatlantische Sicherheitssystem und einer NATO-Mitgliedschaft“ anstrebe, aber ande-

rerseits erneuerte Janukowitsch seit seinem Amtsantritt jedes Jahr das Partnerschafts-  
abkommen zwischen der Ukraine und der NATO, das gemeinsame taktische und  
strategische Übungen und Operationen unternimmt, Ende 2013 sogar unweit der  
ukrainisch-russischen Grenze!

Eine solche wankelmütige Politik kann Janukowitsch auf Dauer keine Pluspunkte bei der eigenen Bevölkerung einbringen. Trotzdem haben Befragungen unabhängiger Journalisten ergeben, dass die Mehrzahl der Ukrainer hinter Janukowitsch steht, vor allem was die Bevölkerung der Ost-und Südukraine anbelangt. So schrieb die Zeit online am 18.12.13: „Der Maidan ist nicht die Ukraine. Man wird hier kaum jemanden aus dem russisch geprägten Osten des Landes treffen. Dass die Machtdemonstration des Volkes auf dem Maidan nicht unbedingt politische Folgen zeitigt, haben die Nachwahlen in einigen Wahlkreisen am 15.12.13 gezeigt. Fast überall, darunter auch in einem Kiewer Wahlkreis, konnte sich Janukowitschs Partei der Regionen behaupten.“

Klitschko, der die in Kiew stattfindenden Demonstrationen anführte und vom Westen  
als „Demokratie- und Freiheitsheld“ gefeiert wird, steht, wie eingeweihte Kreise  
wissen, seit langem schon auf der Gehaltliste der CIA.

Unterstützt wird er auch von der Europabeauftragten im US-Außenministerium, Vic-  
toria Nuland, der ehemaligen US-Botschafterin bei der NATO und frühere Beraterin  
des Neokonservativen Dick Cheney, der CDU-nahen Adenauer Stiftung sowie von  
Bundeskanzlerin Merkel, die Klitschko 2015 bei seiner Bewerbung um das Präsiden-  
tenamt in der Ukraine helfen will.

Kürzlich traf sich Klitschko sogar mit führenden OTPOR-Mitgliedern, die im Jahre  
2000 führend daran beteiligt waren, den Sozialismus in Jugoslawien zu beseitigen  
und in den USA ihre Ausbildung erhalten haben, um sogenannte „bunte Revolutionen“ in  
entsprechenden Ländern vorzubereiten und durchzuführen.

Die Organisation CANVAS, vormals *Otpor*, erhielt im Jahr 2000 vom US-Außenministerium erhebliche finanzielle Mittel für die Vorbereitung der ersten erfolgreichen Farbenrevolution gegen Slobodan Milošević im damaligen Jugoslawien. Seitdem hat sich die Organisation in ein Vollzeit-»Revolutionsberaterbüro« für die USA gewandelt.

Dass die Demonstrationen in der Ukraine keinen rein eigenständigen Hintergrund haben, zeigt auch die Tatsache, dass vor der 1. Großdemonstration in Kiew über Internet aufgerufen wurde „kämpferprobte Männer“ aus aller Welt hin zu schicken. Auch die Vize-Außenministerin der USA und andere US-Politiker reisten an.

So sprachen am 15.12.2013 auf dem Maidan-Platz auch die US-Senatoren Chris Murphy (Demokraten) und John McCain (Republikaner). Sie versicherten die Ukraine ihrer Solidarität. McCain sagte zu den Demonstranten: "Euer friedlicher Protest inspiriert euer Land und die Welt. Die Ukraine wird Europa besser machen und Europa wird die Ukraine besser machen. Die freie Welt ist mit euch, Amerika ist mit euch und ich bin mit euch." McCain traf die Oppositionsführer und auch den Chef des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine, Andrij Klujew, der im Konflikt als "Falke" gilt.

Welches andere Interesse könnten führende Politiker der USA wohl an einer Demonstration „gegen die derzeitige ukrainische Regierung“ u. „für einen EU-Beitritt der Ukraine“ haben, als an einer völligen Einverleibung der Ukraine in ihr neoliberales Wirtschafts- und Militärsystem?!

Nichts zeigt besser die Verlogenheit dieser Vertreter der westlichen Welt gegenüber der Ukraine als die Reaktion des IWF (Internationaler Währungsfond) auf die Wirtschaftslage in der Ukraine: Der IWF warnte davor, der Ukraine Kredite zu geben, und jetzt haltet Euch fest, WEIL SIE IHRE SCHULDENRATEN PÜNKTLICH ZAHLT, OHNE DIE FORDERUNGEN DES IWF ZU ERFÜLLEN, die wie immer bestehen in: Privatisierung des produktiven Staatseigentums, Massenentlassungen, Kürzungen staatlicher Gehälter, Einfrieren von Renten und Pensionen, Aufhebung von Subventionen.

**Russland, dem das Strickmuster „bunter Revolutionen“ des Westens wohl bekannt sein dürfte, reagierte wie folgt:**

Wie „The voice of Russia“ am 18.12.2013 schrieb, trafen die Präsidenten Russlands, Wladimir Putin und der Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, am 18.12.13 im Rahmen innerstaatlicher Konsultationen zusammen, auf denen beschlossen wurde, aufgrund der prekären wirtschaftlichen Lage der Ukraine einen Teil des russischen Wohlstandfonds, nämlich 15 Milliarden US-Dollar ohne Vorbedingungen in der Ukraine zu investieren.

Dabei unterstrich Putin: *“Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Ukraine unser strategischer Partner ist... Das wurde auch auf dem Treffen in Sotschi sichtbar. In den vergangenen 2 Jahren ist zwischen unseren Ländern ein Handelsanstieg von 11% im Jahre 2012 und von 14,5 % in diesem Jahr zu verzeichnen“.*

Einschätzend kommt „The voice of Russia“ zu der Einschätzung, dass eine Handelsunion mit Belarus, Kasachstan und Russland innerhalb von 7 Jahren der Ukraine einen Gewinn von 100 Milliarden US-Dollar bringen würde, während ein Anschluss an die EU ihr lediglich 1 Milliarde einbrächten. Mit einer sich daraus ergebenden



NATO-Integration würde die Ukraine nicht nur ihre Selbständigkeit verlieren, sondern das ukrainische Staatsbudget zusätzlich belasten.

*„Es ist seitens der US/NATO/EU naiv zu glauben, dass sie nur zu kommen bräuchten, um eine erneute `orangene Revolution` zu machen, die diese über kriminelle Elemente nur zu finanzieren bräuchten, um dann die Ukraine zu übernehmen. Solche Bewegungen funktionierten in Serbien, im Kosovo, weil das Land kleiner ist und damals das westliche operative Vorgehen noch nicht so bekannt war, aber solche Bewegungen haben bereits in der Ukraine stattgefunden und sind gescheitert,“* unterstrich „The voice of Russia“ abschließend – und in falscher Einschätzung der Erfolgsaussichten, wie wir heute wissen.

Die Zeitung „Standard“ vom 19.12.13 schrieb dazu: *„Echte Freunde erkennt man in der Not, heißt es. Insofern kann Putin nur ein echter Freund der Ukrainer sein: Blieb die EU knauserig und gab Kiew statt Cash nur vage Versprechungen über künftigen Wohlstand, rückte der russische Präsident die Brieftasche heraus. Russland wird aus Mitteln seines Wohlstandsfonds in den nächsten Monaten ukrainische Anleihen über insgesamt 15 Milliarden Dollar kaufen. Zugleich senkt der halbstaatliche russische Erdgasmonopolist Gazprom den Gaspreis von 410 Dollar pro 1000 Kubikmeter auf 268 Dollar. Bei einer vereinbarten Liefermenge von 40 Milliarden Kubikmeter ein Rabatt von 5,68 Milliarden Dollar. Klar, dass der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch, statt auf die vom Westen verheißenen `blühenden Landschaften` in der Ferne zuzureiten, die bereitstehende Cashcow des Ostens molk. Die Ukraine braucht Geld, jetzt und nicht irgendwann, um den drohenden Wirtschaftskollaps zu vermeiden.“*

#### **Welches Ziel verfolgt der Westen mit einer erneuten „orangenen Revolution“ in der Ukraine?**

Warum der Westen in der Ukraine eine erneute „orangene Revolution“ gestartet hat, ist aller Wahrscheinlichkeit nach damit zu erklären, dass die NATO-Staaten in Syrien nicht so schnell (oder überhaupt nicht!) ihr Ziel, eine arabische Pipeline durch Syrien zu errichten, erreichen können.

Aus diesem Grunde ist man gezwungen, weiter Öl und Gas aus Russland zu beziehen, deren Pipelines aber durch die Ukraine führen.

Um den Kostenfaktor für den Transport von Öl und Gas, die nach wie vor die wichtigsten Rohstoffe in der Welt darstellen, nach Europa zu senken, soll die Ukraine ihrer Souveränität beraubt und in eine Kolonie des Westens in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht umgewandelt werden.

Zudem würde die NATO liebend gern ihren Herrschaftsbereich bis zu den Grenzen Russlands ausdehnen wollen und man hätte, wie Scholl-Latour es in seinem Buch ausdrückt, „Russland im Zangengriff“!

## **II. Die Ukraine von Ende Januar 2014 bis in die Gegenwart**

### **1. Abdankung des ukrainischen Ministerpräsidenten Mykola Azarow**

Nachdem das Demonstrationsverbot am 28.1.2014 vom ukrainischen Parlament zurückgenommen wurde, hat der ukrainische Ministerpräsident Mykola Azarow seinen Rücktritt erklärt. (Im Übrigen können die Bürger der EU nur davon träumen, ohne Anmeldung bei der Polizei, bzw. der Versammlungsbehörde zu demonstrieren, Zelte, bzw. Podien zu errichten.)

Das war ein wesentliches Zugeständnis an die Demonstranten, die den „Maidan“-Platz nunmehr schon zwei Monate in Beschlag nehmen.

Während mehrerer Kämpfe waren Tote zu beklagen. Es fragt sich nur, WER INTERESSE AN DIESEN TOTEN UND EINER ESKALATION DER DEMONSTRATION IN KIEW GEHABT HABEN KANN. DIE UKRAINISCHE POLIZEI HATTE NUR GUMMIGESCHOSSE VERWENDET, währenddessen bei den Toten SCHARFE MUNITION GEFUNDEN WURDE!! Kommt dieses Szenario politisch Eingeweihten nicht bekannt vor?!

Nun zurück zu Azarow :

Als der ukrainische Präsident Janukowitsch bei dem Treffen mit führenden Vertretern der Opposition am 25.1.2014 diesen Regierungsämter angeboten hatte (Arsenij Jazenuk sogar das Amt des Ministerpräsidenten), war die Abdankung Azarows nur noch eine Formalität gewesen!! Die Opposition hatte sehr wohl die Schwäche Janukowitschs wahrgenommen. Sie schlug sein Angebot einer Regierungsbeteiligung aus und forderte nun mit Vehemenz erneut den Rücktritt Janukowitschs, was die oppositionellen Verhandlungs“partner“ per Mikrofon sofort den Demonstrierenden mitteilten. Die Demonstranten auf der Straße fuhren daraufhin fort, Regierungsgebäude zu stürmen.

Am Tage des Rücktritts von Azarow fand sogleich ein Treffen zwischen dem ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, dem Präsidentenvertreter der Ukraine, Andrej Klusjew, einerseits und Stefan Füle (der in ständigem Kontakt mit der US-Regierung steht!) sowie dem Vertreter der EU in der Ukraine, Jan Tombinski, andererseits statt.

Wie eng die EU und die USA in den Verhandlungen mit der Ukraine kooperieren, zeigte sich unmittelbar vor dem Verhandlungsbeginn in Vilnius, als der in der EU-Kommission für Erweiterungspolitik zuständige Kommissar Stefan Füle über den letzten Stand der Dinge von den USA telefonisch um Auskunft gebeten wurde (Füle: "Washington war am Apparat"). [www.solon-line.de/?taxonomy=author&term](http://www.solon-line.de/?taxonomy=author&term)

Seit Langem schon wird seitens den USA und der EU an einem Auseintriften zwischen Russland und der Ukraine „gearbeitet“. Der Chef der EU-Kommission, Manuel Barroso, brachte es auf den Punkt: „*Unsere Partnerschaft wird die Karten in der Weltwirtschaft neu mischen*“ (Tagespiegel, 18.6.2013). In Kenntnis der starken Unterstützung der ukrainischen Opposition durch die EU und die USA, sprich US/NATO, verkündete Arsej Jazenuk, der Fraktionschef der Vaterlandspartei von Frau Timoschenko, bereits am 18. Mai 2013, dass „die Ukraine kein Mitglied der russischen Zollunion“ wird!! (Quelle: [www.unn.com.ua/de/news/1213751-ukrayina-ne-pide-do-mitnogo-soyuzu-putina-a-yatsenyuk](http://www.unn.com.ua/de/news/1213751-ukrayina-ne-pide-do-mitnogo-soyuzu-putina-a-yatsenyuk) ).

The Guardian machte am 27.1.2014 unter der Überschrift:“ Viktor Yanukovych's future may depend on oligarchs as much as protesters“ (Janukowitschs Zukunft kann von den Oligarchen genauso stark abhängen wie von den Demonstranten) auf die Webseite der SCM-Gruppe aufmerksam, die dem reichsten Mann in der Ukraine, Rinat Akhmedov gehört, der dort einen Aufruf mit folgendem Wortlaut startete: „Nur durch eine friedliche Aktion kann die politische Krise gelöst werden. Jegliche Anwendung von Gewalt und Waffen ist unakzeptabel. Mit diesem Szenario wird es keine Gewinner in der Ukraine geben, sondern nur Opfer und Verlierer.“ <http://www.theguardian.com/world/2014/jan/27/viktor-yanukovych-ukraine-oligarchs-protest-rinat-akhmetov>

In Zusammenhang mit der Konterrevolution in der Sowjetunion, darauf wird im „Guardian“ hingewiesen, hätten nicht nur in Russland die Oligarchen enorme Macht angehäuft. Als Putin im Jahre 2000 in Russland Präsident wurde, habe er den Oligarchen in Russland gesagt, dass sie das zusammengeraffte Geld behalten könnten, wenn sie sich der Macht fernhielten. Aber in der Ukraine wäre bisher kein Staatsmann stark genug gewesen, die ukrainischen Oligarchen zu bändigen. Sie hätten weiterhin gewaltigen Einfluss, sie würden weiterhin in mehreren Ministerien mitbestimmen, sie würden mehrere Fernsehkanäle besitzen sowie einige politische Führungskräfte in der Ukraine dirigieren.

Auf der Krim beschloss unterdessen der Stadtrat von Sewastopol, sich im Falle eines „Staatsstreichs“ in Kiew von der Ukraine loszusagen und gemeinsam mit der Halbinsel Krim einen eigenen Staat namens „Kleinrussland“ zu gründen. Dies war der offizielle Name der Ukraine im zaristischen Russland. Das Krim-Parlament hatte Janukowitsch vorher aufgefordert, den Unruhen in Kiew mit dem Mittel des Ausnahmezu-

stands entgegenzutreten. Dies ist nicht geschehen! Das war ein fataler Fehler, wie man heute weiß!

### **Das russische Fernsehen zu den gewalttätigen Ereignissen in der Ukraine**

Das russische Fernsehen veröffentlichte am 28.2.2014 ausführliche Filme und Berichte über den Ablauf der Ereignisse in Kiew, die die Unentschlossenheit und Unfähigkeit des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, besonders in dieser äußerst schwierigen Lage, erkennen ließen.

Zwei Ultimaten der Regierung fanden kein Gehör.

Spätestens als Regierungsgebäude gestürmt wurden, hätte klar werden müssen, dass die sogenannten „Anführer des Maidan“ keine mehr waren. Die „Rechten“, Männer mit gelben Armbinden, übernahmen die Führung. Bandeira-Rufe erschallten über den Platz und Schreie: „Die russischen Juden werden wir stürzen!“ Wir werden den Berkuts (Sicherheitskräfte der ukrainischen Polizei) Hände und Füße brechen! Das ist ein Partisanenkrieg!“

Das Fernseheteam stellte bewusst Fragen wie:

- Wer führt diese Sturmbrigaden?
- Wem nutzt das?
- Wer profitiert von diesem Krieg?

Am 19.2.14 wurde ein weiterer Waffenstillstand gebrochen.

Dmitrij Yarisch, der Anführer der Rechten, lehnte jedwede Vereinbarung mit der Regierung ab. Daraufhin kam es zu einem erneuten Aufflammen der Proteste, bei denen 29 Personen verwundet und zwei Menschen getötet wurden. Wie die Fernsehleute zeigten, hatte ein Scharfschütze vom durch die Opposition besetzten Konservatoriumsgebäude heraus sowohl auf Demonstranten als auch auf Polizisten geschossen. Kurz darauf hatte die Berkut in einem Auto der oppositionellen Deputierten Batiwshina und Sergej Paschinskij der Timoschenko- und Jazenuk-Partei Waffen, mit Schalldämpfern und optischem Zielsystem ausgestattet, sichergestellt. Aufnahmen zeigen, dass eine Menge Leute, die wie Polizisten aussahen und sich von diesen nur durch gelbe Armbinden unterschieden, auf sogenannte eigene Leute (Demonstranten) schießen ließen. Die Meute, vom rechten Mob angefeuert, stürmte das Ukraine-Haus und das Hotel Ukraine und sogar Wohnhäuser, es wurden Türen aufgebrochen, Leute herausgezerrt, blutig geschlagen und gedemütigt.

Das alles hätte nicht passieren müssen, denn es war schon im Dezember abzusehen, dass man für Ordnung hätte sorgen müssen, statt abzuwarten, dass sich die Lage beruhigt und zwar mit:

1. gut bewaffneter Polizei (statt Schilden und Schlagstöcken, mit denen diese den ausgezeichnet bewaffneten „friedlichen“ Demonstranten“ heillos unterlegen und ausgeliefert waren!);
2. einem Ausnahmezustand;
3. der Festnahme von bewaffneten Demonstranten.

Stattdessen ließ sich Janukowitsch von westlichen Politikern, die sogar auf dem Maidan sprechen durften, vorschreiben, dass man wegen „demokratischer Werte“ und „Menschenrechten“ doch bitte keine Gewalt gegen „friedliche Demonstranten“ anwenden dürfe, da dass entsprechende Konsequenzen der westlichen Gemeinschaft nach sich ziehen würde. Doch genau das Gegenteil einer Beruhigung der Lage, auf die Janukowitsch im Vertrauen auf seine westlichen Kollegen hoffte, trat ein.

Die brutalen Schläger, die merkten, dass sie jedwede Unterstützung aus dem Westen hatten und straffrei ausgehen würden, setzten ihre Schlägereien und Morde fort.

Parallel dazu wiesen alle westlichen Medien auf die täglichen begangenen „Verbrechen der Janukowitsch-Regierung“ hin, deren Vertreter dann auch Zielobjekte der Meute wurden.

So wurden Politiker und Anhänger der größten Partei der Ukraine verfolgt, gefoltert und in die Flucht getrieben. Anderen, sowie auch Vertretern der Kommunistischen Partei, wurden im Parlamentsgebäude eingesperrt, nachdem man ihnen die Abgeordnetenausweise abgenommen hatte und diese später bei Abstimmungen im Parlament zur Stimmenabgabe missbraucht.

Die Fernsehleute befragten mehrere Fahrer, die jeden Tag in Kiew unterwegs sind, über ihre Eindrücke. Einer von ihnen berichtete, dass aus vielen Städten Menschen hierher kämen in der Hoffnung, fürs Demonstrieren Geld zu bekommen. Sein eigener Sohn hätte auch demonstriert für 25 Euro pro Tag. Dass mag für den Beginn der Demonstrationen gegolten haben, aber später, als die Gewalt die Straße beherrschte, bekamen sie laut Interview von Oleg Nogijkij, dem Vorsitzenden der Assoziation für Lieferanten der eurasischen Union, 100-150 Dollar pro Tag.

#### **Woher kam das Geld für die gewaltsamen Ausschreitungen in der Ukraine?**

Veronika Krashennikow, Direktor des Instituts für politische Forschung und Initiative, erklärte: *“Während der Gespräche von politischen Vertretern der USA und der EU in Kiew hatten sich Geheimdienste mit Ultrarechten getroffen. Worüber haben sie*

*gesprachen? Wer hat den Krieg auf die Straßen getragen? Ohne Finanzierung solcher Straßenschlachten wäre das nicht möglich gewesen.“*

Für die Unterhaltung von Toiletten, für Brennstoffen u.a. für etwa 10.000 Menschen berechnete man ca. 0,5 - 1 Million Dollar pro Tag. Allein die Spezialausrüstung für einen Bewaffneten kostete ca. 1.500 Dollar.

Oleg Carev, Abgeordneter des ukrainischen Parlaments, hatte mehrfach Botschaftsfahrzeuge mit Kurieren der US-Botschaft gesehen, die Säcke voller Geld vor der US-Botschaft ausluden. Wozu braucht eine US-Botschaft so viel Geld? Zu welchem Zweck?

Auffällig waren während der Monate der Demonstrationen, dass in Kiew Unmengen von frischen Dollarnoten aufgetaucht waren, obwohl die Ukraine keine frische Valuta aus US-Banken angefordert hatte.

Der ukrainische Politologe Jewgenij Fjodorow hatte folgende Erklärung: *„Die Ukraine ist für die USA ein wichtigeres Angriffsobjekt als Syrien, weil Russland als Nachbarland der Ukraine ihren Weltmarktansprüchen im Wege steht. Deshalb sind auch die eingesetzten Mittel größer!“* Die Vize-Außenministerin Nuland hatte auf einem Treffen in Kiew sogar von einer 50-Mrd.-Dollar-Unterstützung der zweiten „bunten Revolution“, von ihr als „Unterstützung der Demokratie in der Ukraine“ tituiert, gesprochen!!

Wer bei den Demonstrationen während der ganzen Zeit das Ruder fest in der Hand hielt, zeigte ein angezapftes Telefongespräch zwischen der US-Vizeaußenministerin Nuland und dem US-Botschafter in der Ukraine, Jeffi Paillett, aus dem hervorgeht, welcher Anführer der Opposition welche Aufgaben erhalten soll und in dem Nuland forderte, dass Klitschko *„besser nicht in eine künftige Regierung eingebunden werden soll“*.

Angesprochen auf die unterschiedliche Haltung der USA und der EU in der Ukrainefrage kommentierte Oleg Bondarenko, Direktor des ukrainische-russischen Informationszentrums die kürzlichen Aussagen der US-Vizeaußenministerin *„Fuck EU!“* wie folgt: *„Während die EU aus der Ukraine eine Art Handelskolonie machen will, sind die USA an einem dauerhaften Chaos, Kriegen und Konflikten interessiert. Die von den USA angeheuerten Kämpfer hatten bereits in Abchasien, Grusinien und Tschetschenien gekämpft.“*

Dann kamen die Fernsehleute auf den aufkommenden und im Westen durch die Politiker und Medien geschürten Russenhass zu sprechen, der natürlich bei den Nachfolgern der Bandera-Leute aus der Westukraine, deren Vorfahren immer schon mit den deutschen Faschisten zusammengearbeitet hatten, auf fruchtbaren Boden fiel.

Das hatte sich u.a. bei folgenden Vorfällen in der Westukraine gezeigt: Der Wolynsker Gouverneur wurde mit Handschellen auf die Maidan-Bühne gezerrt, geschlagen, gefesselt und verhöhnt, der Gouverneur von Tschernowitz wurde unter massiver Drohung gezwungen, seine Abtrittserklärung zu unterzeichnen. In Lwow wurden das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft und das Polizeipräsidium besetzt, Waffenlager gestürmt und Kasernen angezündet. In Iwanow Frankowsk wurden aus einem Waffenlager 1.500 Feuerwaffen erbeutet. Mit anderen Worten, man befürchtet, dass es in der Ukraine zu weiteren Opfern, ja zu einem Bürgerkrieg kommen könnte, weil die Ost- und Südukraine wiederum, schon alleine durch die vielen russischstämmigen Menschen dort, einen Anschluss an Russland befürworten. Ein Bürgerkrieg aber wäre das schlimmste Szenario und das gelte es zu verhindern!

Quelle: Ukraine Russisches Fernsehen Teil 1+2, <http://www.youtube.com/watch?v=PWSIOiZvnSU&feature=c4-overview&list=UUScGo51qF0toXjBk7R79O8g>

### **Welche Kräfte steckten hinter den kürzlichen entsetzlichen Gewaltanwendungen, selbst gegen Zivilpersonen in der Ukraine?**

Mittlerweile ist bekannt, dass das Ganze eine konzertierte und seit Jahren vorbereitete Aktion der NATO in Verbund mit israelischen Spezialkräften war, deren „nützliche Helfer“, schon wie zu Hitlers Zeiten, die Faschisten, in diesem Falle, die Bandera-Nachfolger, sind.

Warum ist selbst Israel mit involviert und welche Interessen verfolgt es? Wenn man sich die Landkarte der Ukraine anschaut, so liegt das Land nicht nur an der Grenze zu Russland, sondern es ist eingebettet in die Erdölpipelines Nord und Süd.

Da der US/NATO/Israel-Krieg gegen Syrien auch durch die umfangreiche Unterstützung der syrischen Regierung durch Russland nicht die Niederrichtung dieses starken Staates im Nahen Osten erbracht hat, der zugleich die Tür nach Asien darstellt, will man Truppenkräfte Russlands an seiner Grenze zur Ukraine, das zum NATO-Aufmarschgebiet werden könnte, stärker binden, um desto kräftiger gegen Syrien losschlagen zu können.

Eine OPEC, die den Namen verdient, hat man seit Nassers Tod ohnehin nicht mehr. Mit der Installierung einer westlichen Regierung in Syrien könnten sich die Westmächte dann umso ungehinderter die an der Küste des Mittelmeers entdeckten reichen Erdölschätze aneignen, da es dann keine größere, gegen die US/NATO/Israel gerichtete Militärmacht im Nahen Osten einschließlich Afrikas mehr gäbe und somit auch Russland weiter in den Zangengriff genommen werden könnte.

Aber es gibt noch einen wesentlichen Grund für die USA, es recht bald auf einen Militärschlag gegen Russland ankommen zu lassen: **die USA hat ca. 13 Billionen**

**Dollar Staatsschulden. Würden die USA durch das Niederringen von rohstoffreichen Ländern und die Inbesitznahme derer Naturreichtümer nicht ständig ihre Wirtschaft stabilisieren, wären sie als führende kapitalistische Weltmacht längst am Ende.** Das einzige, worüber sie noch in Übermaß verfügen und somit zum „Nutzen“ ihres Landes einsetzen, ist die militärische Macht in Form der fürchterlichsten Waffensysteme, die man sich denken kann (siehe Rosalie Bertells Buch über die HAARP-Waffe „Planneth earth - the latest weapon against mankind“, sowie die Atomwaffen der Neuzeit - Depleted Uranium-Waffen.

Das macht auch das recht unterschiedliche Verhalten der USA und der EU zu internationalen Problemen aus, worüber Dr. Willy Wimmer, ehemaliger CDU-CSU-Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung, sowie von 1994-2000 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 25.2.2014 in einem Interview gegenüber dem „Iran German Radio Das Deutsche Programm“ zum Regimechange in der Ukraine äußerte unter der Überschrift: „Die USA wollen Europa in den Krieg ziehen“. Im Rückblick auf den 1. und 2. Weltkrieg befürchtet W. Wimmer, dass ein möglicher Kriegsherd in der Ukraine auch einen Krieg in Europa auslösen könnte. Er stellt das „angelsächsische Modell“ (siehe Nulands Äußerung: „Fuck EU!“) dem gesetzlosen und brutalen Vorgehen der USA gegenüber, die bei ihren Militärschlägen überall nur verbrannte Erde hinterlassen würden. Quelle: [www.youtube.com/watch?v=03fNWgefjzO](http://www.youtube.com/watch?v=03fNWgefjzO) Interview vom 25.2.2014, geführt von Seyyed-Hedayyatollah Shahrokny.

**Es geht aber bei diesen US/NATO/Israel geführten Kriegen nicht nur um Öl und Gas!**

Dazu muss aber m.E. noch ein wichtiger Umstand beachtet werden:

Zumindestens auf finanziellem Gebiet kann die USA auch mittels kleinerer militärischer Auseinandersetzungen ihren Dollar aufwerten.

Als die NATO den Angriffskrieg gegen Jugoslawien entfesselt hatte, stieg der Dollar an der Börse, während der Euro an der Börse an Zahlkraft einbüßte. Einige Finanzexperten schüttelten deshalb den Kopf, warum sich die Europäer durch ihre NATO-Einbindung in den Krieg gegen ein europäisches souveränes Land finanziell selbst schadeten.

Das Gleiche geschah nun im Falle der Ukraine. **Nicht nur der Rubel fiel an der Börse, sondern auch der Euro!**



### III. Regimechange in der Ukraine - die USA zielen auf die Ukraine, meinen aber Russland

Der ehemalige US-Außenminister und ehemalige Direktor der einflussreichen privaten US-Denkfabrik „Council on Foreign Relations“, Henry Alfred **Kissinger**, bestätigte in einem CNN-Interview, darauf angesprochen, ob er glaube, dass der Russische Präsident W. Putin wisse, dass die USA die Fäden in der Ukraine ziehen und das Ganze nur eine Generalprobe für einen Regimechange in Moskau sei:

*Kissinger: „Ich glaube, dass er denkt, dass dies eine Generalprobe ist für das, was wir in Moskau tun möchten“*

*CNN: Regime Change ?*

*Kissinger: Eine Regime-Change-Angelegenheit und der Umstand, dass es in solch zeitlicher Nähe zu den Olympischen Spielen von Sotschi geschieht, wird in ihm noch mehr Verdacht erregen...“*

Jahrelang habe ich an der Akademie u.a. auch Bücher der Friedens- und Konfliktforscher, die allesamt Regierungsberater der westlichen Regierungen sind und auch das Aufrollen des sozialistischen Lagers wie auf dem Reißbrett kalkuliert haben, rezensiert und festgestellt, dass diese eine klare, aggressive Sprache sprechen. Einer ihrer bekanntesten Vertreter ist Brzezinski. Global Research veröffentlichte am 3.3.2014 auszugsweise, was **Brzezinski** zur Einsetzung von NATO-Truppen in der Ukraine gesagt hat:

*„Als erstes müssen wir formell die neue Regierung in der Ukraine anerkennen, die den Willen der Menschen dort zum Ausdruck bringt. Sie ist die legitime Regierung. Und eine Einmischung in die ukrainischen Angelegenheiten sollte als feindlicher Akt einer ausländischen Macht (Russland) deklariert werden. Fernerhin sollte die NATO Truppen in diese Operation einbeziehen, eine Entsendung von Truppen nach Zentraleuropa, so dass wir in der Lage sind, jederzeit in einen Krieg, sollte ein solcher ausbrechen, eingreifen zu können.“*

**Der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen** erklärte am 23. Februar 2014: „Die Ukraine ist ein lebensnotwendiger Partner der NATO und die NATO ist ein Freund der ukrainischen Menschen.“

Eine kurze Erklärung zum Vorhergesagten: Unter Janukowitsch wurden die mit seinem Vorgänger Juschtschenko mit der NATO ausgehandelten Verträge fortgesetzt. Damit ist die Ukraine das erste Land, das zwei Marineschiffe permanent für NATO-Operationen im Rahmen der Response Force zur Verfügung gestellt hat, obwohl es nicht Vollmitglied der NATO ist: im Mittelmeerraum und im Indischen Ozean, für die

Operation Active Endeavour und die Operation Ocean Shield. So ist der allmähliche Integrationsprozess der Ukraine in die NATO schon vor zwei Jahrzehnten begonnen worden und hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt.

Quelle: <https://dandelionsalad.wordpress.com/rick-rozoff-ukraine-a-nazi-like-victory-of-US/NATO-lawlessness> vom 2. 3. 2014

Und so ist es kein Wunder, dass sich die **NATO-Ukraine-Kommission** am 27. Februar 2014 auf der Ebene der Außenminister traf, um ihren Regimechange gebührend zu feiern. Der offizielle NATO-Sprecher Oana Lungescu hatte bereits am 25.2.2014 erklärt: „*Die NATO-Ukraine-Kommission ist eine zuverlässige Plattform zur Unterstützung der Demokratie*“. Quellen: [de.ria.ru/politics/2014225/index\\_2.html](http://de.ria.ru/politics/2014225/index_2.html) und Itar Tass vom 25.2.2014 veröffentlicht in Global Sesearch ebenda.

Auch viele namhafte Politologen wie **Chorodowski, Stephen Lendman, Erik Draitsner** u.a. sprechen von einem Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine, der sich in Wirklichkeit gegen Russland richtet.

### **Eine ausgezeichnete Analyse der gegenwärtigen Lage in der Ukraine und den Gang der Ereignisse bis zum Sturz der rechtmäßigen Regierung**

soll hier stellvertretend für viele gute Analysen der Kommunisten, des US-Friedensrates, des Europäischen Friedensforums und vieler anderer stehen,

#### **„Der Weg nach Moskau geht durch Kiew: Ein Coup, der Russland bedroht“**

von Mahdi Darius Nazemroaya in Global Research, 25.2.2014, übersetzt und gekürzt von B. Queck:

Die westlichen Medien veranlassen die Menschen in ihren Ländern zu glauben, dass die Machtübernahme der Rechten in der Ukraine ein 'Triumph der Volksmacht und ein Ausdruck der Demokratie in der Ukraine' seien.

Hätte es ähnliche Proteste und Unruhen in Großbritannien und Frankreich gegeben, so wäre der Tenor dieser Medien ein ganz anderer gewesen. Die Weltpresse ignorierte völlig das gewaltsame Vorgehen der Opposition gegen die ukrainische Regierung und es fiel kein Wort darüber, dass die Bürger der Ukraine zwar ein Recht darauf haben zu protestieren, aber stattdessen Gewalt angewendet wurde in Form von Erstürmung und Plünderung von öffentlichen Gebäuden, um die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen.

Wie hätten sich die Regierungen der westlichen Länder zu gesetzwidrigen Vorgehen ihrer Bürger verhalten? Gibt es doch in jedem dieser Länder entsprechende Verfassungen, in denen solche Taten, die vom Westen in der Ukraine gutgeheißen oder toleriert wurden, mit Gefängnisstrafen geahndet werden. Im Falle der USA bestimmt

das US- Strafgesetz, dass „Individuen“, deren Ziel darin besteht, den Staat zu stürzen, „nicht weniger als 20 Jahre Gefängnis“ drohen.

Washington und die Europäische Union aber haben solche Taten, die von der ukrainischen Opposition begangen wurden, sogar finanziert und deren Täter ermutigt durch ihr öffentliches Auftreten dort!

Die Ironie ist, dass weder die USA noch die Europäische Union auf ihren eigenen Territorien solche Aktionen dulden würden!

### **Wie die Europäische Union den Coup ermöglichte**

Der Coup, der in Kiew ablief, wurde durch die Manipulation von Emotionen und Hoffnungen eines Teils der ukrainischen Bevölkerung bewirkt.

Während die oppositionelle Führung die Macht an sich riss, wurde ihr sofort von den USA und der EU Rückendeckung versprochen. Dieser Betrug wurde gerechtfertigt mit dem Druck der Demonstranten auf dem Maidan und gab dem Ganzen dadurch noch einen Anstrich einer ‚Volksrevolution in der Ukraine‘. Die ukrainische Regierung und Russland haben völlig zu Recht die EU und ihre Mediatoren angeklagt, dass sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllen und von ihnen gefordert, dass sie die Opposition auffordern, die mit der EU getroffene Übereinkunft zu erfüllen. Stattdessen hat die Europäische Union der ukrainischen Opposition erlaubt, die Übereinkunft zu ignorieren und das Abkommen zu verletzen.

Während ein Teil der Opposition verhandelte, setzte der andere Teil die Demonstrationen auf der Straße fort und erhöhte von dort den Druck auf die ukrainische Regierung, bis die Regierung ausgeschaltet war.

Das Abkommen zwischen der ukrainischen Regierung und der Mainstreamopposition vom 21. Februar 2014 schließt keine Berechtigung für die Opposition ein, die Macht zu übernehmen, die Exekutive, Legislative oder die Jurisdiktion der Ukraine an sich zu reißen und eine neue Gesetzgebung zu erlassen.

Das abgehörte Gespräch zwischen der US-Vizeaußenministerin Victoria Nuland und dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, über die Proteste in der Ukraine beweist, dass die USA und die EU eine neue Regierung in der Ukraine installieren wollten, die alle Forderungen der USA und der EU erfüllt.

Worüber Nuland und Pyatt diskutierten, war ein Regimechange, der nichts mit den Forderungen der ukrainischen Menschen zu tun hatte.

### **Ausnutzung des ukrainischen Parlaments (Rada), einen Coup durchzuführen**

Die Führer der Opposition versuchten den Ukrainern ein gesetzliches Vorgehen vorzugaukeln, indem sie die legale Kulisse des Parlaments ausnutzten. Durch die Abstimmung in der Rada (die auch durch Ausnutzung gestohlener Dokumente von gekidnappter Rada-Abgeordneter manipuliert wurde! d. Übers.) versuchte sich die von den Rechten besetzte Rada einen legitimen Anstrich zu geben.

Folgende grundlegende und in aller Welt gültige gesetzmäßige Abläufe in einem Parlament wurden dabei außer Acht gelassen:

1. Die Partei der Regionen und andere Pro-Regierungsparteien bzw. unabhängige Parlamentarier hatten nicht an Abstimmungen dieser Rada teilgenommen.

2. Auch der Parlamentssprecher Volodymyr Rybak, der laut Gesetz für den rechtmäßigen Ablauf der Abstimmungen im Parlament zuständig ist, war abwesend.

3. Die in der Rada verabschiedeten Gesetze trugen nicht die Unterschrift des ukrainischen Präsidenten.

Die neue Regierung, die Turchynov als Parlamentspräsident eingesetzt hatte, handelte völlig illegal, da sie das nicht tun kann, solange der alte Präsident noch im Amt ist. Um dem Ganzen aber einen formalen rechtmäßigen Anstrich zu verleihen, wurden einige Abgeordnete der größten Partei des Landes - der Partei der Regionen (die überall im Lande verfolgt werden!) - veranlasst, in der Rada zu erscheinen und den gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch als abgesetzt zu erklären! Die Rada ist gegenwärtig ein Gebilde, das völlig gesetzlos und am Willen des ukrainischen Volkes vorbei agiert.

Dabei ist ebenso bemerkenswert, dass Artikel 82 der ukrainischen Verfassung zwingend vorschreibt, „dass die Rada nur kompetent ist, wenn nicht weniger als zwei Drittel ihrer gewählten Abgeordneten anwesend sind.“

Jegliche Partei, die der neuen, selbst ernannten „Regierung“ entgegen stehen, wurde von der Abstimmung ferngehalten. Das bedeutet, dass auch die größte Partei der Ukraine, die 40 % der Sitze in der Rada innehatte (175 Sitze) nicht mehr im Parlament vertreten ist und ebenso die Kommunistische Partei, deren Mitglieder sogar auf der Straße getötet werden und die erklärt hatte, dass die Maidan-Proteste ein von ausländischen Mächten gesponserter Coup ist, ausgeschlossen sind!

### **Eine Balkanisierung der Ukraine? Wird die Ukraine den jugoslawischen Weg gehen?**

Es scheint, dass das Schlimmste eintreten kann. Andrej Vorobyov, ein russischer Diplomat in Kiew, erklärte, dass es die Ansicht der ukrainischen Regierung sei, dass eine Föderation die beste Lösung für die Ukraine wäre. Dies würde eine Teilung der Ukraine einschließen.

Schon bevor die Opposition die Macht in Kiew an sich gerissen hatte, waren das Land und die Gesellschaft polarisiert. Während der Westteil der Ukraine unter dem Einfluss und der Kontrolle der Mainstreamopposition stand, befand sich der östliche und südliche Teil der Ukraine unter dem Einfluss und der Kontrolle der Partei der Regionen und ihren politischen Alliierten.

Verschiedene Teile der Ukraine sind inzwischen in die Hände der ultra-nationalen Opposition gefallen. Sie haben einen ernsthaften Krieg gegen die ukrainische Regierung gewagt, indem sie Panzer und schwere Waffen nutzten.

Auch die politischen „Maschinen“ aller Seiten sind am Werk. Nachdem die Opposition die Macht übernommen hatte, wurde dem Präsidenten Janukowitsch von seiner eigenen Partei der Regionen die Verantwortung für die Toten in Kiew gegeben, indem sie ihn anklagten, ein Verräter der Ukraine zu sein, absichtlich die Rolle der Oppositionsführer ignorierend, die die politische Krise und die Toten heraufbeschworen haben. Viele Abgeordneten der Partei der Regionen halten sich nun im Osten oder in den südlichen Teilen der Ukraine auf, da sie sich vor gewaltsamen Aktionen der Oppositionsmiliz, die in Kiew das Sagen hat, fürchten.

Der Westen verschweigt oder ignoriert bewusst, dass der Süden und Osten eine Abtrennung von der Ukraine fordert und die noch in der Sowjetära durch Chruschtschow getroffene Entscheidung, die Krimhalbinsel von Sowjetrussland an die Sowjetukraine als Zeichen der Einheit und Freundschaft zwischen Russland und der Ukraine zu übergeben, rückgängig machen wollen.

Sollte sich die Krimhalbinsel von der Ukraine abrennen, gibt es Anzeichen dafür, dass Russland das militärisch absichern wird. Sollte das geschehen, würde dies auf der Grundlage einer Einladung von Krimpolitikern und der autonomen Rada der Krim passieren, die im Juni 2006 sogar eine Anti-Nato-Gesetzgebung erlassen hat, die NATO-Streitkräften ein Betreten des Krimterritoriums untersagt und die Viktor Juschtschenko einen Pro-NATO-Präsidenten der Ukraine nannten, der eine Figur der USA und der EU sei.

Die Autonome Republik Krim, in der eine ukrainische muslimische Minderheit wohnt, ist nicht das einzige ukrainische Gebiet, das über den Coup in Kiew besorgt ist.

**War das eine Revolution für Demokratie, oder waren das Aufstände, die eine Unterminierung der Ukraine im Sinne der Europäischen Union zum Ziel haben?**

Die Krise in der Ukraine brach nicht aus, weil das ukrainische Parlament korrupt war, sondern weil sich die ukrainische Regierung weigerte, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen (das zwei amerikanischen Professoren zufolge, die sich speziell mit dieser Problematik beschäftigt haben, eine quasi Einbeziehung der Ukraine in die NATO ohne eine durch ukrainische Gesetze geforderte Volksabstimmung bedeutet hätte! d. Übers.).

Ein EU-Assoziierungsabkommen würde mehrere Gesetze und Regulierungen außer Kraft setzen, so z. B. die Zusammenarbeit innerhalb der Russischen Föderation (GUS).

**Das Euro-Atlantische Eindringen nach Eurasien: Kiew gegen Russland und darüber hinaus benutzt**

Die US- und EU-Unterstützungen für die ukrainische Opposition sind auch ein Teil dessen, die Ukraine in ihre Fänge zu locken, zu umzingeln und zu isolieren, um möglicherweise die Russische Föderation zu zerstören. Zu diesem Zweck bildete die Opposition eine orange-faschistische Front, die die Ukraine in eine „EURO-Atlantische“ Camouflage verwandeln soll; deshalb ist es auch richtiger, von einer Euro-Amerikanischen Zone zu sprechen.

Der Grund für die Dämonisierung Russlands ist also darin zu suchen, dass man die brüderlichen Bande zwischen der Ukraine und Russland, die sich besonders während des großen Vaterländischen Krieges im Kampf gegen das faschistische Deutschland herausgebildet hatte, zerstören will.

So wie man über Syrien und den Iran sagt, dass der Weg nach Teheran durch Damaskus führt, betrifft das auch die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland. Der Weg nach Russland führt über die Kiew. Der Sturz der Regierung in der Ukraine ist Teil einer geostrategischen Kampagne gegen Russland. So wie der Krieg gegen die gewählte syrische Regierung läuft, so geschieht das Gleiche nun auf niedrigerem Niveau gegenüber Russland. Der Regimechange in der Ukraine ist Teil eines verdeckten Krieges gegen die Russische Föderation. Die Installierung einer Stellvertreterregierung in der Ukraine bedeutet, dass Moskau den bedeutendsten Partner, den Moskau in der Region hatte, verliert. Falls die Ukraine der EU und der NATO beitrifft, wird es eine direkte Bedrohung Russlands an der westlichen Grenze sein und eine

Bedrohung der Sicherheit eines der bedeutendsten russischen Marinestützpunkte, derjenige der russische Schwarzmeerflotte, die sich in Sewastopol auf der Krim-Halbinsel befindet.

Falls die Ereignisse in der Ukraine eskalieren, werden die Sicherheit und diplomatischen Verbindungen zwischen allen regionalen Ländern Osteuropas beeinträchtigt

So wie in Russland Anti-Regierungskräfte in konzertierter Aktion der Regierungen der USA, Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs unterstützt wurden, unterstützten die USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich die Anti-Regierungskräfte in der Ukraine.

Die Russische Föderation ist nicht das einzige Land, das über die Ereignisse in der Ukraine besorgt ist. Auch die Regierungen von Belorusland und Kasachstan sind besorgt. Und die Regierungen Armeniens, Kirgistans, des Iran und Chinas verfolgen ebenfalls mit Sorge die Ereignisse in Kiew. Die Ukraine war ein Partner dieser Länder und sie verfolgen den Konflikt in Syrien und die Anti-Regierungs-Aufstände in der Ukraine und in Venezuela als Teil einer multinationalen Front eines globalen Krieges, den die USA gegen sie und alle Alliierten wagt.

Die Ansichten der Iraner sind fast deckungsgleich mit denen der russischen Regierung. Sie unterstreichen, dass die Kiewer Ereignisse, eine Ausgliederung der Ukraine aus den ehemaligen freundschaftlichen Banden mit oben genannten Ländern, weitreichende Konsequenzen haben und darauf zielen, die Kaukasusrepubliken zu destabilisieren, welche mit dem Schwarzen Meer an die Ukraine grenzen und dass die Destabilisierung vielleicht auch den Iran erreichen könnte. Die iranische Militärführung bezeichnete das als eine „Bewegung von der Unabhängigkeit in die Abhängigkeit“.

[www.globalresearch.ca/the-road-to-moscow...ukraine.../5370479](http://www.globalresearch.ca/the-road-to-moscow...ukraine.../5370479)

#### **Wie kam der Regimechange in der Ukraine zustande?**

Die gewaltbereiten Demonstranten drehten monatelang, angestachelt durch solche Führer wie Oleh Tjahnibok und Klitschko, an der Gewaltspirale, um die ukrainische Staatsgewalt endlich zu einer Überreaktion zu provozieren, um der Westpresse endlich die Bilder zu liefern, die diese seit Wochen in den Zeitungen und Medien herbeigeredet haben, um endlich dem Westen einen Vorwand zu liefern, die Daumenschrauben – Verhängung von Sanktionen bis hin zur offenen Hochrüstung von „Rebellen“ nach syrischem Muster – kräftig anzuziehen.

Aber die ukrainischen Sicherheitskräfte ließen sich nicht provozieren, was viele von ihnen leider mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Die vom Westen hofierten Oppositionsparteien, Klitschkos UDAR und Timoschenkos Vaterlandspartei, suchten keinen Kompromiss und verweigerten sich jedem Dialog.

Da beide auf demokratischem Wege angesichts fehlender Mehrheiten im Lande ihr Ziel nicht erreichen konnten, setzten sie alles auf einen gewaltsam herbeigeführten Regierungssturz. Beide Parteien sind mit der rechtsextremen Allukrainischen Vereinigung „Swoboda“ verbündet, der Partei, die Kundgebungen zu Ehren der Waffen-SS organisiert und aus ihrer „Anlehnung an die nationalsozialistische Ideologie der NSDAP“ nie einen Hehl gemacht hat.

Das hielt die deutsche Regierung bislang nicht davon ab, mit der Swoboda zu kooperieren. Bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres fand ein Treffen des deutschen Botschafters in der Ukraine mit Swoboda-Chef Oleh Tjahnybok statt, bei dem auch ein möglicher Sturz der Janukowitsch-Regierung zur Sprache gekommen sein soll.

Im Verbund mit paramilitärischen Einheiten der Ukrainischen Nationalversammlung (UNA) waren es in den letzten Februartagen vor allem die Mitglieder der Swoboda, die das Geschehen auf der Straße bestimmten und als Stoßtruppen der EU agierten. Der landesweite Sturm auf Verwaltungsgebäude ging auf das Konto dieser neo-faschistischen Kräfte. Mitglieder des paramilitärischen Arms der UNA, Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNSO), hatten sich bereits im Tschetschenienkrieg in den 1990er Jahren und im Georgienkonflikt 2008 gegen die Russen hervorgetan – und auch gegenwärtig richtet sich ihr Hass vor allem gegen Russland und die russischsprachige ost- und südukrainischen Bevölkerung. Die rot-schwarzen Fahnen der UNA wehten seit Wochen einmütig neben den Fahnen der EU auf dem Maidan in Kiew. Die Faschisten wachten darüber, wer auf dem zentralen Platz der Proteste seine Meinung sagen darf und wer nicht. Nazi-Symbole und Portraits des Kriegsverbrechers und NS-Kollaborateurs Stepan Bandera sind überall gegenwärtig.

Für die emsig am Regimechange in der Ukraine arbeitenden Strategen aus dem Berliner Regierungsviertel gibt es allerdings ein Dilemma, da beim Großteil der Bevölkerung in der Ost- und Südukraine die Ideologie der Pro-EU-Faschisten auf strikte Ablehnung stößt.

Um eine landesweite Erhebung mediengerecht zu simulieren, karrte die Swoboda ihre militanten Mitglieder in den letzten Februartagen auch in die Ost- und Südukraine, um dort Verwaltungsgebäude zu besetzen. Doch dort trafen sie auf den Widerstand der Bevölkerung, die sich im Verbund mit der Polizei schützend vor den Einrichtungen postierte. An manchen Orten wurden die eintreffenden EU-Reisechaoten bereits am Bahnhof in Empfang genommen. Aufgrund ihrer klaren zahlenmäßigen Unterlegenheit verzichteten die Sturmabteilungen der Swoboda lieber darauf, die bei sich geführten Knüppel einzusetzen. Auch in Charkow, der mit eineinhalb Millionen Ein-



wohnern zweitgrößten Stadt des Landes, gelang es der Opposition nicht, öffentliche Einrichtungen zu stürmen. Rund fünfhundert Anhänger beförderte Swoboda mit Bussen in das nordöstliche Industriezentrum, wo sich ihrem Protest jedoch ebenfalls kaum jemand anschließen wollte. Stattdessen bildeten sich dort wie auch in anderen Teilen der Ost- und Südukraine Bürgerwehren, die gegen die EU-Kollaborateure Widerstand leisteten.

Am 21.2.2014 schien sich überraschend ein Kompromiss zwischen der Regierung von Janukowitsch und der Opposition abzuzeichnen.

Präsident **Viktor Janukowitsch** und drei Vertreter der Demonstranten unterzeichneten am 21.2.14 in Kiew einen von EU-Außenministern vermittelten Kompromiss. Das Abkommen sah unter anderem Neuwahlen und die Bildung einer Übergangsregierung vor. Nach einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur Interfax stellte allerdings der nationalistische Flügel der Regierungsgegner weitere Bedingungen. Das von der Regierung und der Opposition unterzeichnete Abkommen sah eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 vor, die dem Präsidenten weniger Rechte gibt. In der Abmachung mit der Opposition sagte Janukowitsch ferner nach der Bildung einer Übergangsregierung rasche Neuwahlen zu.

Auf dem Maidan war die Lage am Freitag zunächst friedlich. Die Lage schien sich beruhigt zu haben, nachdem es am Vortage zu den bislang schwersten Kämpfen auf dem Maidan gekommen war. Man kann nur vermuten, dass es den Kräften, die an dem Kompromisspapier nicht beteiligt waren, gar nicht um einen Frieden in der Ukraine ging! (Siehe Interview von Willy Wimmer gegenüber dem „Iran German Radio Das Deutsche Programm“ am 25.2.2014 über das unterschiedliches Vorgehen der USA und der EU auf außenpolitischem Gebiet)

Das sollte sich bestätigen.

Um endlich schnell ans Ziel zu gelangen und Janukowitsch zu stürzen, wurden NATO- und israelischen Spezialtruppen, die schon vor Ort waren, im Verbund mit faschistischen Schlägertruppen aus der Westukraine in Kiew und auch anderswo in der Ukraine gezielt und mit aller Macht eingesetzt. Am 22.2.2014 besetzte schließlich eine Gruppe von schwer bewaffneten Radikalen, die in Kiew mittlerweile die Oberhand hatten, das Parlament. Die sich ihnen in den Weg stellenden Abgeordneten, darunter die Kommunistische Fraktion und Vertreter der größten Partei der Regionen, wurden in Räumlichkeiten des Parlaments eingesperrt, nachdem man ihnen die Abgeordnetausweise entwendet hatte, die dann später beim „Zusammentreten“ der nun maligen selbst ernannten parlamentarischen Volksvertretung missbräuchlich zu Abstimmungen verwendet wurden. Daraufhin erklärte sich die Opposition nunmehr als führende Macht der Ukraine, die Sicherheitskräfte für das Parlamentsgebäude wurden

nach dem Übertritt des Innenministeriums zu den neuen Machthabern abgezogen und der vom Volk gewählte ukrainischen Präsidenten Janukowitsch für abgesetzt und für verantwortlich für alle „geschehenen Verbrechen der letzten Monate“ erklärt. Arsen Avakov wurde im Parlament zum geschäftsführenden Innenminister bestimmt, der dann bekannt gab, in die Leitung des Innenministeriums würden auch Mitglieder des „Rechten Sektors“ und der „Selbstverteidigung“ aufgenommen werden. Am 23.2.2014 wurde die Einsetzung von Oleksandr Turchynov als Interimspräsident bekannt gegeben, während Rechtsextremisten das Hauptquartier der Kommunistischen Partei mit Hakenkreuzen beschmierten.

Trotz der bekannt gewordenen Zustände über die völlig gesetzwidrige Machtübernahme des Parlaments durch rechte Kräfte äußerte sich die Europäische Union zustimmend zur neuen Macht in Kiew. Sie hat auch sofort die Entscheidung des ukrainischen Parlaments zur Amtsenthebung Janukowitschs anerkannt.

All diese Umstände lassen keinen Zweifel aufkommen, dass die Machteliten in der EU und den USA auch künftig vor keinem Verbrechen in anderen Ländern und gegenüber den eigenen Völkern zurückschrecken werden, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten.

Bisher waren sie stets um ein scheinheiliges Mäntelchen von Demokratie und Menschenrechten bemüht. Nun zeigen sie ihre wahre imperialistische Fratze des Faschismus in Form von Gesetzlosigkeit, Gewalt und Mord - und wenn wir sie nicht aufhalten, werden sie uns alle zermalmen!

#### **Wie reagierte Russland als befreundetes Nachbarland der Ukraine auf die Ereignisse in der Ukraine ?**

Es ist bewundernswert, mit welcher Besonnenheit der russische Präsident Wladimir Putin auf das Vorgehen der US/NATO/EU/Israel im Verbund mit den faschistischen Bandera-Leuten reagiert hat.

Putin erklärte auf einer kürzlichen Pressekonferenz mit ausländischen Journalisten, dass alle Befürchtungen des westlichen Auslandes über einem Bruch von geltenden internationalen Regeln unbegründet seien. Russland wolle auf der Grundlage geltender internationaler Regeln nur seine Bürger in dieser angespannten Situation auf der Krim vor Gewalt und Willkür schützen. Unter Verweis auf die Gewaltverbrechen, die Neo-Faschisten in Kiew auch gegen russische Bürger der Krim verübt haben, erklärte Putin in diesem Pressegespräch u.a.: *„Zusätzlich zur Bitte des legitimen Präsidenten (der Ukraine) behalten wir uns das Recht vor, alle Mittel zum Schutze unserer Bürger einzusetzen!“* Zu Sanktionen befragt, die man gegen Russland anwenden will, sollte Russland Truppen zum Schutz seiner Bürger auf die Krim entsenden, erklärte er: *„Ich möchte an die Sanktionen gegen Afghanistan, den Irak und Libyen erinnern, die we-*

*der durch den UN-Sicherheitsrat gebilligt wurden, noch durch irgendein anderes Mandat gedeckt waren. Unsere Partner, speziell die Vereinigten Staaten, wissen immer ganz genau ihre geopolitischen und nationalen Interessen zu formulieren und den Rest der Welt darin einzubinden, indem sie nach dem Prinzip vorgehen: 'Entweder ihr seid für uns, oder gegen uns' Und sie bestrafen diejenigen, die sich weigern, einbezogen zu werden.'*

Putin unterstrich, dass die Menschen in der Ukraine ein legitimes Recht haben, gegen die Janukowitsch-Regierung zu protestieren, aber Putin wies den illegalen Weg zum Sturz der Regierung zurück, da dies die politische Stabilität des Landes gefährde: *„Es hilft nicht, das Recht außer Kraft zu setzen. Wenn jemand so handelt, dann ist es jedermann erlaubt. Und das bedeutet Chaos.“* Auf Scharfschützen befragt, die von der Janukowitsch-Regierung zum Einsatz gekommen sein sollen, erklärte er, das könnten Leute von den Oppositionskräften gewesen sein, denn Fakt sei, dass Polizeioffiziere während der Konfrontation erschossen worden sind.

*„Sicher ist Janukowitsch in der Ukraine machtlos, aber er spricht als legitimer Präsident seines Landes. Der Weg der neuen Führung in Kiew, die ihn entmachtet habt, war völlig illegitim.“* Nach dem Schicksal Janukowitschs befragt sagte Putin, dass er für Janukowitsch in der Ukraine keine politische Zukunft sieht, aber Russland ihm erlaube, sich aus humanitären Gründen auf seinem Territorium aufzuhalten.

Die russische Regierung würde mit der selbst ernannten Regierung der Ukraine in Verbindung stehen wegen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Doch jedwede normale Beziehungen wären erst möglich, nachdem in der Ukraine eine legitime Regierung gewählt wurde.

Der russische Präsident unterstrich, dass Russland gleiche Rechte für alle ukrainischen Bürger anstrebt. Der Widerstand gegen die gegenwärtige „Regierung“ in Kiew, die sich besonders im Osten und Südosten des Landes zeigt, zeige klar und deutlich, dass diese Führung in Kiew keine Zustimmung der ganzen Nation hat, das Land zu regieren. *„Man sollte eine neue Verfassung durch eine Volksbefragung annehmen, so dass sich alle Ukrainer in diesen Prozess eingebunden fühlen, neue Prinzipien aufzustellen, nach denen ihre Nation funktionieren sollte. Das ist nicht unsere Sache, sondern die der Ukrainer und die ukrainische Führung muss entscheiden, welcher Weg für sie der beste ist. Ich meine, sobald sich eine legitime Regierung gebildet hat, sollte man darauf zurückkommen. Russland wird die geplanten Wahlen in der Ukraine sehr genau beobachten und falls diese in einer Atmosphäre des Terrors stattfinden, wird Russland diese als unfair ansehen und deren Resultate nicht anerkennen.“*

Die westlichen Länder hätten den Coup in der Ukraine als „Revolution“ angesehen. Sollten diese Prozesse weitergehen, würde sich Russland nicht länger an irgendwelche Verträge mit der Ukraine gebunden fühlen.

(Kurzfassung und Übersetzung des Pressegesprächs von Brigitte Queck)

#### **Nachrichten aus der Ukraine in Kurzfassung - 8.3.2014**

- Die auf der Krim lebenden Bürger haben in einer Erklärung die neue, sich selbst ermächtigte Regierung in Kiew abgelehnt, sich zu einem selbstständigen Territorium erklärt, das sich Russland anschließen möchte.

- In Abstimmung mit Russland wird die OSZE in Kürze eine militärische Beobachtermission in die Ukraine entsenden

- Ein Schiff der deutschen Kriegsmarine („Alster“), die bisher syrische Kriegsgebiete vom Mittelmeer aus ausspioniert hat, setzte sich in Richtung Schwarzes Meer in Bewegung.

Das Ziel ist klar: Man will eine Abspaltung der Halbinsel Krim von der Ukraine und eine politische Annäherung an Russland mit allen Mitteln verhindern.

#### **IV. Zusammenfassung über die Ereignisse in der Ukraine und den Bruch des Völkerrechts (Nichteinmischungsgebot) durch führende westliche Politiker**

##### **Bürgerkriege münden oft in von den USA/der NATO gewollten Aggressionskriegen**

1. Der Regierungssturz in der Ukraine war von langer Hand seitens der US/NATO/Israel vorbereitet worden.

2. Es geht dabei sowohl um eine Schwächung Russlands als auch um die Schwächung des internationalen Kampfes für eine multinationale Welt, bei dem Russland an vorderster Stelle steht.

3. Die USA versuchen damit, ihre Position zu stärken und die NATO, an deren Spitze sie stehen, weiter in Richtung Russland und sogar Asien zu „verschieben“ und damit ihre Einflusszone auf militärischem, politischem und ökonomischem Gebiet sowohl in Europa als auch in Asien auszubauen. Nebenbei erhoffen sich die USA mit diesem Coup, sollte er gelingen, durch die Installierung einer pro-USA/NATO-Regierung in der Ukraine und die Einflussnahme auf den Fluss des Erdöls über die Ukraine nach Europa, ihren wertlosen Dollar wieder aufwerten zu können.

4. Wie schon der Ausspruch Nulands „Fuck EU“ gezeigt hat, ist man sich bei der Vorgehensweise, wie Regimechanges in anderen Ländern vor sich gehen sollten, nicht immer einig. Während Europa mehr die „weiche Variante“ bevorzugt, Politiker anderer Länder „ins Boot zu holen“, setzen die USA schon von jeher auf die „harte Linie“, wie auch der konzertierte Einsatz von 5.000 NATO-Söldnern in der Ukraine im Verbund mit israelischen Elitesoldaten und Unterstützung faschistischer Schlägertrupps aus der Westukraine gezeigt hat.

5. Beide, die USA und die EU, aber haben EIN Interesse an der Ukraine und das ist die grenzenlose Ausbeutung des Landes und die volle Einbeziehung des Landes in die NATO, um mit Hilfe der ukrainischen Soldaten weiter nach Osten vorrücken zu können.

6. Staatengruppen ist es dabei egal, dass bei dieser Vorgehensweise ein Grundrecht internationalen Rechts gebrochen wird, z. B. das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, Artikel 2, Ziffer 5 der UNO-Charta durch:

a) das Führen antirussischer aufreizender Reden von westlichen Politikern vor den Demonstranten des Maidan;

b) Finanzierung, Organisation und Anleitung der Opposition der Ukraine durch den Westen;

c) das Zusammenarbeiten der westlichen Politiker mit offen faschistischen Organisationen vor Ort;

d) die offene Beteiligung am Regierungssturz (Schulung, Bewaffnung der Opposition, das Schicken eigener NATO-Söldner in die Ukraine) und

e) die mediale Begleitung dieser Ereignisse in der Ukraine durch die Westpresse mittels Desinformationen und Verschweigen der völkerrechtlichen Verstöße sowie den Bruch verfassungsrechtlicher Regelungen durch die Opposition vor Ort bzw. sogar die Anerkennung dieser Rechtsverstöße, indem man ein geschlossenes Kompromissabkommen zwischen der Janukowitsch-Regierung und der Opposition am 21.2.2014 einfach missachtete und als sich eine selbsternannte Regierung mit brachialer Gewalt quasi selbst einsetzte, diese sofort seitens der EU, den USA, ja sogar der UNO anerkannte!

7. Es ist nachzuvollziehen, dass Russland bei einem solchen Coup, der darauf abzielt, die Ukraine nicht nur in die EU, sondern auch in den Militärpakt NATO zu integrieren, seine Grenzen schützen, seine ureigensten Interessen (Erhalt der Schwarzmeerflotte) wahren und seine Bürger angesichts der sich ausbreitenden faschistischen Gefahren auf dem Gebiet der Ukraine schützen muss.

Ein Detail in diesem Zusammenhang scheint mir wichtig zu sein: Während die selbst ernannte Regierung in Kiew rigoros Gouverneursposten an die Reichen der Reichsten verteilte, wurden 70 Mitglieder einer Volksregierung in Charkow, darunter der von einigen Tausend Demonstranten gewählter Gouverneur von Faschisten aus Kiew inhaftiert und ins Gefängnis geworfen.

Wenn von der Leyen als Bundesverteidigungsministerin oder Bundespräsident Gauck in ihren Statements, zuletzt auf der NATO-Sicherheitskonferenz in München, offen davon sprechen, Deutschland müsse sich mehr als bisher „in die NATO einbringen“, sollten bei uns allen die Alarmglocken klingeln.

Zum Glück gibt es viele, vor allem junge Leute, die sich gegen die wachsenden faschistischen Tendenzen in Deutschland zur Wehr setzen. Aber ist ihnen auch bewusst, dass „Aggressionskriege die schlimmste Form des Faschismus“ sind, wie der US-Hauptankläger Jackson zur Eröffnung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse 1945 ausführte?!

Aus diesem Grunde auch sollten sich die Antifa\* (\*Bak Shalom gehört für mich nicht zur Antifa!!!) und die Antikriegsbewegung in Deutschland stärker vernetzen. Gemeinsam sind wir eine Macht!

Brigitte Queck

Ein besonderer Gruß zum 20. Jahrestag der offen-siv

**Zbigniew Wiktor: Herzlichst Congratulations!**

Hoch geachtete Redaktion „offen-siv“, insbesondere Frank Flegel, es ist mir sehr angenehm, Euch herzlich zu grüßen für das neue Jahr 2014 und Euch viele weitere gute Resultate der redaktionellen Arbeit zu wünschen.

Viele Glückwünsche zum großen Jubiläum, 20 Jahre gibt es jetzt Eure Zeitschrift, hunderte Hefte, thematische Sonderhefte, viele Bücher und Tausende Artikel, Studien, Gutachten, Informationen, Dokumente, Diskussionen, Briefe usw. Herzlichst Congratulations!

Ihr macht eine außerordentlich wichtige und notwendige Arbeit bei der Einschätzung und Bewertung der gegenwärtigen und sich entwickelnden Arbeiter- und kommunistischen Bewegung, nicht nur in Deutschland. Eure Studien sind wichtig, sowohl theoretisch wie historisch in der marxistisch-leninistischen Diskussion und bei der Verallgemeinerung der aktuellen Fragen des politischen und ideologischen Lebens der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen.

Nochmals vielen Dank dafür, und auch für die mir kostenlose Einreichung der jeweils neuen Nummer der „offen-siv“. Viele nutze ich in meiner wissenschaftlichen und Lehrtätigkeit mit meinen Studenten und auch im polnischen politischen Leben. Hier in Polen schätzen wir Eure Arbeit, Kraft, Mut und auch die Kosten in sehr schwieriger Zeit.

Ich lese mit besonderer Aufmerksamkeit die Artikel der Gen. Irene Eckert, Gerhard Feldbauer, Harpal Brar, Michael Opperskalski, Kurt Gossweiler und vielen anderen. Bitte sagt ihnen Danke schön.

Hier in Polen sind wir aktiv in einer sehr komplizierten politischen und ideologischen Situation, bei der totalen Diktatur der reaktionären polnischen Rechtskräfte. Doch wir sagen immer: Kopf hoch, nicht die Hände!

Herzliche Umarmung!

*Zbigniew Wiktor, Wroclaw, 22. 02. 2014*

## Das Magazin „Geheim“

### **Redaktion offen-siv: Im nächsten Jahr wird das Magazin „Geheim“ 30 Jahre alt!**

*„Geheim“ schreibt:*

**Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche...**

Dieser Satz Che Guevaras stand irgendwie Pate, als wir 1985 unser Magazin GEHEIM aus der Taufe hoben. Trotz mancher Widrigkeiten machen wir tatsächlich seither das Unmögliche möglich. Das hat viele gute Gründe.

Zum einen das Interesse und die Unterstützung von Seiten unserer LeserInnen.

Doch GEHEIM hat zudem auch eine objektive Basis. Es ist ganz einfach immer noch notwendig, das Magazin zu machen, denn Geheimhaltung und Bespitzelung gehören untrennbar zum Prinzip privatwirtschaftlicher Konkurrenz und der unvermeidlichen sozialen Konflikte im Inneren bürgerlicher Gesellschaften wie zur Realität der auf zwischenstaatlicher Ebene ausgetragenen Rivalitäten hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften – gerade und insbesondere auch in der Ära der so genannten „Neuen Weltordnung“.

In Geheimdiensten, Militär, Polizei und Justiz sind die Herrschaftsmittel und Methoden der Machtausübung konzentriert: von der Bespitzelung und Ausforschung über systematische Lügen, Korruption und Irreführung bis zu sozialem und physischem Terror und Mord – institutionalisierte, permanente Bedrohung der bürgerlichen Freiheitsrechte wie der sozialen Grundrechte bis zum Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit durch das Risiko ökologischer und kriegerischer Katastrophen im Gefolge des Wolfsprinzips kapitalistischer Ökonomie und Politik.

Emanzipatorische Politik, ob als Bewegung oder staatlich organisierte, bedarf daher des Schutzes vor Ausforschung, Intrigen und Kabalen. Ein Teil dieses Schutzes ist das Wissen über Pläne, Strategien, Mittel und Methoden antidemokratischer Politik. Hier siedelt, ackert und sät GEHEIM.

Deshalb schrieb Geheim u.a. über: Anwerbeversuche des Verfassungs“schutzes“ + den schleichenden Abbau demokratischer Rechte und den Ausbau des Repressionsapparates + das BSI<sup>14</sup> als neuem Geheimdienst + die immer enger werdende Zusam-

---

<sup>14</sup> BSI = Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik



menarbeit und Verzahnung bundesdeutscher Geheimdienste und der Polizei + den BND, seine Strategien, Rollen und Skandale + US-Geheimdienststrukturen in der BRD + die Strategie der USA im Golfkrieg + den Krieg der USA gegen Cuba + „Bad Kleinen“ und die Hintergründe + die Europäisierung der Polizei + die „Sicherheitsoffensive“ zur Bekämpfung „organisierter Kriminalität“ + Mordanschläge der CIA + die „dirty tricks“ des israelischen MOSSAD und vieles, vieles mehr...

Für GEHEIM schrieben Journalisten, Betroffene, Spezialisten und Interessierte, u.a.: Philip Agee, Roland Appel, Freddy Balzan (Venezuela/Nicaragua), Enrique Barrueco (Spanien), Hans Peter Bordien, Heiner Busch, Roland Claus, Konrad Ege (USA), Dr. Rolf Gössner, Klaus Dammann, Heinz-W. Hammer, Horst Hartmann, Barbara Hemkes, Uwe Herzog, Uwe-Jens Heuer, Mark Holzberger, Ulla Jelpke, Ekkehard Jürgens, Evelyn Kenzler, Ekkehard Lieberam, George Martin Manz (Canada), George P. Mill (USA), Kunhanhandan Nai (Indien), Detlef Nehr Korn, Dr. Ingo Niebel, Hadsch Abdul Nuristani (Schweden), Jarl Lindholm (Schweden), John Kelly (USA), Peter Niggel, Michael Opperskalski, Wolfgang Raab, Jukka Rislakki (Finland), Jürgen Roth, Harald B. Schäfer, Michael Schumann, Jürgen Seifert, Stephan Maria Tanneberger, Ulrich Vultejus, Heiner Waldmann, Stefan Walz, Dr. Thilo Weichert u.v.a.

**Jedes Abo stärkt GEHEIM!**

Abo oder Probeheft bei: GEHEIM (Redaktion), c/o Michael Opperskalski, Postfach 270324, 50509 Köln, Tel: 0221 – 2839995, Fax: 0221 – 2839997, E-Mail: [redaktion-geheim@geheim-magazin.de](mailto:redaktion-geheim@geheim-magazin.de)





---

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**